

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitätsprofessoren: G. Beckmann,
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Delitzsch, W. Goetz, R. Holtzmann, P. Joachim-
sen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philippi, H. Reincke-Bloch, R. Sternfeld,
F. Vigener, A. Wahl, G. Wolf, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. E. Ebering.

==== Heft 158 =====

Die Cleve-Märkischen Landstände im 18. Jahrhundert

Von

Dr. Leo Wollenhaupt

BERLIN

1924

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz

1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Dem Andenken meiner lieben Mutter



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Einleitung.

Die Arbeit soll das Werk von Hoetzsch „Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697“ fortsetzen. Damit ist als Ausgangspunkt das Jahr 1697 gegeben. Die Arbeit wird mit dem Jahre 1806 endigen; denn damals schied Cleve-Mark aus dem preußischen Staatsverbände aus. Während der Franzosenzeit und nach der Rückeroberung dieser Lande 1813—1815 hat es keine Stände im alten Sinne mehr in Cleve-Mark gegeben. Der Zeit von 1697—1713 wird kein besonderer Abschnitt gewidmet werden; denn es ist zu wenig Material veröffentlicht, als daß sich eine eingehende, systematische Bearbeitung lohnte, außerdem dürfte sich in der Organisation der Landschaft seit dem Großen Kurfürsten nichts Wesentliches geändert haben, so daß wir die Zustände von 1697 auch auf die folgenden 16 Jahre der Regierung Friedrichs I. übertragen dürfen. Wesentliche Aenderungen treten hier erst unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. ein. Deswegen beginnt die eigentliche Darstellung mit dem Jahre 1713; nur hier und da werden wir, wo es die Quellen gestatten, einen Rückblick auf die Zeit Friedrichs I. werfen.

Während in den anderen preußischen Territorien die Stände im Kampfe mit dem Landesherrn ganz unterlegen sind wie z. B. in Preußen unter dem Großen Kurfürsten und in der Kurmark, wo sie in den Kreisen als Kreisstände eine bedeutungslose Rolle gespielt haben, behaupten sich die Cleve-Märkischen Stände als Landstände durch das ganze 18. Jahrhundert, wenn auch nicht ohne bedeutsame Einbuße an ihren Gerechtsamen. Der Kampf zwischen Königtum und Ständetum dauert hier in Cleve-Mark bis zum Vorabend des Siebenjährigen Krieges. Nach diesem Kriege hören wir nichts mehr von einem Kampfe, die Stände erlangen sogar wieder größere Rechte. Friedrich der Große mußte sich hier in Cleve-Mark sogar eine gewisse Mitregierung der Stände gefallen lassen. Welche Ursachen und welche

Gründe, so müssen wir uns fragen, haben die beiden preußischen Könige bewogen, hier in Cleve-Mark in größerem Umfange als in anderen Territorien eine landständische Verfassung bestehen zu lassen? Wie hat sich der alte absolutistisch regierte preußische Staat mit dieser landständischen Verfassung in Cleve-Mark abgefunden? Wir werden gleichsam die Bilanz zwischen Königtum und Ständetum zu ziehen haben. Bei der Einteilung der Arbeit soll nach sachlichen Gesichtspunkten verfahren werden, namentlich deswegen, weil die beiden großen Tendenzen im Kampfe des Königtums und Ständetums zeitlich ineinandergreifen und somit eine zeitliche Trennung nicht zulassen. Wir werden also die Steinschen Reformen in Cleve-Mark trennen müssen von dem Kapitel „der Freiherr vom Stein und die landständische Verfassung in Cleve-Mark“. Eine rein sachgemäße Gliederung ist aber trotz dieses Mangels einer zeitlichen vorzuziehen, weil sie jedes Gebiet der ständischen Tätigkeit bis zum Aufhören des Ständestaates am besten beleuchtet. Wir werden die Arbeit mit einem informatorischen Kapitel, „Wesen und Zusammensetzung der Cleve-Märkischen Landstände“, einleiten, dann in dem 2. Teile über den Mechanismus der ständischen Arbeit sprechen, um in dem 3. Teile über die Arbeit der Stände selbst zu reden. Ein kurzer Ausblick auf die Bedeutung der Cleve-Märkischen Landstände für den preußischen Staat im 19. Jahrhundert wird die Arbeit beschließen.

Erster Teil.

Wesen und Zusammensetzung der Landstände.

A. Die Anrede.

„Unsere getreuen¹ Landstände aus Ritterschaft und Städten im Herzogtum Cleve und der Grafschaft Mark“ lautet die amtliche Anrede für diese Körperschaft.

B. Die Ritterschaft.

Die Aufnahme in das Ritterschaftskorpus hing ab von der altadligen Geburt und einem standesgemäßen Rittersitz. Jeder, der ein landtagsfähiges Haus oder einen Rittersitz² im Werte von 6000 Rthlr. sein Eigen nannte und den Nachweis von 8 adligen Quartieren — 4 von väterlicher und 4 von mütterlicher Seite — auf 3 Landtagen hintereinander erbrachte, konnte zu den Landtagen zugelassen werden, wenn er mündig war.³ Die Adligen wurden bereits nach Vollendung des 20. Lebensjahres mündig.⁴ Als Grundlage für die Schätzung der Rittersitze galten die Landtagsrezesse von 1649 und 1660. Der Rittersitz mußte „vor diesem“ und „von alters“ als ein solcher gegolten haben, er mußte

1. Nach dem Siebenjährigen Kriege kommt auch die Anrede „lößliche“ und „besonders getreue“ vor. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1940, S. 1777 und Nr. 1822, § 13, S. 1561.

2. Nicht Rittergut, wie es noch bei E. v. Meier: a. a. O. II, S. 117 ff. zu lesen sit. S. dagegen Below: a. a. O. S. 95 ff., Hoetzsch: a. a. O. S. 246 vor allem A. 2 und Hintze: a. a. O. S. 474. Vgl. zu dieser Frage noch Haß: a. a. O. S. 31.

3. S. die aus Wüsthause: „Historische Beschreibung dessen, was von anno 1609—1682 sich in dem Herzogthum Cleve und der Grafschaft Mark, auch in der Nachbarschaft zugetragen habe“ angeführte Stelle bei Hoetzsch: a. a. O. S. 246 f.

4. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1498, S. 1345.

in erblichem Eigen stehen, konnte aber auch gekauft oder erheiratet sein. Die Aufnahme geschah durch 2 Zeugen in feierlicher Weise. Sie hatten die Aufschwörung, d. i. die Versicherung zu leisten, daß die Wappen, die in Form eines Stammbaumes beigebracht wurden, echt waren. Der eine hatte die Wappen der väterlichen, der andere die Wappen der mütterlichen Linie zu prüfen und ihre Echtheit eidlich zu bekräftigen.⁵ Die Aufnahme geschah dann durch Majoritätsbeschluß des zuständigen Ritterschaftskorpus. Ob der Städtekammer ein Einspruchsrecht zustand, wie Holthausen es über Geldern meldet, konnte ich nicht feststellen. Ein Ritterbürtiger konnte sowohl dem Ritterschaftskorpus von Cleve als auch dem von Mark angehören, aber nicht in beiden Korpora auf dem Landtage stimmen.⁶ Diese Aufnahmebedingungen deckten sich ursprünglich mit denen für die hohen Erz- und Domstifter im Reich, zu Anfang des 18. Jahrhunderts aber schon nicht mehr.⁷ Im Rheinland und in Franken war der Mediatadel von diesen Pfründen gänzlich ausgeschlossen, dagegen bestanden in Westfalen⁸ noch die alten Bestimmungen, wie sie in Cleve-Mark für den Landtag galten; in Westfalen suchte man sogar die Reichsritterschaft aus den Stiftern zu verdrängen. Wenn Hintze behauptet, daß „die Theilnahme an den Landtagen im Reich als ein wesentliches Kennzeichen der Stiftsfähigkeit angesehen wurde“,⁹ so gilt dies für Franken und Rheinland jedenfalls nicht.¹⁰ Aufnahme fremder, nicht in dem Territorium geborener Adliger, die aber in Cleve-Mark angesessen waren, mag in beschränktem Maße erfolgt sein; mir ist nur ein Fall bekannt geworden: der Kammerpräsident von Borcke, ein Pommer, hatte sich wohl während seiner Amtstätigkeit in Cleve-Mark angekauft und die

5. Diese bei Holthausen: a. a. O. S. 19 f. für Geldern gemachte Mittheilung gilt wohl auch ohne weiteres für Cleve-Mark.

6. S. Holthausen: a. a. O. S. 20.

7. S. Hüffer: a. a. O. S. 291 ff. und S. 296 ff.; auch Seuffert: a. a. O. S. 220 f. und Pertz: a. a. O. V. S. 142.

8. S. A. B. IX. S. 709, Nr. 390. Hier auch die „westfälischen“ Stifter neben „anderen“ hervorgehoben. S. auch Seuffert: a. a. O. S. 111 f.

9. S. Hintze: a. a. O. S. 473.

10. Vgl. dazu noch die Bemerkung Steins bei Pertz: a. a. O. V. S. 142.

Standtschaft erworben.¹¹ Schill meint im Anschluß an diese Mitteilung, es „konnte damals bei dem starken Zusammenschmelzen der Ritterschaft, welcher entgegen ihrer früheren Exklusivität jetzt jeder Zuwachs willkommen sein mußte, leicht die Mitstandtschaft erworben werden“. M. E. hatte die Ritterschaft einmal durch die starke Einschränkung ihrer Stiftsfähigkeit, dann auch nach Festsetzung einer bestimmten Summe für die Landtagsdiäten¹² kein Interesse an der beliebigen Vermehrung ihres Korpus durch auswärtige Ritterbürtige. Hieraus ersieht man ganz klar, warum die Ritterschaft an der strengen Ahnenprobe festhielt. Bezeichnend hierfür ist die Mitteilung Hintzes,¹³ daß man (Stein)¹⁴ „damals in Aussicht genommen, es mit der Ahnenprobe nicht mehr so streng zu nehmen, die Mutterseite außer Acht zu lassen, dafür mehr auf Vermögen zu sehen“. Erst nachdem die Stifter 1803 säkularisiert waren, also für die landsässige Ritterschaft keine Bedeutung mehr hatten, nahm diese in Aussicht, ihre Aufnahmebedingungen zu ändern. Die Aufnahmebedingungen für die hohen Erz- und Domstifter in Westfalen hatten also die landsässige Ritterschaft bestimmt, die Aufnahmebedingungen für den Landtag aufrecht zu erhalten. War früher die Exklusivität durch die Forderung der altadligen Geburt bedingt gewesen, so sollte sie jetzt durch wertvolleren Besitz erreicht werden. Von einer Aufgabe „ihrer früheren Exklusivität“ ist hier nichts zu merken. Wir werden später¹⁵ in anderem Zusammenhang auf die Gründe zu sprechen kommen, die Stein und die Ritterschaft zu diesem Gedanken veranlaßten. Infolge der strengen Ahnenprobe starb die Ritterschaft immer mehr aus. Ferner wurde durch die Abtretung des linken Rheinufers im Baseler Frieden die clevische Ritterschaft stark vermindert.¹⁶

11. S. Schill: a. a. O. S. 340 A. 1.

12. S. S. 42 ff., das Kapitel über die ständische Finanzverwaltung. Vgl. hierzu auch E. v. Meier: a. a. O. II, S. 120 und S. 360.

13. Hiermit steht die Mitteilung Lehmanns im Zusammenhang (Lehmann a. a. O. I, S. 253 A. 3), daß man den Wert der landtagsfähigen Rittersitze von 6000 auf 20 000 Rthlr. erhöhen wollte.

14. Nach E. v. Meier: a. a. O. II, S. 360 f. ging der Gedanke vom Freiherrn vom Stein aus.

15. S. S. 105.

16. Wir werden noch sehen (S. S. 104), daß vielleicht noch andere

Nach E. v. Meier¹⁷ betrug die Zahl der „Rittergüter“ — nach seiner Angabe war „mit jedem Rittergute die Landstandschaft verbunden“ — in der Grafschaft Mark 189, in Cleve 93. Wenn zum Landtag 1740 23 märkische und 13 clevische Ritterschaftsmitglieder erschienen, so dürften diese Zahlen bei der Bedeutung dieses Landtages auch annähernd die Anzahl der Ritterschaftsmitglieder eines jeden Korpus wiedergeben.¹⁸ 1763 waren auf dem Landtage nur 9 märkische Ritterbürtige anwesend,¹⁹ im Jahre 1792 auf dem Landtage 15 märkische Adlige.²⁰ 1806 umfaßte die clevische Ritterschaft nur noch 3 Mitglieder.²¹ Innerhalb der Ritterschaft war zwar der Adel von Mark an Zahl dem von Cleve überlegen, aber keineswegs an Bedeutung. Unsere Anredeformel gibt diesem Bedeutungsunterschied Ausdruck, indem sie zuerst von Cleve und dann von Mark spricht.²² Der clevische Adel hielt sich für vornehmer als der märkische und hatte auch gewisse Vorrechte, wie bei dem Kapitel über den Landtag zu zeigen sein wird. Unter den Ritterschaftsmitgliedern der beiden Korpora traten im 18. Jahrhundert immer wieder Vertreter derselben Familien hervor, so die Freiherrn von Wilich, von Quadt in Cleve, die Herren von Romberg, von Bodelschwing, v. d. Reck²³ und Strünkede in Mark.²⁴ Sie waren

Gründe zur Verminderung des landtagsfähigen Adels beitrugen. Vgl. dazu Pertz: a. a. O. V, S. 130 und Scotti (Zug.): a. a. O. Nr. 13, S. 15.

17. S. E. v. Meier: a. a. O. V, S. 117 und S. 119.

18. S. Hintze: a. a. O. S. 474 f. A. 2.

19. Von den 6 landtagsfähigen märkischen Städten sogar nur 2. S. Böckenholt: a. a. O. S. 42 A. 4.

20. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 104.

21. S. Hintze: a. a. O. S. 474 f. A. 1. Hintze spricht von 3 clevischen Vertretern 1806, ebenso Holthausen: a. a. O. S. 21 für das Jahr 1800. Lehmann: a. a. O. I, S. 104 spricht von 1 Vertreter wie Stein in seiner Nassauer Denkschrift (s. Pertz: a. a. O. I, S. 479). In einer Denkschrift vom 3. Mai 1817 spricht aber Stein selbst davon, daß „die ganze clevische Ritterschaft auf 3 bis 4 Personen reducirt war“. S. Pertz: a. a. O. V, S. 136.

22. Ueber die Gründe dieses Bedeutungsunterschiedes s. Hoetzsch: a. a. O. S. 322 f.

23. Ein Herr v. d. Reck war Landesdirektor der Grafschaft Mark und wurde 1. Landrat des Hammschen Kreises. S. Schill: a. a. O. S. 334.

24. Man vergleiche nur die Liste der ständischen Deputierten zum De-

Inhaber der wichtigsten Aemter: so Regierungspräsidenten²⁵ und Geheime Regierungsräte, Ständedirektoren und Mitglieder der adligen Bank des Hofgerichts; von 1713—1723²⁶ war ein Herr von Strünkede sogar Präsident der Kammer. Eine Monopolisierung aller dieser Aemter durch Vertreter dieser führenden Familien fand aber nicht statt. Die Adligen der Soester Börde waren nicht Mitglieder des Ständekorpus, sie nahmen eine Sonderstellung ein,²⁷ sie wurden zum Erscheinen auf den Landtagen nicht „für qualifiziert erachtet“, auch standen ihnen in Erbschaftsfragen bei Lehngütern geringere Rechte zu. Die Pfalzgrafen bei Rhein, die Markgrafen von Baden, die Fürsten von Salm und Schwarzenberg, die Grafen von Styrum und von Vehlen, sowie die Grafen von Bentheim und Limburg hatten zwar in Cleve einige Besitzungen, waren aber als reichsständische Geschlechter nicht auf den Landtagen vertreten.²⁸ Eine besondere Herrenkurie gab es in Cleve-Mark nicht, ebenso keine Prälatenkurie. Die Geistlichkeit stand zwar hier in Cleve-Mark in Ansehen, war aber stark verschuldet und ohne politische Bedeutung.²⁹ Dieses lag einmal an den gemischt religiösen Verhältnissen am Niederrhein, dann auch an dem Sieg, den die Herzöge von Cleve im Verein mit dem Papste über die hohen geistlichen Würdenträger des Landes davongetragen hatten, so daß seit der Mitte des 15. Jahrhunderts in Deutschland das Schlagwort im Schwange war: „Dux Cliviae papa est in terris suis“.³⁰ Wohl aber waren Mitglieder anderer ständischer Korpora — von Jülich und Geldern — in Cleve-Mark Ritterschaftsmitglieder.³¹ Deswegen richtete sich der cleve-märkische Landtag immer nach

putationstage 1714, wo nur Freiherrn und Grafen, also Vertreter des höheren Adels, aufgeführt sind. S. A. B. I, S. 603 f. Nr. 201.

25. Wie z. B. Johann Peter v. Raesfeld. S. A. B. IX, S. 136 A. 2.

26. S. A. B. II, S. 635 und IV 1, S. 36, Nr. 19.

27. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1074, S. 1088.

28. S. Loewe: a. a. O. S. 367. Moser: a. a. O. S. 448.

29. Die evangelische Geistlichkeit war seit 1745 de facto steuerfrei. vgl. Scotti: a. a. O. I, Nr. 295, S. 478 und Nr. 1468, S. 1335, außerdem Hoetzsch: a. a. O. S. 192 A. 5 und ff. und S. 213.

30. S. Lehmann (k. K.): a. a. O. 1, Th. S. 21 f.

31. S. A. B. IX, S. 704, Nr. 330 und V 2, S. 823, Nr. 471.

dem geldernschen, der meist früher stattfand.³² Ob die Ritterschaftsmitglieder aus Jülich auch Sitz und Stimme im cleve-märkischen Ritterschaftskorpus hatten, wenn sie Beamte in Jülich waren, ist fraglich, aber nicht ausgeschlossen. Zum Bach³³ sagt ausdrücklich, daß dieses „nirgends“ gerügt wurde. Die Ritterschaften beider Landschaften einte wiederum ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl, wie dieses auch unsere Anredeformel zum Ausdruck bringt. Die Ritterschaft beider Landschaften wird in dieser Formel den Städten beider Landschaften gegenübergestellt; das korporative Standesmoment war stärker als das landschaftliche. Die Interessengegensätze zwischen Ritterschaft und Städten waren größer als die von Cleve und Mark. Äußerlich trat dieses Gemeingefühl in dem sogenannten „tentamen concordiae“³⁴ zu Tage. Danach sollten alle Streitigkeiten unter Mitgliedern der Ritterschaft durch besondere Schiedsgerichte ad hoc geschlichtet werden. Die Städte waren daran nicht beteiligt. Die Regierung in Cleve³⁵ sagte ausdrücklich: „Absonderlich die Ritterschaft eine solche Konvention unter sich hat“. Diese Schiedsgerichte mußten immer erst stattfinden, bevor eine Sache bei den ordentlichen Gerichten anhängig gemacht werden konnte. In den Additional-Gravamina vom 1. Dezember 1724³⁶ bat die Ritterschaft selbst, diese Gerichtshöfe als zu kostspielig und zwecklos aufzuheben; die Regierung befürwortete dies, da ohnehin die ordentlichen Gerichte angewiesen waren, nach Natur der Sache und Beschaffenheit der Umstände einen Vergleich zu veranlassen. Damit dürfte dann diese Einrichtung endgültig zu Grabe getragen worden sein, doch das alte Verhältnis zwischen Ritterschaft und Städten blieb bestehen, eine Absonderung zwischen den Ritterschaften trat nicht zu Tage.³⁷ Die Ritterbürtigen galten für vornehmer als

32. S. A. B. II, S. 592 A. 1, Nr. 306.

33. S. Zum Bach: a. a. O. S. 192 A. 1. Danach war sogar 1772 ein „Kurkölnischer Hofrathspräsident“ selbst noch Direktor der Jülich-Bergischen Stände und unter diesem 11 fremde Domherren.

34. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 256 f. und S. 896, Akten Nr. 26.

35. S. A. B. IV 1, S. 625 und S. 627, Nr. 318.

36. S. A. 35.

37. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 255.

die Vertreter der Städte. Dieses Verhältnis übertrug sich sogar auf die Beamten der Stände.³⁸ Bei gemeinsamen Sitzungen führte ein Deputierter der Ritterschaft den Vorsitz.

C. Die Städte.

Die 2. Bank des Ständekorpus bildeten die landtagsfähigen Städte. Nicht alle 46³⁹ Städte waren vertreten, sondern nur 13, aus Cleve 7, aus Mark 6; es waren in Cleve: Wesel, Emmerich, Rees, Cleve, Duisburg, Xanten, Calcar; in Mark: Hamm, Unna, Camen, Iserlohn, Schwerte, Lünen. Ihre Zahl änderte sich während des 18. Jahrhunderts nicht,⁴⁰ doch war ihr Recht von den anderen Städten nicht unangetastet geblieben. Die landtagsfähigen Städte standen also zu den nicht landtagsfähigen in gespanntem Verhältnis. Früher waren diese von den Landstädten sogar zu Steuerleistungen herangezogen worden; jetzt verhinderte eine wachsame Obrigkeit derartige Vorkommnisse. Die nicht landtagsfähigen Städte hatten 1706 durch eine Eingabe an den Landtag versucht, die Standschaft auch zu erwerben. Da ihr Gesuch bis 1718 noch nicht erledigt war, so ist anzunehmen, daß die Sache im Sande verlief. Auch von Sonderlandtagen der kleinen Städte⁴¹ ist mir nichts bekannt geworden. Die clevischen landtagsfähigen Städte standen den märkischen an Bedeutung voran. Sonst entsprach der tatsächlichen Bedeutung der landtagsfähigen Städte⁴² dieses Vorrecht der Standschaft nicht mehr; „denn Schwelm, Hagen und Altena waren mehr als Camen und Schwerte“.⁴³ An wirtschaftlicher Bedeutung unter den Landstädten stand an erster Stelle Wesel, es folgten dann Emmerich, Rees, erst an 4. Stelle Cleve. Streng hielt man so an formalen, althergebrachten Rechten fest, obgleich das Leben längst andere Grundlagen ge-

38. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 254 A. 1.

39. Die Zahl schwankt. S. A B. V 2, S. 176, Nr. 116, wo von 46 Städten die Rede ist, 1777 werden 47 Städte genannt, s. Scotti: a. a. O. Nr. 2146 § 4, S. 2101. E. v. Meier spricht sogar von 49 Städten, s. E. v. Meier: a. a. O. II, S. 119.

40. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 98.

41. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 253.

42. S. Abel: a. a. O. S. 322 ff.

43. S. Lehmann: a. a. O. S. 104 und Hoetzsch: a. a. O. S. 22 ff.

schaffen hatte. Die Städte spielten innerhalb der Landstände durch den Verlust ihres freien Magistratswahlrechtes und die Uebnahme der Akziseverwaltung durch den Staat mehr als je eine bloße Statistenrolle auf den Landtagen.⁴⁴ Nach dem Siebenjährigen Kriege gab Friedrich der Große den Städten ihr Magistratswahlrecht zurück, ebenso die Erhebung der Akzise.⁴⁵ Bei Prozessen mit dem Staat erhielten sie einen staatlichen Vertreter gestellt, den sie sogar aus ihren Mitteln besolden mußten.⁴⁶ Soest und Lippstadt nahmen eine Sonderstellung unter den Städten ein und gehörten nicht zum Städtekorporus. Die landtagsfähigen Städte hießen Landstädte oder auch Hauptstädte. Die Standschaft für die Städte wurde zuerst von den größeren Städten durch 2, von den kleineren durch 1 Vertreter⁴⁷ (Bürgermeister oder Magistratsmitglied), später bei allen nur durch ein Mitglied ausgeübt,⁴⁸ nur Cleve hatte als alte herzogliche Residenzstadt das Vorrecht, durch drei Schöffen vertreten zu sein.⁴⁹ Zur Zeit Friedrich Wilhelms I. stellten die clevischen Städte meist 2, die märkischen nur 1 Vertreter; auch darin kam die größere Bedeutung der clevischen Städte den märkischen gegenüber zum Ausdruck. Diese Vertreter⁵⁰ wurden in den Ratsitzungen bestimmt und mit einem schriftlichen Mandat versehen.

D. Die Stände als Gesamtheit.

Die Ritterschaft und Städte von Cleve und Mark bildeten wieder eine Einheit, die mit dem Namen Stände oder Land-

44. S. Berger: a. a. O. S. 66 und E. v. Meier: a. a. O. II, S. 124:

45. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 131.

46. S. A. B. III, S. 89, Nr. 61.

47. S. Scotti: a. a. O. Nr. 295, S. 481.

48. S. Lehmann: a. a. O. S. 98 A. 1.

49. S. Hintze: a. a. O. S. 475.

50. Als solche Vertreter werden genannt: Dr. Hoesbart, Dr. de Wall, Kellermann, Keller aus Cleve; Dr. Fabricius, Dr. Davidis aus Mark. Dieser ist wohl identisch mit dem bei Hoetzsck: a. a. O. S. 292, 5. Zeile von unten genannten Bürgermeister von Unna. S. darüber A. B. I, S. 603 f., Nr. 201. Böckenholt: a. a. O. S. 119 A. 5 nennt den Bürgermeister von Lünen Reinhardt als Mitglied der Kommission für das Werbewesen.

stände bezeichnet wurde. Diese Einheit fand ihren Ausdruck in den Unionen der Stände, das sind „Dokumente, die ihnen ihre Einheit verbriefen“.⁵¹ Früher erstreckten sich diese Unionen auch auf Jülich und Berg; 1684⁵² wurden jene aber aufgelöst, nicht ohne Kampf in Jülich-Berg, in aller Ruhe in Cleve-Mark. Zwischen Cleve und Mark allein bestanden Unionen vom 24. 9. 1629 und vom 8. 12. 1637.⁵³ Doch diese Unionen waren nur ein sehr lockeres Band, eine jede Landschaft hatte ihre eigene Kassenverwaltung,⁵⁴ an deren Spitze ein Ständerezeptor stand. Sonst hatte jedes Korpus seine eigenen Beamten und seine eigene Verwaltung (Syndikus und Schreiber). Jedes haftete allein für seine Schulden.⁵⁵ Die Schuldverschreibung geschah so, daß die Adligen auf ihre Güter die Schulden übernahmen, der Gläubiger sich an dem ersten besten Schuldner schadlos hielt, dieser dann aber von seinen Mitständen entschädigt wurde.⁵⁶ Auf die Unionen hatte sich jeder neu Aufzunehmende eidlich und durch Unterschrift zu verpflichten.⁵⁷ Sie wurden auf jedem Landtage verlesen, Nichtbefolgung galt als ehrlos und zog Ausschluß von den Beratungen nach sich; sonst konnte natürlich auch die Ausstoßung aus der Union und dem Korpus bei ehrenrühriger Handlung erfolgen. Verschuldung galt nicht als entehrend. Eine Bedeutung hatten die Unionen im 18. Jahrhundert in Cleve-Mark nicht mehr; denn oft genug wurde einfach mit den einzelnen Korpora verhandelt. Uebrigens vermieden die Stände es immer, Uneinigkeit zu zeigen, und die Behörden rechneten auch mit diesem Faktor nicht. Engere Beziehungen bestanden noch zwischen Cleve und Geldern durch Verträge, die sogenannten Compactata von Jülich-Cleve-Berg und Geldern, weswegen auch die in Cleve angesessenen Ritterbürtigen aus Geldern Sitz und

51. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 257.

52. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 260 und S. 718—720.

53. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 260.

54. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 294.

55. S. Hintze: a. a. O. S. 475.

56. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1940, S. 1778.

57. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 261, wo die näheren Einzelheiten über die Unionen aufgeführt sind, die sich auch im 18. Jahrhundert nicht geändert haben dürften.

Stimme auf dem Landtage hatten.⁵⁸ Alle ständischen Gerechtsame standen auch unter dem Schutze und der Garantie der Herzöge von Jülich und Berg und konnten nur mit deren Bewilligung geändert werden.⁵⁹

Zweiter Teil.

Der Wirkungskreis der Stände und der Mechanismus der ständischen Arbeit.

A. Die Landtage.

Ihren eigentlichen Daseinszweck erfüllten die Stände auf den Landtagen. Das Recht zur Teilnahme an den Versammlungen war für die Ritterschaft ein rein persönliches Recht; sie vertrat als Gesamtheit theoretisch das ganze platte Land, nicht etwa ihr Eigen oder das Amt, in dem sie wohnte.¹ Unter Friedrich Wilhelm I. vertrat ein königlicher Kommissar das Interesse der Domänen und Städte auf dem Landtage, doch drang dieser Standpunkt des Königs wohl nicht durch; denn gegen Ende des Jahrhunderts vertrat die Ritterschaft „ausschließend das platte Land“,² also die landtagsfähigen Städte die Gesamtheit der Städte. Bei den Verhandlungen um das Werbegeldwesen (1788/89) bezeichneten sich die Clevischen Stände als bloße Repräsentanten des Landes, die nicht das Recht hätten über die Person ihrer „Constituenten“ zu verfügen.³ Das Erscheinen zum Landtag war freigestellt. Stellvertretung der Ritterschaftsmitglieder gab es nicht, wohl aber konnte sich eine Landstadt durch eine andere vertreten lassen. Die Mitglieder der Regierung hatten nicht das Recht, auf den Landtagen zu erscheinen, von den übrigen nur die Mitglieder des Hofgerichtes; denn Amtskammer, Kriegskommissariat, später Kriegs- und Domänen-

58. S. A. B. IV 2, S. 220 ff. und A. 1, Nr. 141. S. A. B. V 2, S. 823. Nr. 471 und A. B. IX, S. 704, Nr. 390.

59. S. A. B. IX, S. 709, Nr. 390 und Scotti: a. a. O. Nr. 293 (III und VI.) S. 439 f. und S. 441 f.

1. S. Schill: a. a. O. S. 347.

2. S. Pertz: a. a. O. V, S. 128.

3. Vgl. dazu S. 76.

kammer galten nach ständischer Auffassung als Annex der Regierung. Als 1749 Regierung und Hofgericht vereinigt wurden, galt der Grundsatz, daß die „Bediente“ der Landeskollegien nicht zu den Landtagssitzungen erscheinen durften. 1713 noch forderten die Stände, daß die „ritterbürtige Justizräthe sich bei Landtagen, wie von alters her geschehen und observiret worden, auf der Ritterstube einfinden mögen“.⁴ Es scheinen demnach die ritterbürtigen Justizräthe nicht häufig den Landtagsverhandlungen beigewohnt zu haben; es dürfte ihnen ihre amtliche Tätigkeit nicht gestattet haben, an wochen- und monatelangen Landtagsverhandlungen teilzunehmen, verwehrt wird es ihnen von Amtswegen nicht sein. Auch hatten die Ritterschaftsmitglieder völlige Abstimmungsfreiheit, sie waren nicht durch irgendwelche Versprechungen gebunden, ihre Stimme in einem gewissen Sinne abzugeben, wohl aber die Vertreter der Städte; sie erschienen mit imperativen Mandaten, sie durften nur innerhalb der Grenzen ihres Auftrages zustimmen; deshalb wurden die Verhandlungen gerade durch die Teilnahme der Städte sehr erschwert. Für die Zulassung der Städtevertreter zum Landtag war ein beglaubigtes Begleitschreiben von ihren Auftraggebern erforderlich. Den Ständen war bis 1713 vollkommene Versammlungsfreiheit gestattet, sie konnten, „wenn es dieser Lande Notdurft erfordern möchte, sich von sich selbst an einem Orte und Stelle, welche ihnen im Lande gefället, zusammen kommen“ . . . sie mußten ihre Zusammenkunft nur „nachdem sie beyeinander“ . . . bei Hofe anzeigen.⁵ Sonderzusammenkünfte wurden den Ständen unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen verboten, unter Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. waren sie in dringenden Fällen wohl wieder gestattet worden.⁶ Noch 1792 machte der Direktor der Märkischen Stände von dieser Vollmacht Gebrauch.⁷ Auch 1800 hielten die Märkischen Stände eine außerordentliche Zusammenkunft ab.⁸ Seit 1713 durfte zu

4. S. A. B. I, S. 438, Nr. 148₄. Vgl. dazu Hintze (Aufs.): a. a. O. I, S. 76 f.

5. S. Scotti: a. a. O. Nr. 265, § 17, S. 374 f.

6. S. Pertz: a. a. O. VI 2, Beil. S. 115.

7. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 98.

8. S. Böckenholt: a. a. O. S. 122 und A. 4.

den Landtagen nur noch die Regierung berufen, nachdem vorher die königliche Genehmigung eingeholt war, erst 80 Jahre später, als Stein Kammerpräsident in Cleve geworden war und die Ideen der französischen Revolution sich im Rheinlande stark verbreitet hatten, erlangten die Stände auf ihren Wunsch das gleiche Recht wie die Geldernschen Stände. Die Regierung durfte ohne weiteres wieder die Landtage einberufen.⁹ Die Berufung des Landtages geschah unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen im allgemeinen folgendermaßen: Regierung und Kammer einigten sich über den Tag zur Berufung der Landstände.¹⁰ Dann reichten bis zum Jahre 1749 beide Behörden das erste Projekt des Etats nebst Proposition und Tagesordnung¹¹ zur Beratung auf dem Landtage den Zentralbehörden in Berlin ungefähr $\frac{1}{2}$ Jahr vor dem Landtagstermin ein. Seit 1749 hatte die Kammer allein das 1. Etatsprojekt alljährlich nach Berlin einzusenden. Mit der Uebersendung der Proposition an das Generaldirektorium bat nun die Regierung zugleich, den Landtag zu einem bestimmten Tage nach Cleve einberufen zu können. Der König genehmigte meist den Vorschlag der Regierung, die dann nach erhaltener Mitteilung die Ständedirektoren, Cleve, Wesel und Hamm benachrichtigte; diese beriefen wieder einzeln ihre Mitglieder ein, Cleve die clevischen Städte der Westseite des Rheines, Wesel die der Ostseite und Hamm die von Mark. Dieses Vorspiel nach Empfang der Mitteilung¹² zur Einberufung dauerte etwa 14 Tage. Waren die Vertreter der Städte und Ritterschaft in genügender Zahl in Cleve versammelt — eine bestimmte Zahl zur Beschlußfähigkeit war nicht vorgeschrieben —, so wurde der Landtag durch die Regierung eröffnet. Die Landtage wurden regelmäßig in Cleve, meistens im November¹³ abgehalten. Der letzte Landtag fand im Februar 1805 in Hamm statt.¹⁴ Die Eröffnung des Landtages erfolgte in feierlicher

9. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 159.

10. S. A. B. VIII, Nr. 260 A. 2, S. 585.

11. Die Tagesordnung enthielt nach Hoetzsch: a. a. O. S. 271 nur einen Punkt: die Steuer.

12. S. A. B. II, S. 16, Nr. 6.

13. Unter Friedrich Wilhelm I. wurde nur 1739 der Landtag bereits am 15. X. eröffnet, s. A. B. V 2, S. 823 f., Nr. 471.

14. S. Berger: a. a. O. S. 34.

Weise durch den Chefpräsidenten der Regierung. Dann wurde die königliche Proposition verlesen, die von der Regierung nach einem Muster¹⁵ entworfen war, doch jedesmal den wechselnden Zeitumständen angepaßt wurde und stets die Notwendigkeit zur Erhaltung eines stehenden Heeres betonte; ein Kommissar aus der Regierung oder der Kriegs- und Domänenkammer hatte sie den Ständen gegenüber zu vertreten. Die Stände hatten übrigens das alte, durch Gewohnheit überkommene Recht,¹⁶ „wenn bei ihren jährlichen Versammlungen des Steueretats halber zur Konferenz geschritten wird“ . . . vor vollversammeltem Regierungskollegium sich die Proposition verlesen zu lassen. Dies sollte ihnen nach einer Unterredung mit dem König Friedrich Wilhelm I. dahin eingeschränkt werden, daß nur je 3 Deputierte von beiden Kollegien bei gemeinsamen Versammlungen mit den Ständen oder ihren Deputierten „in das gewöhnliche Konferenzgemach“ . . . oder „dahe solches zuenge fallen dörfte, in das Regierungszimmer zusammentreten sollen“. Der König hatte ihnen jedoch auf das Gesuch der Regierung vom 8. 10. 1731 dieses rein formale Recht gelassen. Es lag kein Grund vor, deswegen eine ganze Landesverfassung zu ändern. Alle Verhandlungen zwischen Ständen und Behörden fanden in dem Amtslokal der Regierung statt.¹⁷ Nach Verlesung der Proposition gingen nun die Beratungen unter den 4 Kurien vor sich. Seit Friedrich Wilhelm I. hatte ein königlicher Deputierter¹⁸ das Recht, an den Verhandlungen der Stände teilzunehmen. So war noch 1763 v. Hagen als Vertreter des Königs auf dem Landtage, ebenso wohl auch Stein auf dem Landtage von 1791.¹⁹ Die

15. Vgl. folgende Muster von Propositionen: A. B. II, S. 592, Nr. 306; A. B. IV 1, S. 776, Nr. 421; A. B. V 1, S. 102, Nr. 59; A. B. V 1, S. 572 f., Nr. 357; A. B. V 1, S. 795 f., Nr. 501; A. B. V 2, S. 156, Nr. 99.

16. S. A. B. V 1, S. 331 ff., Nr. 184.

17. In Geldern dagegen begaben sich die kgl. Bevollmächtigten in die Ständeversammlung. S. Holthausen: a. a. O. S. 26 und A. 2.

18. Dieser ist nicht zu verwechseln mit dem Kommissar aus der Kammer, der mit den Ständen über den Etat verhandelte. Es ist nicht ganz klar, ob Stein in dieser Eigenschaft auf dem Landtage 1791 fungierte oder als kgl. Deputierter.

19. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 133.

Denkschrift vom Jahre 1818²⁰ spricht allerdings wieder von „Freiheit der Verhandlungen auf den Landtagen“, doch sind die Zustände in dieser Schrift mehr nach den urkundlichen Ueberlieferungen dargestellt als nach den Verhältnissen, wie sie tatsächlich bestanden hatten. Den Beratungen der einzelnen Kurien unter sich folgten gemeinsame Beratungen der beiden Korpora jeder Provinz. Waren diese einig, so „communicirten die je zwey Provinzen mit einander“, ²¹ d. h. sie verkehrten schriftlich oder durch ihre juristischen Beamten, die Syndici, miteinander. Dabei hatte in gemeinsamen Sachen die clevische Ritterschaft den „Vorrahm“, d. i. das Vorrecht, zuerst ihr Urteil zu fällen, das oft genug für die anderen Korpora maßgebend war. Dabei übergaben die Clevischen Stände ihre Beschlüsse den Märkischen und diese sandten sie an jene wieder zurück. Die Verhandlungen der Ritterschaft wie der ganzen Provinz leitete der Ritterschaftsdirektor; traten — was sehr selten stattfand — alle 4 Kurien zu einer Sitzung zusammen, so leitete der Ritterschaftsdirektor von Cleve die Versammlung. Die einzelnen Verhandlungen der Städte leitete in der Landschaft Cleve der 1. Deputierte von Cleve, in der Regel wohl der Bürgermeister dieser Stadt, in Mark der Deputierte von Hamm. Auf dem Landtage galt im allgemeinen das Majoritätsprinzip.²² Hoetzsch sagt, daß die Religionssachen²³ und Steuerangelegenheiten den Mehrheitsbeschlüssen entzogen waren. In Steuersachen hatten die Städte, die bis dahin nie Mehrheitsbeschlüsse in dieser Frage zugelassen hatten, nach Uebernahme der Akziseverwaltung durch den Staat nichts mehr zu sagen. Die Frage, ob bei freiwilligen Schenkungen der Stände²⁴ — z. B. bei den häufigen „Douceurs“ an Beamte — das Majoritätsprinzip galt, glaube ich eher verneinen als bejahen zu müssen; denn die Landtagsordnung von 1639, die allerdings nur von der clevischen Ritterschaft und von den Städten Cleve, Calcar und Xanten anerkannt war,²⁵

20. S. Pertz: a. a. O. VI 2, Beil. S. 115, Abschn. 3 und 8.

21. S. ebda. Abschn. 10, außerdem Hintze: a. a. O. S. 476.

22. S. darüber Näheres bei Hoetzsch: a. a. O. S. 262 ff.

23. Ueber die Religionssachen s. S. 17.

24. S. z. B. A. B. VI 2, S. 174, Nr. 84.

25. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 263.

setzte ausdrücklich fest, daß bei freiwilligen Schenkungen das Majoritätsprinzip nicht statthaben sollte. Eine Uneinigkeit unter den Ständen in allen diesen Fragen zeigt sich nie, weil die Stände immer mehr um ihre Daseinsberechtigung gegenüber dem Vordringen des absoluten Königtums zu kämpfen hatten, so daß sie in allen wesentlichen Fragen einheitlich vorgingen und, namentlich durch die Erfahrungen unter Friedrich Wilhelm I. belehrt, stets Steuerforderungen bewilligten. So kann man, abgesehen von den oben erwähnten Ausnahmen sagen, daß alle Beschlüsse der Majorität auf dem Landtage „nomine communi et colectivo der Landstände“²⁶ von Cleve-Mark gefaßt und demnach für das ganze Land — auch für die Nichtanwesenden — bindend waren. Ein Antrag galt als angenommen, wenn ein Stand einstimmig oder beide Stände zur Hälfte, d. h. von den Städten 3 oder 4 — je nachdem ob die Landschaft Cleve oder Mark den Beschluß faßte²⁷ — beigestimmt hatten. Alles, was Landessache ist, gehört auf den Landtag;²⁸ aber nicht in allen Dingen, die Landessache waren und auf dem Landtag verhandelt wurden, hatten die Stände freies Stimmrecht, namentlich nicht in Steuerfragen. Richtiger sagten die Stände 1803, daß „in wichtigen Landessachen nichts ohne der Stände Zuziehung und Einwilligung vorgenommen werden soll“.²⁹ Den Ständen wurde in allen Dingen freie Hand gelassen, die nicht gegen das Interesse des Staates — nach monarchisch absolutistischer Auffassung — verstießen. Sonst sind auf den Landtagen alle Fragen verhandelt worden, die die innere Politik und Verwaltung betrafen, nur die Religionsfragen und die Fragen der äußeren Politik³⁰ nicht; denn diese lagen ganz in der Hand des Königs und jene konnten bei Verhandlungen leicht zu Differenzen zwischen katholischen und protestantischen Angehörigen der Stände Anlaß geben.³¹ Die Entscheidung, „ob“ Krieg oder

26. S. S. 54.

27. S. sonst Hoetzsch: a. a. O. S. 263, auch Hintze: a. a. O. S. 475.

28. S. A. B. VIII, S. 12, Nr. 10.

29. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 265 f. A. 1.

30. Erst als 1794 Gerüchte von einer Abtretung des linksrheinischen Cleve auftauchten, traten die Stände diesem Plane entgegen. S. S. 114.

31. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 286.

Frieden sein sollte, lag nicht bei den Ständen, wohl aber hatten sie auf die Frage, „wie“, d. h. mit welchen Mitteln, der Krieg bestritten werden sollte, den entschiedensten Einfluß.³² Außerdem besprachen die Stände auf den Landtagen ihre eigenen Angelegenheiten. Hier geschah die Wahl der Deputierten, des Ständedirektors, Anstellung von ständischen Beamten, die Abnahme der Rechnungen über ständische Dispositionsgelder, Beantwortung der Notaten der Oberrechnenkammer, die Erteilung von Assignationen, Glissierungen,³³ d. i. Anerkennung als Eingeborener; vor allem erledigten hier die Stände die vielfachen Remissionen.³⁴ Seit 1774 wurden auf dem Landtage nur noch „gemeine Landes-Remissionen“ verhandelt, die kleineren Remissionen wurden bei den Amts- und Erbentagen erledigt. Die Wahl der Landräte fand wahrscheinlich nicht auf den Landtagen statt.³⁵ Die Landtage stellten eine Generalaussprache über alle Landessachen dar, die für die Behörden, wie noch gezeigt werden wird, ein willkommenes Informationsmittel boten. Eine direkte Gesetzesinitiative besaßen die Stände nicht, wohl konnten aber ihre Gravamina die Veranlassung zu Gesetzen oder Verordnungen sein. Stein sagt sogar, daß die meisten Anstalten und Gesetze ihren Ursprung in landständischen Anträgen genommen hatten.³⁶ Die Stände besaßen ein Mitwirkungsrecht bei der Abfassung von Provinzialgesetzen,³⁷ „sie hatten mitberathenden und mitbeschließenden Anteil an der Gesetzgebung“.³⁸ Die Teilnahme an der Gesetzgebung, der Abgabenbewilligung und der Abnahme der Steuerrechnungen bildete neben den privaten Angelegenheiten die Haupttätigkeit der Stände auf dem Landtage. Das Resultat der Landtagsverhandlungen waren die Gravamina, die teils Bemerkungen der Stände zum landesherrlichen Antrag, teils Beschwerden über öffentliche Angelegenheiten enthielten.

32. S. Pertz: a. a. O. VI 2, Beil. S. 116.

33. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 48.

34. Das sind Steuererlasse bei besonderen Unglücksfällen.

35. S. Schill: a. a. O. S. 343 und S. 344.

36. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 258.

37. Ueber allgemeine Gesetze entschieden die Staatsbehörden. S. Pertz: a. a. O. V, S. 128.

38. S. Pertz: a. a. O. VI 1, Beil. S. 115.

Diese Art von Gravamina wurde auch oft getrennt von jener vor Eintritt in die Beratungen den königlichen Räten übergeben.³⁹ Man unterschied außerdem die eigentlichen Gravamina oder, wie sie jetzt treffender genannt wurden, Desiderien und Erinnerungen von den Gravamina additionalia, jene Beschwerden der gesamten Stände, diese eines oder mehrerer Korpora. Es war jetzt Brauch, daß die Gravamina wie überhaupt Gesuche von allen Kurien unterzeichnet wurden. Der Inhalt der Gravamina war im 18. Jahrhundert größtenteils stereotyp; sie wurden nach einem bestimmten Muster von den Syndicis entworfen und enthielten Forderungen, die oft kaum oder gar nicht mehr zu erfüllen waren, wie z. B. die Forderung der Einrichtung der Landeskollegien nach den Rezessen von 1660, 1661. Einige immer wiederkehrende Punkte sind z. B. die Bitten der Ritterchaftskorpora um Wiederherstellung des Drostenamtes, daß zu diesem Amte nur qualifizierte Ritterbürtige genommen werden sollen, ebenso zu Stellvertretern dieses Amtes, daß Justiz und Verwaltung nicht in einer Hand bei den Lokalinstanzen vereinigt werden, daß die Akzise nicht auf das platte Land ausgedehnt werde, die unberechtigten Werbungen aufhören sollen. Die Städte baten um Wiederherstellung des freien Wahlrechts ihrer Magistrate, daß eine halbe Stunde um ihre Mauern, in den sogenannten Scheffentümern und Friedepälen, kein Gewerbe geduldet werde, kurz alles soll in den früheren Stand gebracht werden, auf den Fuß der Rezesse von 1660, 1661 und 1664. Die Gravamina waren wohl oft genug überreicht worden, um lediglich der Form zu genügen, ohne daß auch nur die Ständedirektoren davon Kenntnis genommen hatten. Deshalb bestimmte das Generaldirektorium in einem Reskript, daß fortan die Gravamina durch die beiden Landesdirektoren zu unterschreiben sind.⁴⁰ Ferner verlangte das Generaldirektorium seit 1731, daß die Stände fortan ihre Gravamina auf Stempelpapier einreichten, weil die Stände sich beschwert hatten, daß die Lokalbehörden, Regierung und Kammer,⁴¹ ihnen auf ihre Monita nicht genügend Bescheid

39. S. Pertz: a. a. O. VI 2, Beil. 116 f., Abschn. 10.

40. S. A. B. VI 2, S. 535, Nr. 295.

41. S. A. B. VIII, S. 585, Nr. 260 A. 2.

gegeben hätten. Die oberste Verwaltungsbehörde sah in dieser Beschwerde wohl einen Anspruch der Stände auf Beantwortung ihrer Gravamina enthalten, und dem suchte sie durch den Erlaß vom 7. 8. 1731⁴² entgegenzutreten. Eine Beschwerde der Stände, daß sie „den gemeinen Supplikanten gleich“ ihre Erinnerungen anbringen mußten, hatte keinen Erfolg. So war nun das Gravamen zur bloßen Supplik herabgesunken; denn beide, Gravamen und Supplik, waren Proteste der Untertanen an den König, diese gegen richterliche Erkenntnisse, jenes gegen öffentliche Mißstände. Bezeichnend ist, daß schon vor diesem Erlaß von 1731 die Deputierten der Stände in Fragen der Justiz z. B. mit dem Könige in Form einer Supplikation verkehrten, in Indigenatsfragen aber in Form einer Remonstration,⁴³ in jenem Falle erflachten sie die königliche Gnade um Gewährung eines in seiner Macht ruhenden Hoheitsrechtes, hier wiesen sie Uebergriffe des Generaldirektoriums und des Königs gegen alte ständische Rechte zurück. Der Schritt vom Gravamen zur Supplik war also nicht mehr allzu groß. Eine andere Forderung des Generaldirektoriums, den Inhalt nach Zuständigkeit zu den verschiedenen Behörden zu gliedern, wurde 1733 wieder fallen gelassen; die Stände konnten oft nicht wissen, welche Behörde für diese oder jene Frage zuständig war, da die Kompetenzen der einzelnen Behörden noch nicht so scharf abgegrenzt waren wie heute. Es wurden nur die Materien, die in den Geschäftsbereich des Generaldirektoriums einschlugen, von den übrigen gesondert.⁴⁴ Eine Pflicht für den König und seine Organe zur Beantwortung der ständischen Gravamina bestand nicht. Oft genug ist eine Beantwortung durch das Generaldirektorium nicht erfolgt, die Beschwerden wurden meist einfach zu den Akten gelegt; ja, sogar in der Sitzung „des Geheimen Etatsrathes“⁴⁵ vom 18. Dezember 1716 wurde der Beschluß gefaßt, „zur Verhütung aller ferneren unnöthigen Weitläufigkeiten nichts zu antworten“. Es wurde auch Brauch, die Stände einfach vor

42. S. A. B. V 1. S. 297. Nr. 161.

43. S. A. B. IV 1. S. 552. Nr. 271; s. A. B. IV 1. S. 555, Nr. 272.

44. S. A. B. V 1. S. 503. Nr. 309.

45. S. A. B. II. S. 454, Nr. 230.

vollendete Tatsachen zu stellen, ihre Einwilligung nachher pro forma einzuholen. Die Gravamina waren, wie schon Hoetzsch bemerkte, meist „nur Stilübungen der Syndici“.⁴⁶ Seit 1720 mußte die Regierung die Beschwerden erst selbst beantworten und wenn die Stände sich mit der Entscheidung nicht zufrieden gaben, nach Berlin berichten.⁴⁷ Die Regierung bzw. Kammer beantwortete zwar im allgemeinen die Beschwerden, bat aber wegen ihres allgemeinen Inhaltes oft um „casus speciales“. Ein direkter Verkehr der Stände mit dem Landesherren fand auch jetzt noch statt.⁴⁸ Die Durchführung der Gravamina stand natürlich ganz im Belieben des Königs und Generaldirektoriums. Das Ergebnis der Landtagsverhandlungen war schließlich das zweite Projekt des Etats, das zur Durchführung gelangte nach Genehmigung durch das Generaldirektorium. Die Gravamina aber mit den Entscheidungen und dem Siegel des Tagungsortes bildeten den Rezeß; wahrscheinlich ist auch im 18. Jahrhundert immer noch an der Formel *de non praejudicando* für die Billigung festgehalten worden. Die „Entlassung“ des Landtages geschah aber jetzt schon vor dem Zustandekommen der Rezesse. Der Landtag wurde schließlich in feierlicher Weise durch die Regierung geschlossen. Das Verbot der eigenmächtigen Entfernung der Stände oder einzelner Mitglieder dürfte von den Ständen im 18. Jahrhundert aufrecht erhalten worden sein.⁴⁹

B. Die ständischen Beamten.

Um die Beschlüsse des Landtages im Sinne der Stände weiterzuführen und darüber auch bei den Kollegien zu wachen, wurden die Deputierten der Landstände gewählt; sie nahmen noch an der staatlichen Verwaltung teil. Sie bildeten den letzten Rest einer früher weit ausgedehnteren Verwaltungstätigkeit der Stände. Die Deputierten hatten noch als Vertreter der Landstände in der landtagsfreien Zeit das Vorrecht, vor vollversammeltem Kollegium mit der Regierung zu verhandeln. Sie

46. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 265.

47. S. A. B. II, S. 454, Nr. 230.

48. S. A. B. IV 1, S. 395 A. 1, Nr. 184.

49. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 286 und A. 1.

nahmen an der Ausarbeitung der Matrikel teil, wobei vor allem die Steuerübertragungen für nicht zahlende Kontribuenten viel Arbeit verursachten. Zuweilen scheinen die Deputierten nicht zur Aufstellung der Matrikel hinzugezogen worden zu sein; denn 1715 forderten die Stände deren Zuziehung „bei Einrichtung des Matrikeletats“,⁵⁰ was auch für die Zukunft von der Regierung zugesagt wurde. Dieser geschäftsführende Ausschuß beriet außerdem über neue Angelegenheiten, deren Erledigung noch vor dem kommenden Landtag erfolgt sein mußte, worüber Bericht erstattet wurde, schließlich über den Landtag selbst und dessen Tagesordnung. Außerdem hatten die Deputierten die Verwaltung der ständischen Dispositionsgelder. Dieser geschäftsführende Ausschuß versammelte sich, so oft es nötig schien, mindestens alljährlich einmal, wovon stets der Regierung Nachricht gegeben wurde.⁵¹ Die Regierung oder die Ständedirektoren beriefen je nach Bedarf diesen Ausschuß, die Deputierten der Ritterschaft ließen die der Städte „zu sich fordern“. Bei der Tagung dieses Ausschusses gab es dann das Bild eines kleinen Landtages. Die Deputierten der Landschaft Cleve waren wohl meist am Regierungssitz in Cleve tätig,⁵² die von Mark nach Hoetzsch⁵³ in Bochum oder Dortmund, nach Lehmann⁵⁴ in „Haus Ruhr ohnweit Schwerte“. Unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. versammelten sich die Deputierten der Märkischen Stände wohl in Hoerde.⁵⁵ Diese ständischen Deputierten bestanden in jeder Landschaft aus dem Landesdirektor, 6 Ritterschafts- und 2 Städtemitgliedern.⁵⁶ Alle diese Mitglieder besaßen natürlich nur imperative Mandate; daher ist es kein Wunder, wenn die Behörden stillschweigend einfach auf ihre Mitwirkung verzichteten. Ueber die Frage der Ersetzung des Landtages durch Deputiertentage werden wir in dem Kapitel „der Kampf um den Landtag“ zu sprechen haben. Wie bei den

50. S. A. B. II, S. 303, Nr. 144 § 20.

51. S. A. B. I, S. 602, Nr. 201.

52. Nach Hoetzsch in Marienbaum, s. Hoetzsch: a. a. O. S. 287.

53. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 287.

54. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 265 f. A. 1.

55. S. A. B. V 1, S. 584, Nr. 368.

56. S. Hintze: a. a. O. S. 475.

Landtagsversammlungen die Ständemitglieder, so erhielten auch die Deputierten der Stände für alle Sitzungen feste Diäten.⁵⁷ Als Leiter der Versammlungen und Vorsitzender bei dem Deputiertenkollegium wurde auf den Landtagen der Ständedirektor gewählt; das Generaldirektorium schenkte auch diesen Wahlen seine Aufmerksamkeit;⁵⁸ denn 1733 äußerte es sich dahin, daß in der Grafschaft Mark nun einmal ein Protestant als Ständedirektor gewählt werden müsse, bis dahin war es von Delwig, ein Katholik. Als Ständedirektoren werden sonst noch genannt: Freiherr v. d. Reck, Herr von Romberg, von Hövel; von der clevischen Ritterschaft ein Freiherr von Quadt, ein Herr von Driesberg und ein Landdrost von Witte.⁵⁹ Das Amt bekleideten die Direktoren meistens mehrere Jahre, so wird v. d. Reck für die Jahre 1714—1716 als Direktor genannt.⁶⁰ Für die Städte vertrat diesen Posten der Deputierte der ausschreibenden Hauptstadt. Die eigentlichen geschäftsführenden Beamten aber waren die Syndici, deren es 4 gab, für jedes Korpus einen; sie waren im 17. Jahrhundert der maßgebende Faktor in der ständischen Verwaltung, wenn sie sich auch im Umgang mit den Ständen unterwürfiger Formen befleißigen mußten; der Syndikus sprach von ihnen als von seinen „Herren Prinzipalen“,⁶¹ die Syndici hatten ein hohes Gehalt, Hoetzsch berichtet von 500 Rthlr. für jeden Ritterschaftssyndikus, von 400 Rthlr. für den der clevischen, von 150 Rthlr. aber höheren Diäten für den der märkischen Städte. Aus der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. sind uns keine Syndici dem Namen nach bekannt. Später werden genannt als Syndikus der clevischen Ritterschaft Knops,⁶² der märkischen Elbers,⁶³ bei Lehmann noch Lamert und

57. S. S. 42, A. 1.

58. S. A. B. IV 1, S. 332, Nr. 158.

59. S. A. B. I, S. 603, Nr. 201; A. B. IX, S. 616, Nr. 342; A. B. VI 2, S. 133 f. A. 2, Nr. 51.

60. S. A. B. II, S. 443 A. 1, Nr. 221.

61. S. Schill: a. a. O. S. 370. S. Näheres bei Hoetzsch: a. a. O. S. 288 ff., vor allem ihre Instruktion S. 291 ff. und S. 716 ff.

62. S. A. B. IX, S. 616, Nr. 342.

63. S. ebenda.

Then Berg,⁶⁴ bei Schill Camers,⁶⁵ außerdem noch der Städte-
syndikus Vorster aus Hamm.⁶⁶ Die Namen, die im 18. Jahr-
hundert auftauchen, zeigen, daß wohl nur noch bürgerliche Adv-
vokaten zu diesem Amte genommen wurden, während es früher
meist Adlige oder Doktoren waren. Jedenfalls hat kein Syndi-
kus im 18. Jahrhundert eine solche Rolle gespielt wie v. Diest im
17. Jahrhundert.⁶⁷ Die Geschäftsführung der Ständeverwaltung
behielten die Syndici nach wie vor, doch scheint das Amt seinen
repräsentativen Charakter eingebüßt zu haben, den es im 17.
Jahrhundert noch besessen hatte. Neben dem Syndikus hatten
die Ritterschaftskorpora noch ihre bestimmten Advokaten bei
den Landesgerichten, die Städte aber seit 1718 nicht mehr.⁶⁸
Unter dem Syndikus stand der Ständeschreiber und der Trom-
peter der Stände, der als Bote zum Ueberbringen von Mit-
teilungen an die einzelnen Ständemitglieder verwendet wurde;
von diesen beiden Aemtern ist nichts Neues zu berichten. D.
Stände jeder Landschaft hatten ihren Rezeptor oder Rendanten.
Dieser war nach Hintze⁶⁹ mit dem Landschreiber in Cleve
identisch. Er war eine kapitalkräftige Persönlichkeit, verwaltete
die ständischen Dispositionsgelder und gewährte den Ständen
auch Vorschüsse, wofür er sich aus den Dispositionsgeldern
wucherische Zinsen gutschrieb,⁷⁰ bis diesem Treiben von Berlin
aus Einhalt getan wurde; denn seit 1713 mußte er nicht nur den
Ständen auf den Landtagen, sondern auch der Oberrechen-
kammer Rechenschaft über seine Einnahmen und Ausgaben ab-
legen. Da die Stände von ihm abhängig waren, konnten nicht
sie, sondern nur der Staat die Macht dieser Beamten ein-
schränken. Ihnen wurde durch die Oberrechenkammer scharf
auf die Finger gesehen.

64. S. Lehmann: a. a. O. I, S. 126 A. 1, der letztere ist wohl identisch
mit dem bei Böckenholt: a. a. O. S. 119 A. 5, aufgeführten Syndikus
Thenberg.

65. S. Schill: a. a. O. S. 345.

66. S. Böckenholt: a. a. O. S. 119 A. 5.

67. S. Hoetzs: a. a. O. S. 659 ff.

68. S. A. B. III, S. 89, Nr. 61.

69. S. Hintze: a. a. O. S. 477 und S. 463.

70. S. A. B. V 2, S. 401 f., Nr. 231.

Ein neuer ständischer Beamter gelangte gegen Ende der Regierung Friedrich Wilhelms I. zur Bedeutung, der ständische Vertreter in Berlin. Seit 1739 wird uns ein Hofrat Westarp genannt,⁷¹ später auch ein Herr von Oven.⁷² Diese „Korrespondenten“ waren Juristen; das Amt erlangte bei dem zunehmenden schriftlichen Verkehr der Stände mit Berlin eine wachsende Bedeutung. Alle 8—14 Tage erstattete der Hofrat Westarp, der einmal Advokat am Kammergericht, dann auch Rentmeister der Mittelmärkischen Stände war, den Ständen Bericht in Fragen der inneren Verwaltung, so daß die Stände über alle wichtigen und unwichtigen Vorkommnisse und Ereignisse wohlunterrichtet wurden. Das Verhältnis dieser Beamten zu den Ministern scheint fast ein kollegiales gewesen zu sein, ein Zeichen für die Bedeutung und den stark repräsentativen Charakter dieses Amtes.⁷³ Was das Amt des Syndikus in dieser Hinsicht einbüßte, gewann das des Korrespondenten in Berlin.

C. Die ständischen Rechte.

a) Das Huldigungsrecht.

Das vornehmste aber auch bedeutungsloseste Recht der Stände war das Huldigungsrecht. Es schloß nach Auffassung der Zeit das Band zwischen Fürst und Ständen. Es war seinem Inhalte nach ein Vertrag, durch den der Fürst gegen die üblichen Versprechungen erst zum Landesherren wurde. 1713 fand die Huldigung beider Landschaften getrennt in Cleve und in Hamm statt.⁷⁴ 1740 wurde den Ständen auf ihre Bitte die Huldigung in corpore zusammen in Soest und Lippstadt in Cleve gestattet.⁷⁵ Die Huldigung nahmen der Etatsminister von Strünkede und der Vizepräsident von Quadt zu Wickradt entgegen. Bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II. fand die Huldigung wohl

71. S. A. B. V 2, S. 759—760, Nr. 426.

72. S. Schill: a. a. O. S. 338, A. 3 und S. 340 A. 2.

73. S. Hintze: a. a. O. S. 477 A. 1 und Forsch.: Bd. XI, S. 556 (256), doch haben Westarps Berichte nicht erst 1740, sondern bereits 1739 eingesetzt. (S. A. B. V 2, S. 832 A. 1, Nr. 481.)

74. S. A. B. I, S. 408 f., Nr. 141 und Scotti: a. a. O. Nr. 606, S. 800.

75. S. A. B. VI 2, S. 81 und A. 2, Nr. 42. Nach der Huldigung wurde

ebenso wie in Geldern⁷⁶ im November 1786 statt, bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. wurden Deputierte zur Erbhuldigung nach Berlin gesandt.

b) Das Publikationsrecht und die Jagdgerechtigkeit.

Bis zur Zeit des Großen Kurfürsten hatten die Stände das Publikationsrecht besessen; schon unter der Regierung des Großen Kurfürsten wurde ihnen dieses Recht genommen,⁷⁷ später unter Friedrich Wilhelm II. erlangten sie es in allen mit der Werbefreiheit zusammenhängenden Angelegenheiten wieder.⁷⁸ Auch besaßen die⁷⁹ qualifizierten rittermäßigen Inhaber der Rittersitze sowie einige Bürger und Städte⁸⁰ in Cleve-Mark die Jagdgerechtigkeit. Dieses Recht haftete an dem Grundbesitz, es war also für die Stände nur *ius naturale* und kein *ius essentiale*. Den Lokalbeamten⁸¹ war es untersagt, sich dieses Recht anzumaßen, doch scheint dieses Verbot nicht immer befolgt zu sein; denn 1713 beschwerten sich die Stände über Eingriffe der Waldbedienten und anderer, nicht zur Jagd Berechtigter, in ihre Jagden; sie baten, bei „ihren in Gefolg genannter Recesse und Privilegien wohlhergebrachten Jagdgerechtigkeiten“ belassen zu werden.

c) Das Indigenatsrecht.

Das Indigenatsrecht ist das Recht des landtagsfähigen Adels und eines Teiles der Bürgerschaft in den Städten zur Besetzung der obersten Verwaltungsstellen im Lande mit Angehörigen aus

das Gnadenseil ausgeworfen, d. h. Amnestie erteilt, aber nicht für alle Verbrecher, die das Seil ergriffen.

76. Vgl. Holthausen: a. a. O. S. 56 ff. Die dort über Geldern gemachten Mitteilungen dürften zum Teil auch auf Cleve-Mark sinngemäße Anwendung finden.

77. S. Scotti: a. a. O. Nr. 247, S. 325 und Hoetzsch: a. a. O. S. 266.

78. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2403, S. 2330 und ebenda Nr. 2406, S. 2333, auch Lehmann: a. a. O. I, S. 99 und Zum Bach: a. a. O. 2. Hälfte S. 190 A. 3.

79. Nicht einige, wie Lehmann behauptet; aus dem Wortlaut des § 55 des Rezesses von 1660 geht klar hervor, daß alle qualifizierten rittermäßigen Inhaber der Rittersitze dieses Vorrecht hatten. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 55—57 S. 357 und A. B. I. S. 439 Nr. 148, 8; Lehmann: a. a. O. I, S. 89.

80. S. A. B. I, S. 439, Nr. 148, 8.

81. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 55, S. 357; Nr. 954, S. 1011.

ihrer Mitte. Dieses Recht war den Ständen bei der Eheverabredung des Herzogs Albrecht Friedrich in Preußen mit Herzogin Marie Eleonore verbrieft worden, in den Patenten von 1609 und 1632, namentlich aber in den Rezessen von 1660, 1661 und 1664 erneuert und dann durch die Reversalen bei Regierungsantritt der Könige erneuert worden. Die Grundlage dieses Rechtes bildete § 31 des Rezesses von 1660⁸² und § 36 des Rezesses von 1661.⁸³ Hiernach standen den Indigenatsberechtigten alle Stellen offen, so „Gebott und Verbot“ haben, d. h. deren Inhaber bei Strafe gebieten und verbieten konnten; nicht einbegriffen waren die Kanzlisten, Gerichts-, Zoll- und Walddiener und dergl., also kurz die Unterbeamtenstellen. Dabei hatte der Adel noch gewisse Sonderrechte.⁸⁴ Nur landtagsfähige Adlige sollten zu adligen „Officien“ zugelassen werden, vor allem also zu Drostennämtern und Jurisdiktionen. Diese Bestimmung galt aber auch bei „der Ritterbürtigen Rittermäßige Söhne“, auch wenn diese nicht in Cleve-Mark mit einem Rittersitz versehen, sondern hier überhaupt nur beerbt waren, d. h. im Lande irgendein Besitztum ererbt⁸⁵ hatten. Dieser Söhne Kinder aber galten erst wieder als Eingeborene, wenn sie im Lande einen Rittersitz erworben hatten. Es war eine Maßnahme, um die altadligen Ritterbürtigen zum Erwerb der Rittersitze zu veranlassen. Auch die im Auslande gezeugten Söhne ritterbürtiger und bürgerlicher Eingeborener besaßen das Indigenatsrecht. Auswärtige konnten auf dem Wege der Glissierung⁸⁶ den Charakter als Eingeborener durch die Stände verliehen erhalten.⁸⁷ Beispiele sind mir nicht bekannt geworden. Alle diese Bestimmungen galten für Cleve-Mark wechselseitig, doch war immer Ansässigkeit in der Landschaft Vorbedingung. Im Ritterstande mußte z. B. ein märkischer Adliger, der in Cleve als Eingeborener qualifiziert sein wollte, dort einen Rittersitz von mindestens 6000 Rthlr. besitzen, ein

82. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 31, S. 346 ff.

83. S. Scotti: a. a. O. Nr. 265 § 36, S. 382 f.

84. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 31, S. 348 f.

85. D. h. das Besitztum mußte in erblichem Eigen stehen wie z. B. unsere Fideikomnisse, es konnte also auch gekauft oder durch Heirat erworben sein.

86. S. S. 4 f. und S. 18.

87. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 48 und A. 2.

Bürgerlicher aber „nach Betrag⁸⁸ der Officien auff tausendt oder fünffhundert Reichthl. determiniret und gesetzet“ sein. Nach dem Wortlaut des Rezesses gab es demnach 2 Klassen von Indigenatsberechtigten im Bürgerstande, einmal diejenigen, deren Erbstück auf 1000 Tlr. eingeschätzt war; diesen standen alle — besonders aber die höheren — bürgerlichen Aemter offen, während die Erbstücke der Bewerber um niedere Aemter auf mindestens 500 Tlr. bestimmt werden mußten. Das Verfahren bei der Wertbestimmung war, nach dem Wortlaut des Rezesses zu urteilen, noch ganz roh, es wurde einfach bestimmt, ob das in Frage kommende Erbstück 500 oder 1000 Tlr. wert war. Daß es 2 Klassen⁸⁹ von Indigenatsberechtigten gab, davon zeugt auch der Wortlaut des Rezesses, der von „den Clevischen hohen und niederen Landt-Diensten“⁹⁰ spricht. Welche Aemter im einzelnen zu jeder der beiden Klassen gehörten, ist aus den Rezessen nicht zu ersehen. Das Indigenatsrecht war also lediglich ein Vorrecht des landsässigen Adels und des angesessenen Patriziats der Städte. Die nur Handel und Gewerbe treibenden Bürger kamen demnach für die höheren und mittleren Beamtenstellungen des Landes nicht in Frage. Die Stände hatten bis zum Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. einen gewissen Anspruch auf ein Unterkommen bei den Behörden, weil sie zu den Gehältern einen Zuschuß, die „Supplementgelder“, zahlten. Auch späterhin noch bei Einführung kollegialer Landgerichte hatten die Stände das Gehalt für den Regierungspräsidenten v. Raesfeld in Höhe von 1200 Rthlr. zu zahlen übernommen.⁹¹ Namentlich wachte die Ritterschaft darüber, daß die zahlreichen Droststellen nur mit ritterbürtigen Verwaltern oder Stellvertretern besetzt wurden; auch gegen die damals allgemein übliche Art, Aemter an den Meistbietenden zu vergeben — „mit Geld zu beschweren“ — haben sich die Stände wiederholt gewendet.⁹² Alle diese

88. S. Adeling: a. a. O. Sp. 941 unter „Betrag“: dieses Wort wurde nur in der Bedeutung Summe gebraucht.

89. S. die von der obigen abweichende Auffassung von Hootzsch: a. a. O. S. 47.

90. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 31, S. 350.

91. S. S. 82.

92. S. A. B. III, S. 578, Nr. 280 § 12.

Forderungen gehörten zu den Gemeinplätzen der Gravamina.⁹³ Zu stärkeren Maßnahmen sahen sich die Stände erst genötigt, als ihnen das Drostenamt entzogen, d. h., als dieses 1724 eine Pfründe für ausgediente Offiziere wurde.⁹⁴ Wenn auch in der Beschwerde der Stände vom 5. 6. 1724 nichts Besonderes über das Drostenamt gesagt ist, so ergibt sich aus einem Vergleich der Daten klar, daß der Erlaß vom 5. Juni 1724 der Anlaß zu der „Remonstration“ gewesen war, die am 22. Juni 1724⁹⁵ beim Generaldirektorium einging. Danach stellt sich nach Auffassung der Stände das Verhältnis zum Landesherrn als reines Vertragsverhältnis dar. Die Kommissarien des Kurfürsten Johann Sigismund, so führten sie aus, hätten gefordert, daß die Stände nur Johann Sigismund als ihren gnädigsten Landesfürsten und Herren anerkennen, wohingegen jene versichert hätten, „ihre Privilegien zu confirmiren und nach Gelegenheit zu verbessern“. Die Stände verlangten, daß dem Wortlaut der Rezesse gemäß nur qualifizierte Eingeborene für alle in den Rezessen vorgeschriebenen Aemter genommen werden sollten und daß die Stände, falls Fremde im Lande angestellt werden sollten, gehört werden müßten. Dieses Schreiben blieb unbeachtet, angeblich, weil es nicht unterschrieben war, tatsächlich, weil der König und das Generaldirektorium im Unrecht waren und so den Ständen am besten jede Diskussion abgeschnitten wurde. In Zukunft durften die Drostcn sich in keine Verwaltungsangelegenheiten mehr mischen, ihre Verwaltungsfunktionen versahen jetzt die Richter. Auf eingeborene Ritterbürtige sollte bei Besetzung der Drosteien nur soweit Rücksicht genommen werden, „sofern sie durch getreue Dienste und andere gute Qualitäten sich dazu habiliren“.⁹⁶ Die Maßregel sollte den Adel veranlassen, durch treue Dienste im Heere sich die Aussicht auf diese Pfründen zu erarbeiten. Schon im Rezeß von 1661⁹⁷ hatte der Große Kurfürst sich nur noch verpflichtet, auf das Indigenatsrecht „reflexion“

93. S. z. B. A. B. I, S. 438, Nr. 148. 2, 3. 6. A. B. II, S. 594, Nr. 309, 7. A. B. V 1, S. 503, Nr. 309.

94. S. A. B. V 1, S. 179, Nr. 92.

95. S. Scotti: a. a. O. Nr. 974. S. 1021 und A. B. IV 1, S. 552 ff., Nr. 271.

96. S. A. B. V 2, S. 44, Nr. 39.

97. S. ebenda § 36.

zu nehmen; im 18. Jahrhundert ist es jedenfalls allgemein nicht mehr streng beachtet worden, weil die Ritterschaft immer mehr zusammenschmolz. Vor allem beim Kommissariat und der Kammer wurde das Indigenatsprivileg durchbrochen. Die Stände hatten schließlich überhaupt kein Recht mehr auf die Durchführung ihres Indigenatsprivilegs bei diesen Behörden, weil diese in den Rezessen nicht genannt waren. In der Instruktion für das Generaldirektorium verordnete Friedrich Wilhelm I., daß für das clevische Kommissariat und die Kammer „Preußen, Märker und Magdeburger aber keine Clever“ genommen werden sollten.⁹⁸ Somit wurde damals, wenn auch geheim, in Berlin geradezu die Tendenz verfolgt, das Indigenatsrecht bei diesen modernen Behörden außer Acht zu lassen. Unter Friedrich dem Großen ist dieses Prinzip aber doch wohl nicht streng durchgeführt worden; denn 1754 finden wir in der Konduitenliste der Kammer unter 14 Kriegs- und Domänenräten 4 aus Cleve.⁹⁹ Dagegen ist wohl das Indigenatsrecht bei der Besetzung vakanter Stellen am Hofgericht und an der Regierung rezeßmäßiger beachtet worden, schon deshalb, weil die Mehrzahl der Räte dieser Behörden unbesoldet war.¹⁰⁰ Für die strenge Durchführung des Indigenatsrechtes z. B. bei der adligen Bank der Regierung spricht auch, daß die Stände sich 1739¹⁰¹ darüber beschwerten, daß von Räsfeld als Neugeadelter der adligen Bank der Regierung angehörte. Hierbei ist auffällig, daß in der widerlegenden Antwort der Regierung an die Stände nur die gelehrten Räte antworteten, was darauf schließen läßt, daß die gelehrte Bank auch aus nicht eingeborenen Räten bestand.¹⁰² Im Jahr 1749 verpflichtete sich Friedrich der Große auch nur, „die adlige Bank zu conserviren und, wenn sich capable Subjekte finden, nach der Landesverfassung zu ergänzen“.¹⁰³ Diese Stellungnahme des Königs erfolgte nach der Vereinigung des Hofgerichts mit der Regierung. Beim Hofgericht aber waren bisher die Eingeborenen „sehr stark,

98. S. A. B. III, S. 578, Nr. 280.

99. S. A. B. IX, S. 734—744, Nr. 401.

100. S. Hintze: a. a. O. S. 463 ff.

101. S. A. B. V 2. S. 899 f., Nr. 511; A. B. V 1, S. 595, Nr. 377.

102. S. a. bei Hintze: a. a. O. S. 461.

103. S. A. B. VIII, S. 443, Nr. 175.

wenn nicht ausschließlich vertreten".¹⁰⁴ Bis zur Coccejischen Justizreform galt also hier in Cleve-Mark das Indigenatsrecht bei den alten Landesbehörden im allgemeinen noch, dagegen entschied bei der modernen Landesbehörde, der Kriegs- und Domänenkammer, wohl nur Tüchtigkeit und nicht Herkunft. Dieses Prinzip wurde aber unter Friedrich dem Großen seit der Coccejischen Justizreform auch auf die alten Landesbehörden übertragen. Auch in den Lokalinstanzen war die fortschreitende staatliche Behördenorganisation dazu angetan, das Indigenatsrecht der Stände immer mehr zu beschränken; nur die Jurisdiktionen¹⁰⁵ scheinen im 18. Jahrhundert noch stets mit Indigenatsberechtigten besetzt worden zu sein; denn man konnte diese rezeßmäßigen Neueinrichtungen des Großen Kurfürsten ohne Einwilligung der Stände schlecht abschaffen, zumal die Jurisdiktionsinhaber als Lehnslente sowohl bei der Belehnung eine beträchtliche Summe zu entrichten hatten als auch jährlich ihren Lehnskanon zahlen mußten.¹⁰⁶ So richtete sich der Kampf der Stände in Indigenatsfragen, wie wir noch sehen werden,¹⁰⁷ seit der Justizreform hauptsächlich auf die Erhaltung dieser Stellen.

d) Das Steuerbewilligungsrecht.

Das Rückgrat aller ständischen Rechte war von jeher das Steuerbewilligungsrecht, doch hatten die Stände hierin schon seit dem Großen Kurfürsten nicht mehr völlige Freiheit; nur in ganz geringem Umfange wurde ihnen ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Die Grundlage des Besteuerungsrechtes der Reichsstände bildete der Reichstagsbeschluß von 1653—1654,¹⁰⁸ wonach diese das Recht hatten, zu der „Landesdefensionsverfassung" die Landstände und Untertanen heranzuziehen, nur wenn die Stände gegen „Rezesse oder des Landes Bestes handeln"¹⁰⁹ kann der

104. S. Hintze: a. a. O. S. 465.

105. Es gab in Cleve 35, in Mark 16. S. E. v. Meier: a. a. O. II S. 120.

106. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 177 ff. und S. 880.

107. Vgl. 3. Teil, Kap. F. b.

108. S. J. J. Moser (Grundsätze): a. a. O. S. 10 f. und S. 15.

109. S. J. J. Moser (Abhandlung): a. a. O. § 14.

Fürst ungewilligte Steuern ausschreiben. Im 18. Jahrhundert wurde schließlich das Besteuerungsrecht des Landesfürsten als Hoheitsrecht angesehen, nicht ohne große Zugeständnisse an den Adel, die hier in Cleve-Mark erst 1666¹¹⁰ mit der völligen Steuer- und teilweisen Zoll- und Lizentfreiheit des Adels ihren Abschluß gefunden hatten. War das Besteuerungsrecht erst einmal Hoheitsrecht des Landesherrn geworden, so war es klar, daß die Stände auch keine Steuern mehr selbständig ausschreiben und erheben durften.¹¹¹ Für die Stände galten in allen Besteuerungsfragen noch die Rezesse. Hiernach sollte „ohne zuziehung oder bewilligung der Stände keine Steuern außgeschreiben“¹¹² werden. Theoretisch hielten die Stände immer noch an dem freiwilligen und unverbindlichen Charakter der Willigung fest durch die alljährlich auf den Landtagen ausgeübte Steuerbewilligung, doch bestand dieses Recht natürlich seit Ende des 17. Jahrhunderts nur noch pro forma, ebenso die Forderung der Stände, keine ungewilligten Steuern auszuschlagen.¹¹³ Es kommen bis 1714 immerhin noch Steuerverweigerungen vor, seit diesem Jahre geschah dies jedoch nicht mehr. Es gab fortan für die Stände kein Steuerbewilligungsrecht mehr, sondern nur noch eine Steuerbewilligungspflicht. 1724 z. B. schon „baten“ die Stände um Streichung von 60 000 Rthlr. vom Etat.¹¹⁴ Dieser Etat „teilte sich in Positionen pro regia majestate und solche für den Provinzialbedarf, wie Wege, Wasserbau, Sicherheitsanstalten“ usw.¹¹⁵ Zu dem 1. Teil des Etats stand den Ständen

110. S. Rachel: a. a. O. S. 484 f. Vgl. auch Scotti: a. a. O. Nr. 295, 3. S. 477. Auf den Landtagen von 1700—1711 erlangt der Adel von den Städten Freiheit von deren Wegegeldern für alle zum eigenen Gebrauch bestimmten Waren.

111. S. A. B. V 1, S. 179, Nr. 92. Major von Seel als Drostenamtsverwalter gehörte, dem Namen nach zu urteilen, nicht zu den Ständen, hielt sich aber als Inhaber eines alten ständischen Amtes doch für berechtigt, Steuern auszuschreiben. Die Folge war der Erlaß vom 16. 1. 1731, der den Drosten und Drostenamtsverwaltern jede Einmischung in Amtssachen verbot.

112. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 29, S. 345 f.

113. S. A. B. I, S. 440, Nr. 148, 13.

114. Bei Hintze: a. a. O. S. 474 scheint eine Verwechslung mit dieser Tatsache vorzuliegen. S. A. B. IV 1, S. 626, Nr. 318.

115. S. Pertz: a. a. O. V, S. 128.

kein Einspruchsrecht zu, wohl aber bei den für den Provinzialbedarf ausgeschlagenen Steuern. Von diesen war wieder ein Teil laufende Ausgaben, wie z. B. Beamtengehälter, die jährlich bewilligt werden mußten, und nur bei den Ausgaben, die jährlich „zu differiren pflegen, insbesondere bei Remissionen“,¹¹⁶ wurde die Willigung der Stände eingeholt. Man kann also sagen, daß den Ständen in sehr beschränktem Maße ein Budgetrecht von den Königen im 18. Jahrhundert gelassen wurde.¹¹⁷ Auf die Verwendung aller für den Staat bewilligten Steuern hatten die Stände natürlich keinen Einfluß,¹¹⁸ dagegen übten sie über alle für den Provinzialbedarf bewilligten Steuern durch ihre Deputierten und durch die Abnahme der Rechnungen auf den Landtagen eine gewisse Kontrolle aus. Nach der Bewilligung des Etats durch die Stände war jeder Landesbewohner mit Ausnahme der Eximierten verpflichtet, seine auf ihn entfallende Steuerquote zu zahlen. Die Bewilligung war bindend für das ganze Land. Mit der Genehmigung des 2. Projekts des Etats durch das Generaldirektorium wurde die Willigung zur Steuer.¹¹⁹

Dritter Teil.

Die Arbeit der Stände.

A. Die Stellung der Stände zur Kontribution, Akzise und zum Lehnskanon.

a) Zur Kontribution.

Es hat zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Cleve-Mark eine Landessteuer gegeben, die Kontribution oder Schatzung oder nach der Form ihres Zustandekommens auch Willigung genannt. Sie war gedacht als Unterhalt für die Miliz, seit 1713, als die

116. S. A. B. X, S. 84, Nr. 60.

117. S. Pertz: a. a. O. V, S. 135.

118. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 229 A. 4.

119. Ich bringe das Kapitel über die ständische Finanzverwaltung, das eigentlich zum 2. Teile dieser Arbeit gehört, direkt vor dem Kapitel „der Kampf um den Landtag“, weil es mit diesem organisch zusammengehört.

Miliz aufgelöst wurde,¹ für das Heer. Nach Auffassung der Stände² war diese Steuer ein onus personale, während sie in Wirklichkeit schon längst eine dingliche Last geworden war. Die Stände beschwerten sich über diesen Vorgang, aber es half ihnen nichts. Die Last haftete am Grund und Boden, was dadurch zum Ausdruck kam, daß sie auch auf andere übertragbar war. Namentlich suchte man wohl die Eigentümer für den Steuerausfall ihrer Pächter verantwortlich zu machen, daher immer wieder die Beschwerde der Stände, „es sollen keine Güter vor der Pfächtiger rückständige Schatzungen distrahiert werden“.³ Der Staat hatte infolge der Umwandlung der Steuer in ein onus reale ein starkes Interesse daran, eine genaue Katastrierung des Grundbesitzes zu erlangen; denn nur so konnte er bei dem vorherrschenden Streubesitz in Cleve-Mark einen genauen Einblick in die Besitzverhältnisse erlangen. Dadurch glaubte der König die Behörden von der Mitwirkung der Stände unabhängig machen zu können. In 16 jähriger⁴ Arbeit war dieses 1737 trotz des verzweifelten Widerstandes der Stände und der Regierung gelungen. Die Stände streubten sich so heftig dagegen,⁵ weil dadurch den zahlreichen Steuerhinterziehungen ein Riegel vorgeschoben wurde, die Besitzverhältnisse klargelegt waren und die sogenannten Flachländereien⁶ und Burgmannsgüter⁷ zur Besteuerung herangezogen werden konnten. Der Staat wurde durch die Auffassung, daß die Steuer ein onus reale sei, von der Bewilligung der Stände unabhängiger; die Steuer konnte, einmal erhoben, als dingliche Last von jedem Besitzer eines Grundstückes einfach forterhoben werden. Durch die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes und durch die zwangsweisen Werbungen seit 1735 standen viele Höfe und Häuser leer. Dieses machte wieder weitere Steuerübertragungen notwendig; dadurch wurde eine Ueberlastung der anderen Kontribuenten herbeige-

1. S. Scotti: a. a. O. Nr. 551 1/2 Bem., S. 737.

2. S. A. B. IV 2 S. 98, Nr. 77.

3. S. A. B. V 1 S. 507, Nr. 309 und Hoetzsck: a. a. O. S. 201.

4. S. A. B. IV 1 S. 702 A 1, Nr. 365 und A. B. V 2 S. 374 ff., Nr. 211.

5. S. A. B. IV 2 S. 96, Nr. 77, 4.

6. S. Scotti: a. a. O. Nr. 379, S. 386; s. A. B. V 1 S. 224, Nr. 115.

7. S. Scotti: a. a. O. Nr. 535, S. 730 f.

führt und die bereits vorhandenen Ungleichheiten in der Matrikel noch verstärkt. Die Folge war, daß viele Kontribuenten ihr Steuerquantum nicht mehr erschwingen konnten, viele Familien auswanderten oder ausstarben, und so noch mehr Ländereien und Häuser wüst wurden. Es waren in dieser Angelegenheit mit den Ständen und mit der Regierung Beratungen gepflogen worden.⁸ Die Stände gaben jene Disposition in der Matrikel zu, diese rühre aber „ex quantitate matriculandi“ her, welche Ansicht, wie wir sahen, nur soweit richtig ist, als durch die erhöhte Matrikel die Ungleichheiten verstärkt wurden. Dadurch, so meinten sie, würden viele Stellen wüst, zumal der Handel mit Holland durch die irische Konkurrenz fast vernichtet sei. Das war alles richtig, nur von den vielfachen Steuerhinterziehungen sprachen die Stände nicht, ja, sie redeten auf dem Landtage 1713 diesem Treiben indirekt das Wort, wenn sie verlangten, daß „in Vorrechten, Privilegien . . . immemorialis possessio statt-haben“ und daß „niemand in dem Besitz und Genuß seiner freien Güter turbiret werden möge“.⁹ Der König ließ sich indes trotz aller Bedenken nicht abschrecken, das teure Werk der Katastrierung durchzuführen. Es gelang dem König aber nicht, die Peraequation, d. h. die Ausgleichung des Matrikularverhältnisses auf Grund des eingeführten Katasters, durchzusetzen. Die Stände und Regierung hielten in dieser Frage fest zusammen. Sie hatten 1738 mit der Opposition gegen diese Maßnahme begonnen. Die Regierung wandte dagegen ein,¹⁰ daß durch die Generalvermessung ein Ausgleich nicht herbeigeführt werde, wohl weil, wie die Stände ausführten,¹¹ der Ertrag der Güter im Laufe der Zeit sich nicht gleichgeblieben, und der Kontributionsausschlag nicht allein auf die Ländereien, sondern auch auf die Nahrung eines jeden Amtes gerichtet und „die Generalvermessung doch kein beständiges Regulativum contribuendi“ sei. Alle unternommenen Generalvermessungen von 1632 bis 1717 hätten ihren Zweck verfehlt und seien von dem Landesherren deshalb

8. S. A. B. V 2 S. 259 f. A. 1, Nr. 166.

9. S. A. B. I S. 440, Nr. 148, 13.

10. S. A. B. V 2 S. 832, Nr. 481.

11. S. A. B. V 2 S. 259 f. A. 1, Nr. 166.

nicht zu Ende geführt worden. Das Generaldirektorium und die Kammer traten demgegenüber für die Durchführung der Peraequation ein, weil solche verschiedentlich auch in anderen Provinzen eingeführt worden seien. Es war überhaupt der Grundirrtum der preußischen Regierung des 18. Jahrhunderts bis 1756, daß man glaubte, rein mechanisch vom grünen Tisch aus die Verhältnisse ganz anders gearteter Provinzen auf Cleve-Mark übertragen zu können. Das Generaldirektorium suchte nun den Einspruch der Regierung, daß die neue Vermessung mit den vorhandenen „accuraten“ Maßkarten starke Widersprüche aufweise, etwas oberflächlich damit zu widerlegen, daß solche Differenzen leicht zu beheben seien. Demgemäß wurde eine Untersuchung dieser Ungleichheiten angeordnet, den Behörden aber wurde befohlen, sich aller „Animositäten“ gegenseitig zu enthalten. Unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen gelang es nicht, die Peraequation einzuführen. Der Grund lag m. E. darin, daß ohne der Stände und der Einwohnerschaft Mithilfe eine Durchführung dieser Maßnahme schlechterdings nicht möglich war, weil man die Qualität des Bodens nur mit Hilfe der eingesessenen ortskundigen Bevölkerung abschätzen konnte, und nur durch jene genaue Abschätzung des Bodens war eine gerechte Lastenverteilung zu erreichen. Es mag auch tatsächlich die Neuvermessung sich als unzureichend erwiesen haben und so ließ man, um nicht eine halbe Sache ins Werk zu setzen, die ganze Sache auf sich beruhen.¹² Es fehlte eben hier in den westlichen Provinzen Preußens in den Lokalinstanzen an Beamten, die ganz auf das staatliche Interesse eingestellt, und, nur vom Staate abhängig, mit den lokalen Verhältnissen und Interessen vertraut waren, ohne jedoch von diesen allzu sehr abhängig zu sein. Infolge dieses Mangels einer geschulten lokalen Beamtschaft herrschte in den oberen Instanzen oft ungenügende Kenntnis der Details. Deshalb drängte man von Berlin aus darauf hin, allgemeine Zeitungen wie den „Duisburger Intelligenzzettel“¹³ einzuführen, um so über die

12. S. A. B. V 2 S. 834, Nr. 481 und A. B. VII S. 787 f., Nr. 401.

13. S. Scotti: a. a. O. unter Intelligenzblatt und Zeitungen; vgl. auch A. B. IV 1 S. 233, Nr. 108.

verschiedenen örtlichen Begebenheiten genaue Kenntnis zu erhalten. Dann bedurfte man des Landtages und der Stände als Auskunftsmittel nicht mehr, die Lokalbehörden wurden von ihnen unabhängiger. Deshalb sträubten sich auch die Stände gegen die zwangsweise Einführung dieser Zeitungen.¹⁴

b) Zur Akzise.

Die staatliche Steuererhebung machte bis 1713 an den Mauern der Städte Halt, doch Friedrich Wilhelm I. sah sich durch die starke Verschuldung der Städte und ihre verworrenen Finanzverhältnisse gezwungen, auch hier Ordnung in die Konfusion zu bringen;¹⁵ denn „das allgemeine Beste“ müsse dem „Eigennutz“ vorgezogen werden, „zu des Landes Wohlfahrt und der Unterthanen Soulagement und Aufnahme einzig und allein“ sollte das Eingreifen des Staates geschehen. Je ein Mitglied aus dem Magistrat und der Bürgerschaft hatten der Akzise beizuwohnen, wofür sie ein Gehalt bezogen. Sie mußten die Akzise-rechnungen prüfen, diese dem Magistrat und den Deputierten der Bürgerschaft in pleno vorlegen. Sonst kam die städtische Akziseverwaltung wie in den anderen Provinzen ganz in die Hände des Staates und seiner Organe. „Der Schrecken im Lande war groß“, berichtet Schmoller,¹⁶ es soll „eine heftige Opposition aus der Mitte der Stände sowohl wie der königlichen Beamten“¹⁷ verursacht haben. Die ganze Maßnahme richtete sich gegen die städtische Aristokratie und war im Interesse der unteren Klassen der Bevölkerung gedacht.¹⁸ Die Städte führten als Rechtfertigung ihrer Verwaltung einmal die Rezesse von 1609, 1660, 1664 und 1666 an, ferner sehr beachtenswert, daß die Städte damals bei dem Mangel an „publicquen“ Banken gleichsam öffentliche Kreditinstitute für ihre Bewohner waren, indem Gläubiger Schuldverschreibungen lieber auf die Städte als auf Privatpersonen annahmen.¹⁹ Die Städte brachten ihre Vorstel-

14. S. z. B. A. B. VI 2 S. 136, Nr. 51, 23.

15. S. Scotti: a. a. O. Nr. 682, S. 808 f.

16. S. Schmoller: a. a. O. S. 524—529.

17. S. Lehmann: a. a. O. S. 123.

18. S. Schmoller: a. a. O. S. 525.

19. S. Schmoller: a. a. O. S. 526.

lungen lange mit immer neuen Klagschriften und Kommissionen in Berlin vor, bis ihnen dieses 1720²⁰ verboten wurde, doch hatte sich der Hauptsturm schon 1718 gelegt.²¹ Den Städten konnte bei ihrer starken Verschuldung eine geordnete Finanzverwaltung schließlich auch nur willkommen sein. Die Kommission unter Leitung Durhams richtete in den Jahren 1714—1716 die königliche Akziseverwaltung in Cleve-Mark ein. Friedrich Wilhelm I. wies 1722 das neugebildete Generaldirektorium an, im Jahre 1723 „an der Clevischen Städte Kreditores“ 100 000 Rthlr.²² zu bezahlen. Trotz der königlichen Verwaltung hatten die Städte wohl nie ihr verpflichtetes Steuerkontingent erreicht;²³ hauptsächlich deshalb, weil das platte Land den Städten im Handel und Gewerbe viel Konkurrenz machte, namentlich im Brauen und Branntweinbrennen,²⁴ wofür allerdings auf dem Lande die Gruite und Landakzise erhoben wurde.²⁵ Dabei lag die Versuchung für den König nahe, die Akzise auch auf das platte Land auszudehnen, weil sie einmal nicht von den Ständen bewilligt zu werden brauchte und dann dem Staate bei zunehmendem Wohlstand der Bevölkerung auch eine wachsende Steuereinnahmen versprach. Es ist wohl zu verstehen, daß die Stände sich in ihren Gravamina gegen derartige einschneidende Uebergriffe zu wehren suchten.²⁶ Eine andere Maßregel schloß sich der Uebernahme der städtischen Akzise durch den Staat an: Die Aufhebung der freien Magistratswahl.²⁷ Die Magistrate hatten bis 1713 das Recht der Kooptation, jetzt durften sie dieses Recht nur als Vorschlagsrecht ausüben. Der König kehrte sich indessen an ihre Vorschläge oft wenig, sondern ernannte einfach die Magistratsmitglieder. So wurde die städtische Verwaltung

20. S. Scotti: a. a. O. Nr. 865, S. 958.

21. S. Schmoller: a. a. O. S. 527.

22. S. A. B. III S. 594, Nr. 280 § 10.

23. Die clevischen Städte zahlten $\frac{1}{3}$, die märkischen $\frac{1}{12}$ des Gesamtsteuerkontingents der Landschaft. S. auch A. B. IV 2 S. 336, Nr. 212 und V 1 S. 928, Nr. 537.

24. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 771 f.

25. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 375 f. A. 4 und A. B. V 1 S. 505, Nr. 309.

26. S. A. B. IV 2 S. 96, Nr. 77, 3 und A. B. V 1 S. 505, Nr. 309.

27. S. Lehmann: a. a. O. S. 131.

allmählich verstaatlicht.²⁸ Die Städte brachten dann auch auf den Landtagen häufig die Bitte um Wiederherstellung der freien Wahl ihrer Magistrate vor.²⁹ Erst nach dem Siebenjährigen Kriege erfüllte Friedrich der Große ihnen diesen Wunsch. Man kann die Neueinrichtungen Friedrich Wilhelms I. für die Landstände kaum zu hoch anschlagen. Nicht allein, daß das Matrikularverhältnis durch die Verstaatlichung der Akzise gestört wurde, die Städte verloren sogar ihr bedeutendstes Recht, das der Steuerbewilligung; denn ihre Beamten waren staatliche Organe, die die Städte auf den Landtagen vertraten. Aus alledem ersieht man, wie die Städte jetzt mehr als früher zu einer bloßen Statistenrolle auf den Landtagen verdammt waren.

Nach dem Siebenjährigen Kriege sah sich der König vor die Aufgabe gestellt, den neuen Großstaat auch steuerpolitisch auf anderer Grundlage aufzubauen. Im Jahre 1767 führte er an Stelle der Generalakzise „eine allgemeine Fixation mittels einer classificirten Personensteuer“³⁰ ein; aber die größeren Städte wurden dabei im Verhältnis zu den kleineren zu stark belastet, und so entschloß sich der König 1777 zur General- und Natural-Akzise zurückzukehren.³¹ 1783 suchte man sogar den Gewerbe- und Handelszwang³² nach dem Muster der übrigen Länder einzuführen, aber der Plan wurde auf den Widerstand der Ritterschaft hin, die den „Entwurf einer vernichtenden mit Ironie und Spott gemischten Kritik“ unterzog, fallen gelassen. Sie wies vor allen Dingen auf die Repressalien hin, „mit denen die Nachbarn eine unfreundliche Handelspolitik erwidern möchten“.³³ Lehmann³⁴ bemerkt zu dieser Frage: „Von neuem erwiesen sich die Stände als Vorkämpfer einer modernen Staatsanschauung und als Beschützer der natürlichen und historischen Eigenthümlichkeiten des Territoriums“. Am 22. Mai 1790 wurde eine Kommission zur Untersuchung von Beschwerden der durch die General-Akzise

28. S. Schmoller: a. a. O. S. 528 und Scotti: a. a. O. Nr. 826, S. 936.

29. S. A. B. IV 2 S. 98, Nr. 77 und V 1 S. 504, Nr. 309.

30. S. Pertz: a. a. O. I S. 77.

31. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2146, S. 2101.

32. S. Lehmann: a. a. O. I S. 125.

33. S. Lehmann: a. a. O. I S. 127.

34. S. Lehmann: a. a. O. I S. 126 und A. 1.

am meisten geschädigten Provinz eingerichtet. An dieser nahmen wahrscheinlich auch Vertreter der Ritterschaft teil, Stein führte den Vorsitz.³⁵ Den größten Widerstand gegen die Abschaffung der Akzise leisteten die Städte, weil sie aus der merkantilistischen Zollpolitik den größten Nutzen zogen. Stein machte gegen ihre Bedenken vor allem geltend, „daß ihr Wohlstand nimmermehr durch einen gegen das Land angewandten Akzise- und Nahrungszwang begründet werden könne“. Das platte Land zahlte nunmehr 17 380 Rthlr. Kontribution mehr, die Städte behielten ihre Bannmeile, eine Stunde vor den Mauern der Städte durfte kein Weinzapf angelegt und die Zahl der Brauereien und Brennereien auf dem platten Lande nicht vermehrt werden. Die Steuer war nach längeren Verhandlungen mit Stein von den Ständen in der Absicht übernommen worden, das matrikularmäßige Verhältnis von Stadt und Land wiederherzustellen. Die Städte zahlten ein gewisses Kontingent und zu dessen Regelung sandten sie jährlich je einen Deputierten wechselweise nach Hamm, Unna oder Iserlohn. Das platte Land wurde von der Akzise auf Lebensmittel und Rohstoffe befreit, dagegen wurde eine Mühlen-, Getreide-, Mahl- und Getränkesteuer, die spätere Mahl- und Schlachtsteuer, beibehalten. Der Impost auf Malz und Schrot wurde zu Gunsten der städtischen Brauereien und Branntweimbrennereien herabgesetzt. Da aber infolge des Akziseausfalls das Matrikularverhältnis der Städte nicht erfüllt werden konnte, so wurde die Servicesteuer auf die Häuser gelegt; außerdem mußte jeder Kaufmann nach Zahl seiner Handelsartikel und seiner kaufmännischen Angestellten einen Beitrag zahlen, der insgesamt den 4. Teil des bisherigen Akzisebeitrages ausmachen mußte, ebenso die „Professionisten“. Das fehlende Akzisequantum sollte auf alle Konsumenten ohne Unterschied des Standes ausgeschlagen werden. Zur Förderung der heimischen Tuchindustrie wurde jeder Kaufmann gezwungen, für 50 bzw. 100 oder 150 Rthlr. je nach der Größe seines Geschäfts im Inlande Tuche zu kaufen und für den Verlag des ausländischen Tuches eine Akzise zu bezahlen. Zuletzt geschah die Versicherung, daß ohne Zuziehung der Landstände oder deren Deputierten keine neuen Ausgaben

35. S. Lehmann: a. a. O. I S. 127 und A. 2.

auf den Etat gebracht, noch auch die Tarife erhöht oder abgeändert werden sollten. Die Darstellung über die günstige Wirkung dieser Maßnahme, die Lehmann gibt, dürfte durch die Forschungen von Meister und seines Schülers Lampp widerlegt worden sein. Stein sah sich schließlich gezwungen, „zu dem so oft geschmähten System des großen Friedrich zurückzukehren“.³⁶

c) Zum Lehnskanon.

Neben diesen beiden Hauptsteuerarten, der Kontribution und Akzise, bestand seit 1717 noch ein dritte Steuer, die für die geplante Allodifikation der Lehen von den Lehngütern erhoben werden sollte: Der Lehnskanon.³⁷ Hier in Cleve-Mark waren bereits durch das Privileg von 1510³⁸ die Lehen in agnatischer und kognatischer Linie sogar auf Geschwister³⁹ vererbbar. Somit bedeutete die Einführung der Allodifikation in Cleve-Mark keinen Vorteil für die Stände. Es sollte vom 1. Juni 1717 für jedes Ritterpferd, für das 1704⁴⁰ 100 Rthlr. gezahlt war — erst auf 5 Jahre, dann dauernd — jährlich 40 Rthlr. gezahlt werden. Die „illustren“ Güter, d. h. der S. 7 genannten Vasallen sollten frei bleiben, doch gelang es dem Einspruch der Stände, daß ihnen gestattet wurde, „sich über die Repartition mit den Vasallen zu einigen“. Die Einführung dieser Steuer stieß auf erhebliche Schwierigkeiten. Ein Versuch im September desselben Jahres, die Stände zur Allodifikation zu bewegen, scheiterte ebenso wie vorher. Die Stände stellten sich auf den Standpunkt, „die gemeinen Lehen seien schon jetzt mit der von den Unterthanen gezahlten Kontribution genug belastet, müßten also jetzt eine doppelte Steuer zahlen; die Kontribution, die für den die Lehnfolge ersetzenden miles perpetuus gezahlt werde, surrogiere die früheren Lehndienste“. Die Stände übersahen nur geflissentlich dabei, daß mit der Schaffung des stehenden Heeres ihr Anspruch auf Steuerfreiheit sinnlos geworden war. Die Einführung des

36. S. Lampp: a. a. O. S. 21 f.; s. auch Meister: a. a. O. S. 17 f.

37. Ich folge hier Loewe: a. a. O. S. 366 ff.

38. S. Scotti: a. a. O. Nr. 16, S. 47.

39. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 24, S. 343.

40. S. Scotti: a. a. O. Nr. 510, S. 720.

Lehnkanons durchbrach im wesentlichen das Privileg der Steuerfreiheit des Adels. Dieser hielt an seinem Vorrecht aber grundsätzlich fest und wälzte jede Steuer auf seine Zinsleute ab. Trotz aller Einwendungen der Stände wurde die Steuer eingeführt, aber eine Allodifikation der Lehen fand nicht statt, weil hier, „Spezifikationen“ von allen Lehngütern,⁴¹ d. h. Listen über alle zu diesen Gütern gehörenden Rechte und Lasten, verlangt wurden. Die Sache scheiterte aus demselben Grunde wie die Peraequation. Auch die Bestimmung, daß Mandatare eines Vasallen verpflichtet seien, bei Antritt ihres Amtes neue Lehngebühren zu entrichten,⁴² veranlaßte die Stände 1730 zur Beschwerde. Es handelte sich dabei wohl hauptsächlich um Lehnverwalter oder Pächter der großen, S. 7 genannten Vasallen des Königs. Jene wurden wohl vom König als die eigentlichen Lehninhaber angesehen, schon um hier in Cleve-Mark kein Mediatuntertanenverhältnis aufkommen zu lassen; denn solche gab es hier nicht, weil alles Land verpachtet wurde und keine Patrimonialgerichtsbarkeit bestand. Die Allodifikation der Lehen ist in Cleve-Mark während des 18. Jahrhunderts unausgeführt geblieben.⁴³

B. Die ständische Finanzverwaltung.

Die Stände hatten bis zum Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. das — allerdings nicht unangefochtene — Recht, ihre Finanzen selbständig ohne staatliche Kontrolle zu verwalten. Die gesetzliche Grundlage dieses Rechtes war der § 44 des Rezesses von 1660⁴⁴ und § 12 des Rezesses von 1661⁴⁵ sowie der Rezeß von 1666.⁴⁶ Die Stände erhielten bis 1713 jährlich 12 000 Rthlr. Dispositionsgelder,⁴⁷ woraus sie ihre Beamten besoldeten,

41. S. A. B. IV 2 S. 97/98, Nr. 77 und Scotti: a. a. O. Nr. 794 Bem., S. 926.

42. S. A. B. IV 2 S. 98, Nr. 77.

43. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1951, S. 1787 f., ferner Nr. 2222, S. 2168 und Nr. 2786 § 9, S. 2631 ff.

44. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 44, S. 354.

45. S. Scotti: a. a. O. Nr. 265 § 12, S. 372.

46. S. Scotti: a. a. O. Nr. 295, S. 481 f.

47. S. Hoetzschr: a. a. O. S. 294.

die kleinen, für den Geschäftsverkehr nötigen Ausgaben und die sogenannten Supplementgelder zahlten, auch Sendungen an das Hoflager, Remissionen und die Kosten für die Deputiertentage beglichen.⁴⁸ Diese Gelder durften nur mit Einwilligung des Landesherrn ausgeschlagen werden.⁴⁹ Außerdem erhielten die Stände für die Landtage Zehrungskosten, ein Ritter 3 Taler 24 Stüber, ein städtischer Deputierter 1 Taler 42 Stüber, an Reisekosten wurden 4 Taler gezahlt, diese galten vom Tage der Abreise bis zum Tage der Ankunft, die Zehrungskosten nur bei Teilnahme an den Vor- und Nachmittagssitzungen, bei Teilnahme an einer dieser Sitzungen wurde nur die Hälfte gezahlt,⁵⁰ der deputatus loci erhielt überhaupt keine Diäten.⁵¹ Alle diese Gelder wurden unter den Beischlagen miterhoben. Der Ständerezeptor zahlte sie auf Anweisung von je 4 Deputierten der Ritterschaft und Städte aus. Diese Gelder belasteten das Land sehr, namentlich, wenn die Landtage, die bis dahin die Regierung berief, — denn nur für diese Versammlungen wurden Diäten gezahlt; für die anderen Versammlungen mußten die Stände aus ihren Ständegeldern Reise- und Zehrungskosten beglichen — lange währten. „Ein großer Wirrwarr von Forderungen und Schulden“⁵² war nach der etwas lockeren Regierungszeit Friedrichs I. die Folge. Auch hier mußte Ordnung geschaffen werden. So erging denn noch kurz vor dem Tode Friedrichs I., sicher wohl schon auf Veranlassung des künftigen Herrschers, am 16. 2. 1713⁵³ an die Cleve-Märkische Regierung der Befehl, von den Ständen „Rechenschaft über die Verwendung der Dispositionsgelder zu verlangen“. Diese Forderung war rezeßwidrig; denn die Dispositionsgelder galten zur freien Verfügung der Stände. Trotzdem glaubte der König Rechenschaft über die Verwendung der Gelder fordern zu müssen, weil sie aus königlichen Fonds bezahlt wurden; die Steuerbewilligungspflicht war

48. Nach Hoetzsch: a. a. O. S. 296 erhielt auf den Deputiertentagen ein Ritter seit 1684 täglich 4 Rthlr., ein städtischer Deputierter 2 Rthlr.

49. S. Scotti: a. a. O. Nr. 295, S. 481.

50. Galt wohl nur für die clevische Ritterschaft.

51. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 295 A. 4.

52. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 296.

53. S. A. B. I S. 386 f., Nr. 132.

Voraussetzung zu dieser Anschauung. Die Stände hingegen standen auf dem Standpunkt, daß die Gelder von dem Lande durch die Landschaft erhoben würden und infolgedessen der Staat kein Kontrollrecht habe. Einen großen finanziellen Vorteil mag der König von dieser Maßnahme nicht erhofft haben, ihm lag nur daran, Ordnung in die ständischen Finanzen zu bringen, da letzten Endes solche Unordnung doch nur auf den Staat zurückfiel. Während sich die Stände bei solchen Kämpfen immer auf ihre Gesetze oder altes Herkommen beriefen, glaubte sich der König im Interesse des Landes darüber hinwegsetzen zu können. Die Stände stellten indessen entrüstet fest, sie hätten die Gelder stets zu „Ew. Königl. Majestät hohem Interesse“ und „des Landes Wohlfahrt und Besten“ verwendet. Sie betrachteten sie nur als ein „Douceur“ und keineswegs als einen Ersatz für die Kosten, die die Ritterschaft namentlich in Kriegszeiten aufwenden mußte. Dieser Standpunkt war richtig, löste aber immer noch nicht die Frage, wie Ordnung in die ständischen Finanzen zu bringen war. Die Stände versprachen dann auch etwas sarkastisch, fernerhin „dergleichen Kleinigkeiten zu des Königs Besten und des Landes Wohlfahrt“ anwenden zu wollen, ja, nötigen Falls seien sie sogar erbötig, Gut und „Blut für Ew. Königl. Majestät gleichsamb aufzuopfern“. Sie baten den König bei seiner Gnade, diese Berechnung nicht zu fordern. Wegen dieser Diätenfrage ist dann auch der Kampf mit dem Landtag entbrannt, dessen Verlauf im nächsten Kapitel dargestellt werden wird. Durch königlichen Erlaß⁵⁴ vom 9. August 1714 wurde befohlen, den Ständen „von“ den 12 000 Rthlr. Dispositionsgeldern 1000 Rthlr. als Diäten auszuzahlen. Für ständische Extraordinärzusammenkünfte durften nach dem Erlaß vom 5. 3. 1715 keine Diäten gezahlt werden. Bei allen Versammlungen sollten die Stände vorher Ursache und Tagesordnung angeben und die königliche Genehmigung einholen. Am 12. Oktober 1715⁵⁵ erging ein Immediatbericht des Generalkriegskommissariats an den König. Der König hätte verordnet — so führt der Bericht aus — „daß zu Behuef der Landtagsdiäten vor die Deputirte von der

54. S. A. B. II S. 16, Nr. 6.

55. S. A. B. II S. 293, Nr. 135.

Ritterschaft und Städten beiden Provinzien aus der Landescasse mehrers nicht als 1000 Rthlr. überhaupt ausgezahlt werden sollte“, deshalb wurde angefragt, „ob diese Clausul vor diesesmal bei der Convocation der Landstände wieder observiret werden solle, als welche vormals considerable Summen verzehrt haben“. Hierbei ist noch auf zwei Ungenauigkeiten hinzuweisen; einmal sollte nach dem Erlaß des Königs⁵⁶ „von“ den 12 000 Rthlr. 1000 Rthlr. als Diäten gezahlt werden, hier aber „zu Behuef der Landtagsdiäten mehrers nicht als 1000 Rthlr.“, im ganzen also 13 000 Rthlr., dann spricht der Bericht von den „Deputirten“ aus Ritterschaft und Städten, während tatsächlich die Gesamtheit der Stände gemeint war. Der König entschied: „sollen 1000 th Parttut haben, wollen sie kaffe so sollen sie das überiege aus Ihren Propriis zahlen“. Es sollte also den berüchtigten Schlemmereien der Ständemitglieder während der Landtage Einhalt geboten werden. Die 1000 Taler waren gedacht als Ersatz der durch den Landtag für die Teilnehmer notwendig gewordenen Mehrausgaben. Der Entscheid des Königs veranlaßte nun die Stände zu ihrem 1. großen Gesuch in der Landtagsdiätenfrage, das am 20. Dezember 1715⁵⁷ an den Hof abging. Sie beriefen sich darin auf die Rezesse und meinten, die Dauer der Landtage könne nicht genau bestimmt werden, infolgedessen müßten auch die Diäten immer „nach Betrag der Zeit“ erhoben werden, ja, sie verlangten sogar Auszahlung der noch vom vorigen Landtage restierenden Diäten. Selbst das Kommissariat hob hervor, die Märkischen Stände könnten mit 500 Rthlr. „auf der Hin- und Rückfahrt“ nicht auskommen, auch seien die Stände „wegen Bezahlung dieser Verzehrungen nicht wenig verlegen“. Die Märkischen Stände ihrerseits baten in einem besonderen Gesuche, ihnen anstatt der 500 Rthlr. ihre verbrauchten 4596 Rthlr. zu ersetzen, um zu zeigen, wieviel Zuschuß sie noch zu den Diäten zahlen müßten. Die Stände erhielten nun abermals rückwirkend vom Jahre 1715 an 1000 Rthlr. bewilligt. Als die Markaner weitere 1000 Rthlr. herauszuschlagen versuchten, drohte ihnen der König mit Einführung der Deputiertentage, „auf welchen Fall die . . .

56. Siehe S. 44 A. 54.

57. S. A. B. II S. 307 ff., Nr. 195.

2000 Rthlr. vor beide Provinzen schon zureichend sein werden". Es scheinen aber die Bemühungen der Märkischen Stände und des Kommissariats trotzdem von Erfolg gekrönt gewesen zu sein; als nämlich die Ständegelderfrage 1733 wieder aufgerollt wurde, erhielten die Clevischen Stände allein 8000 Rthlr. Ständegelder, d. h. 6000 Rthlr. Dispositionsgelder und 2000 Rthlr. zur Deckung der Zehrungskosten. Dieser Widerspruch scheint sich indessen zu lösen. Wir sahen, daß das Clevische Kommissariat zur Diätenfrage bemerkte, die Märkischen Stände könnten mit 500 Rthlr. auf der Hin- und Rückfahrt nicht auskommen und in dem Schreiben der Clevischen Stände vom 28. 5. 1734 wurde angegeben, daß die Zehrungskosten und Diäten sich auf 2000 Rthlr. belaufen. Demnach verstanden die Stände und das Kommissariat in Cleve unter Diäten nur die Gelder, die als Ersatz der Reisekosten gedacht waren. Wahrscheinlich wurden also jeder Landschaft zwischen den Jahren 1716 und 1733 weitere 1000 Rthlr. zur Deckung der Zehrungskosten bewilligt. Außerdem erhielt jede⁵⁸ Landschaft 1500 Rthlr. Schuldengelder. Jedenfalls sind später Schuldengelder wohl in Höhe von 1000 Rthlr. gezahlt worden; denn anders können die 9000 Rthlr. Ständegelder, die der Kammerpräsident von Ledeber in einem Schreiben an die Stände erwähnt,⁵⁹ kaum erklärt werden. Ueber diese Ständegelder hatten nun beide Landschaften, wie bereits oben⁶⁰ kurz mitgeteilt wurde, bei der Oberrechnungskammer Rechenschaft abzugeben. Die Abnahme der Rechnungen vor ihrer Einsendung an die Oberrechnungskammer hatte bis 1742 die Regierung allein vorzunehmen, dann wurde sie von dem König der Kriegs- und Domänenkammer übertragen, bis schließlich auf den Einspruch der Stände hin „nach langem Hin- und Herschreiben“⁶¹ endgültig verfügt wurde, daß Deputierte von Regierung und Kammer gemeinsam die Rechnungsabnahme vorzunehmen hätten. Die Stände sandten nun in den ersten Regierungsjahren Friedrich

58. S. A. B. V 2 S. 240 ff., Nr. 153; ich setze voraus, daß die hier für die Clevischen Stände erwähnten Schuldengelder in gleicher Höhe auch den Märkischen bewilligt wurden.

59. S. Böckenholt: a. a. O. S. 124 A. 2.

60. S. S. 43.

61. S. Hintze: a. a. O. S. 478.

Wilhelms I. ihre Abrechnungen an die Oberrechnungskammer ein, die Clevischen bis 1714, die Märkischen bis 1715, wobei die Märkischen Stände sich noch nicht einmal nach dem vorgeschriebenen Schema richteten; ihnen wurden demgemäß ihre ganz „confusen“ Rechnungen von 1714—1715 zurückgesandt. Es ist bezeichnend, wie unharmonisch die beiden ständischen Kassenverwaltungen arbeiteten, indem die eine die Abrechnungen noch einsandte, während die andere es nicht mehr tat. Am 19. August 1718 wurden die Stände noch einmal aufgefordert, ihre Rechnungen einzusenden, doch erfolgte daraufhin weiter nichts. Erst am 16. November 1733⁶² ersuchte Culemann beim Generaldirektorium die Oberrechnungskammer um Einsendung der letzten Abrechnungen, wobei sich herausstellte, daß die ganze Sache einfach eingeschlafen war. Die Behörden hatten offenbar diese Maßnahme nur als eine vorübergehende angesehen. Das Generaldirektorium bemerkte nicht ohne einige Ironie, daß die Stände doch wohl einige ihrer „schuldig gewesenen Capitalien befohlener Maßen“ abgetragen hätten. Die Stände sollten jetzt alle fehlenden Rechnungen binnen 6 Wochen an die Oberrechnungskammer einsenden, widrigenfalls kein Geld mehr ausgezahlt werde. Erst am 28. Mai 1734 lieferten zuerst die Clevischen Stände die Rechnungen von 1715—1730 ein. Bei den Märkischen Ständen war die Registratur durch die Uebersiedelung nach Hörde in Unordnung geraten, so daß die Rechnungen von 1714—1717 unauffindbar waren. Die Oberrechnungskammer stellte nun bei den clevischen Ständerechnungen eine Mehrbelastung des ständischen Etats um 59 849 Rthlr. fest, wozu nach Prüfung der Rechnungen von 1731—1732 noch 11 785 Rthlr. kamen. Die Stände hatten nur einige Kapitalien im Zinsfuß von 8 % auf 6 % bzw. 5 % herabgesetzt. Als das Generaldirektorium Stände und Regierung für die Unterlassung der Abnahme der Rechnungen verantwortlich machen wollte, fiel dieser Vorwurf schließlich auf die vorgesetzte Behörde selbst zurück, weil sie nichts Positives anbefohlen hatte. Den Ständen wurde am 8. Februar 1735 abermals mitgeteilt, daß sie der Landesherrschaft

62. S. A. B. V 1 S. 582 ff., Nr. 368, auch A. 1, hier in der Anm. ist die Jahreszahl „1734“ verdruckt für 1733.

über alle Gelder Rede und Antwort stehen müßten; denn die Gelder seien nicht zu der Stände besonderem Bedarf, sondern zu des Landes Bestem bewilligt, soweit dies mit dem ständischen verknüpft ist. Damit ist gesagt, daß die Ständegelder nur dann den Ständen zustehen, wenn sie ihr Amt zum Besten des Landes und nicht im eigenen partikularistischen Interesse ausüben, daher hat die Landesherrschaft ein Kontrollrecht über die Gelder, die Stände stehen unter dem „Landesherrn“.⁶³ Die Stände suchten ihre Mehrausgaben dadurch zu rechtfertigen, daß sie die Mitteilung über die Tagesordnung auf den Landtagen nicht rechtzeitig erhalten hätten, infolgedessen mußten die Landtage länger dauern, als beabsichtigt war; außerdem seien die Deputierten durch die Zunahme der Verwaltungsgeschäfte gezwungen gewesen, länger zusammen zu bleiben als bisher. Es wurde dann auch von Berlin aus eine rechtzeitige Mitteilung der Tagesordnung für die Landtage sowie eine Beschleunigung der Beratungen versprochen und den Landeskollegien eine Verabredung über die zweckmäßige Vereinbarung der Zahlungstermine für die Ständegelder empfohlen. Als ultima ratio aber wurde immer mit der Zahlungseinstellung der Ständegelder gedroht. Als die Stände wegen der Ueberschreitung des Etats sich mit dem Prozeß gegen ihren Syndikus v. Diest entschuldigten, der in den 80er und 90er Jahren des 17. Jahrhunderts geschwebt hatte, und nicht einsehen konnten, warum sie die Notata der Oberrechnungskammer „punctatim“ beantworten mußten, übermittelte ihnen von Görne die Ansicht der Zentralbehörde mit dem Bemerken, es sei nicht darauf abgesehen, den Credit der Stände zu schwächen, aber auf Beantwortung der Notaten der Oberrechnungskammer und dem Verbote der Aufnahme neuer Kapitalien ohne königliche Genehmigung müsse die oberste Zentralbehörde bestehen. Es wurde angedroht, daß „die Verabfolgung der Dispositionsgelder hinwiederum inhibiret werde“, wenn sich die Stände den Anordnungen nicht fügen wollten. Hätten sie ihre Rechnungen bis zum nächsten Landtag nicht eingesandt, so werde gegen sie als „contumaces“ verfahren. Die Oberrechnungskammer hatte für die ständischen Dispositionsgelder einen neuen Etat und ein Regle-

63. Vgl. dazu Hoetzsch: a. a. O. S. 740.

ment anzufertigen, wonach die Stände sich bei der Einnahme und Ausgabe richten mußten. Das Reglement⁶⁴ reichte die Oberrechnenkammer am 26. Februar 1737 ein. Es wurde von Görne durchgesehen und am 12. März 1737 der Oberrechnenkammer befohlen, auch für die Märkischen Stände einen Etat und ein Reglement auszuarbeiten, was bis zum 25. Januar 1738 geschehen war. Die Märkischen Stände hatten außer 1890 Rthlr. für den Kronprinzen keine neuen Schulden aufgenommen, sondern „etliche 1000 Rthlr.“ von alten Schulden abbezahlt. Der Etat und das Reglement wurden nach erfolgtem Immediatbericht an den König am 21. April 1739 an die Clevische Regierung und Kammer abgesandt. Das Reglement für die Märkischen Stände wird wohl inhaltlich dasselbe gewesen sein wie das der Clevischen Landstände. Der von der Oberrechnenkammer ausgearbeitete Etat blieb hinter dem Anschlag von 1714 um 877 Rthlr. zurück, aber das Generaldirektorium meinte, daß die Stände ihren Beamten überetatsmäßige Besoldungen gegeben und an Schreibmaterialien den Etat überschritten hätten, deshalb blieb es bei obiger Summe. Die Stände durften den Etat nicht überschreiten, mußten jährlich nach einem 1716 mitgeteilten Formular Rechnung ablegen, dazu die Belege einsenden, sie selbst von ihren Rendanten die Rechnungen abnehmen, diese bescheinigen und über die Prüfung ein Protokoll an die Oberrechnenkammer senden. Inbetreff der Schuldengelder mußten die Originalobligationen oder Interimsscheine der abgelösten Kapitalien eingesandt werden. Noch einmal wurde den Ständen verboten, neue Kapitalien aufzunehmen und sich ohne des Königs Erlaubnis zu versammeln. Es blieb dabei, die neu aufgenommenen Kapitalien mußten sie aus eigenen Mitteln begleichen, konnten sich aber bei ihren Rendanten, die sich ungebührlich hohe Zinsen gutgeschrieben hatten — diese hatten also offenbar die Kapitalien geliehen oder vermittelt — schadlos halten. Die oben erwähnten, für den Kronprinzen aufgebrachten Gelder waren von dieser Schuldsumme ausgenommen. In einem Berichte des Generaldirektoriums vom 28. Januar 1738⁶⁵ wurde bestätigt, daß die

64. S. A. B. V 2 S. 240 ff., Nr. 153.

65. S. A. B. V 2 S. 401 f., Nr. 231.

Clevischen Stände sich dazu bequemt hätten, ihre Rechnungen richtig einzureichen, weswegen die Behörde in dieser Hinsicht in Zukunft etwas mehr Ordnung erwartete. Aus diesem Bericht erhalten wir nun ein klareres Bild über die ständische Finanzverwaltung. Danach hatten die Clevischen Stände in den Jahren 1715—36, also in 21 Jahren, bei den Landtagszehrungen einen Mehrverbrauch von 30 559 Rthlr. 25 Stüber 4 ſ , d. h. jeder Landtag kostete an Zehrungsgeldern allein für die Clevischen Stände durchschnittlich 3438 Rthlr. An Besoldungen und Geschenken hatten die Stände 30 224 Rthlr. 16 Stüber und an Prozeßkosten, Schreibmaterialien, Briefporto, Botenlohn 15 850 Rthlr. 33 Stüber 2 ſ , d. h. also zusammen 66 634 Rthlr. 14 Stüber 6 ſ über den Etat ausgegeben.⁶⁶ Die Stände hatten demnach in 21 Jahren 234 634 Rthlr. verbraucht, also jährlich 11 173 Rthlr. Mithin können wir für beide Landschaften eine Belastung des jährlichen Etat mit mindestens 20 000 Rthlr. annehmen. Das Generaldirektorium empfahl nun, die Summen, die die Stände zu des Landes Bestem, wie z. B. für Zehrungskosten bei den Deputierten-tagen, ausgegeben hätten, niederzuschlagen, dagegen die neu aufgenommenen Kapitalien und die Zinsen, die die Rendanten sich gut geschrieben hatten, die Stände aus eigenen Mitteln begleichen zu lassen. Der König entschied in konsequenter Weise gegen diesen Vorschlag: „haben sie überschritten, soll sie ex Propriis bezahlen und das Landt nits da zu geben“. Damit hatte die Finanzfrage unter Friedrich Wilhelm I. ihre Erledigung gefunden; somit war wohl durch Einführung fester Etatssätze und Unterstellung der ständischen Finanzverwaltung unter staatliche Kontrolle allmählich nach langen Kämpfen Ordnung in die ständischen Finanzen gekommen. Die ganze Finanzfrage bildete aber nur den Hintergrund zu der weit größeren und für die ständischen Verhältnisse in Cleve-Mark im 18. Jahrhundert ausschlaggebenden Frage des Landtages. Durch diesen Kampf um den Landtag sind die Verhältnisse geschaffen worden, die für die Stände in Cleve-Mark für die künftige Dauer ihrer Existenz maßgebend geworden sind. Unter Friedrich dem Großen ist die

66. Immerhin hatten die Clevischen Stände bereits ca. 5000 Rthlr. abbezahlt; s. S. 47.

ständische Finanzfrage noch einmal Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen gewesen, was im 2. Abschnitt des nächsten Kapitels behandelt werden wird.

C. Der Kampf um den Landtag.

a) Der politische Hintergrund und die Vorgeschichte des Kampfes.

Die Landtage kosteten, wie wir im vorigen Kapitel über die ständische Finanzverwaltung sahen, dem Staate große Summen. Dann war durch die Bestimmung, daß ohne Willigung der Stände keine neuen Steuern ausgeschrieben werden durften, der gesamte Verwaltungsapparat, der zur Aufstellung des jährlich wechselnden Etats benötigt wurde, äußerst behindert, namentlich bei der großen Entfernung dieser Lande vom Sitz der Zentralbehörden in Berlin. Schließlich war dem nach Zentralisation strebenden Beamtenstaat die dauernde Mitherrschaft der Stände äußerst hinderlich. Somit lag die Frage nahe, ob es nicht möglich sei, hier in Cleve-Mark die Landtage einzuschränken oder ganz aufzuheben. Unter der Regierung Friedrichs I.⁶⁷ wurden die Landtage alljährlich, in den letzten Jahren seiner Regierung aber schon nicht mehr zur gewohnten Zeit abgehalten. Damit hatte man aber schlechte Erfahrungen gemacht. Sogar schon vor Beendigung des Landtages folgten die Steuerausschreiben, infolgedessen war allerhand Unordnung entstanden. Die Regierung bat nun 1713 den neuen König, die Stände zu „vertagen“.⁶⁸ Der Landtag sollte dann im November nach König Friedrichs I. Verordnung zusammentreten, in 14 Tagen geschlossen und darauf „allerunterthänigst“ berichtet werden. Also schon unter der Regierung Friedrichs I. hatte die Absicht bestanden, die Landtagsdauer auf 14 Tage einzuschränken. Man muß sich ferner vergegenwärtigen, daß im Juni 1713⁶⁹ die Regierungen aller

67. S. A. B. I S. 598 ff., Nr. 201.

68. S. Adellung: Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart. IV Sp. 1158 vertagen = „auf einen gewissen Tag bestimmen oder verlegen“.

69. S. A. B. I S. 535 f., Nr. 172. Seit 1750 wurde das Privilegium de non appellando auf alle preußischen Reichslande außer den Kurlanden ausgedehnt. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1580 S. 1391.

preußischen Provinzen auf deutschem Reichsboden durch Zirkularerlaß aufgefordert wurden, die Stände zum Verzicht auf ihr Appellationsrecht an die kaiserlichen Gerichte zu bewegen und statt dieser die Oberappellationsgerichte in Berlin als letzte Instanzen zu betrachten. Die Stände hätten sich dadurch der Möglichkeit, ihr Recht dem aufstrebenden Königtum gegenüber zu behaupten, von selbst begeben; denn nur bei den Reichsgerichten konnten sie noch auf Unterstützung in ihrer gefährdeten Lage rechnen.⁷⁰ Dieser den Ständen zugemutete, freiwillige Verzicht ist sicher auch nie erfolgt, und so mußte Friedrich Wilhelm I. bei der exponierten Lage dieser Länder immer noch Rücksicht nehmen auf die etwaige Unterstützung, die die Stände bei den Reichsgerichten finden konnten. Noch in seinem politischen Testamente von 1722 sagte der König Friedrich Wilhelm I., daß die Klever besser holländisch und kaiserlich gesinnt seien als preussisch.⁷¹ Wenn dies der König seinem Nachfolger überliefern zu müssen glaubte, so kann man ermessen, wie wichtig und unangenehm ihm die Beziehungen waren, die diese Lande noch mit dem Kaiser und mit Holland verknüpften. Daß diese Provinzen jenseits des Rheines nicht zu verteidigen waren, hat sich bei allen Kriegen gezeigt. In solchen Zeiten konnten dem Könige die Beziehungen des einheimischen Adels zu fremden, benachbarten Mächten sehr gefährlich werden. Habsburg, Holland, Sachsen und Polen reflektierten auf diese Lande, wie das noch zuletzt im Siebenjährigen Kriege hervorgetreten ist.⁷² Dann rechnete Friedrich Wilhelm I. stark mit der Möglichkeit einer Sukzession der Hohenzollern in Jülich-Berg.⁷³ Nur solange das Bewußtsein erhalten blieb, daß beide Lande nach ihrer Verfassung und Organisation eine Einheit bildeten, konnte der preussische König darauf rechnen, diese Länder widerspruchlos unter sein Scepter zu bringen. Die Verfassung dieser Lande war

70. S. Zum Bach: a. a. O. I S. 187 ff. Vgl. auch Pertz: a. a. O. VI 2 Beil. S. 115.

71. S. Lehmann (k. K.): a. a. O. I S. 56 f. und A. B. III S. 453, Nr. 249.

72. S. Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen Bd. 14 S. 383. Hoetzsch: a. a. O. S. 922. Haeften: a. a. O. S. 94 und S. 102 f. Schmoller: a. a. O. S. 534.

73. S. A. B. IX S. 703, Nr. 309.

ja, wie wir sahen, auch durch die Herzöge von Jülich-Berg garantiert. Alle diese Punkte muß man sich vergegenwärtigen, um die Haltung des Königs in dem kommenden Kampfe würdigen zu können.

b) Der Kampf unter Friedrich Wilhelm I.

Es lag ganz im Rahmen der sonstigen Politik Friedrich Wilhelms I., das Steuerbewilligungsrecht der Stände durch Abschaffung der Landtage zu beseitigen; gleichzeitig hatte er in den anderen Provinzen die Mitwirkung der ständischen Organe bei der Steuerverwaltung beseitigt.⁷⁴ Die Initiative aber zu der Frage, in welcher Form ferner Landtage geduldet werden sollten, ist sicher vom Generalkriegskommissariat ausgegangen; denn der König war sich zu Beginn des Kampfes,⁷⁵ als das Generalkriegskommissariat ihm einen Entwurf unterbreitete, worin es sich für Abhaltung von Deputiertentagen — 3 bis 4 Abgeordnete für jede Provinz — aussprach, nicht klar, sollte er das letzte Bollwerk aller ständischen Privilegien, den Landtag, ganz beseitigen oder ihm noch ein Zwergendasein als Deputiertentag gönnen. Beim 1. Erlasse wollte er die Deputierten namhaft gemacht wissen, bei einem zweiten den Landtag überhaupt nicht ausgeschrieben haben. Dieses Schwanken ist doch nur dadurch erklärlich, daß der König sich hier vor eine ganz neue Frage gestellt sah, über deren Bedeutung und Lösung er sich noch nicht im klaren war. Jedenfalls neigte der König, über die Forderungen des Generalkriegskommissariats hinausgehend, eher noch dazu, die Landtage überhaupt zu streichen. Man könnte vielleicht meinen, der König suchte seine Ansprüche recht hoch zu schrauben, um das Gewünschte desto leichter zu erreichen; das lag aber nicht im Rahmen seiner sonstigen Ständepolitik noch auch in seinem Wesen. Die Ausfertigung an die Regierung erfolgte dann im Sinne des Generalkriegskommissariats: Zusammenkunft von 3 bis 4 Deputierten, die dem Könige namhaft gemacht werden sollten. Der König hätte dadurch die Möglichkeit gewonnen, mißliebige Deputierte in Zukunft von der Liste

74. S. Hintze (Hoh.): a. a. O. S. 288.

75. S. A. B. I S. 597 ff., Nr. 201.

zu streichen. Was führten nun die Stände gegen die Maßnahme ins Treffen? Der Märkische Ständedirektor antwortete am 22. November 1713, daß die Landtage eine Generalaussprache über alle im Lande vorkommenden Kirchspiels- und Amtsangelegenheiten darstellten und daß darüber die Deputierten nicht an einem Tage bis ins kleinste unterrichtet sein könnten, ferner daß die Ritterbürtigen durch Verschreibung zu den Landtagen sich qualifizieren müßten, um zu den Pfründen der hohen Erz- und Domstifter zugelassen zu werden. Diese Ausführungen des Märkischen Ritterschaftsdirektors v. d. Reck fanden aber „kein geneigtes Ohr beim König“,⁷⁶ sie wurden „von keiner Erheblichkeit“ befunden. Diesen interessierte vielmehr die Rechtsfrage. Als die Stände⁷⁷ sich wegen der Frage der Deputiertentage und des Rekurses an die Reichsgerichte selbständig in Wesel versammelten, ließ der König bei der Regierung anfragen, „quo iure et qua auctoritate“ sich „die Supplikanten“ das Recht nehmen, „dieses Memorial nomine communi et colectivo der Landstände“ von Cleve-Mark zu übergeben und sich unterstanden, zu Wesel eine Zusammenkunft zu halten. Der König dachte wohl, daß dieses Versammlungsrecht der Stände ein altes Gewohnheitsrecht sei, dann hätte er mit der Abschaffung der Landtage leichtes Spiel gehabt. Da dieses aber nicht der Fall war, so wurde die ganze Frage, wie Krautt richtig bemerkte, zu einer Etatsaffäre, über die sämtliche Staatsminister gehört werden mußten; sie wurde aus den S. 51 ff. dargelegten Gründen mit zu einer Frage des auswärtigen Departements. Der König meinte, auch in Cleve-Mark brauchten wie in den anderen Provinzen wegen des Ausschlages der Kontribution nicht so teure Landtage gehalten zu werden. Die Stände sollten schleunigst die Deputierten durch die Regierung präsentieren, damit er sie bewilligen und „die Willigung ihren Fortgang haben möge“. Diese Resolution erging an Regierung und Stände. Darauf erfolgte nun durch die Regierung eine den König bestimmende Antwort. Die Behörde meldete am 16. 1. 1714, daß die Stände „wegen des Landtages und der

76. S. A. B. I S. 600, Nr. 201.

77. Nach der Anfrage des Königs zu urteilen waren wohl nur einige Ständemitglieder oder gar bloß die Deputierten vertreten.

ihnen allergnädigst befohlenen Deputierten nicht weniger auch wegen der ihnen angemutheten Renunciation auf die Apellationes und den Recurs an die Reichsgerichte sich beisammengetan", es sei dies bisher so der Brauch gewesen, daß sie bei solchen Angelegenheiten „ihre Remonstraciones sub nomine communi et colectivo jederzeit aufgestellt und eingerichtet" haben. In der Erwiderung von Berlin am 5. 2. 1714 hieß es, daß der König „bei denen angeführten Umständen für dieses Mal übersehen wollte"; der König gab also nach, wenn auch vorläufig nur „für dieses Mal". Man sieht, die Regierung hatte durch die geschickte Verknüpfung der Appellations- und Versammlungsfrage doch den König leise vor der äußersten Konsequenz der Stände gewarnt, die natürlich gar nicht daran dachten, auf die ihnen „angemuthete" Verzichtleistung einzugehen. Die Clevischen Stände ihrerseits führten nun am 3. Februar 1714 ein neues Argument ins Treffen, daß sie an der Verzögerung der Landtage nicht Schuld seien, sondern daß ihnen nicht alles rechtzeitig mitgeteilt worden sei. Dann beriefen sie sich auf ihre Rezesse, Reversalen und altes Herkommen. Hatte v. d. Reck mehr wirtschaftlich finanzielle Erwägungen vorgebracht, so suchten die Clevischen Stände hier, ganz nach der inzwischen zutage getretenen Auffassung des Königs, ihre Ansprüche rechtlich zu belegen. Der Plan, Deputiertentage einzuführen, war gescheitert. Zwischen dem König und seinen Ratgebern in Berlin trat in diesem Stadium der Frage offenbar eine starke Meinungsverschiedenheit hervor. So ist es zu verstehen, daß neben Grumbkow auch Katsch aus dem Generalfinanzdirektorium hinzugezogen wurde. Dieser setzte sich mit aller Entschiedenheit dafür ein, „daß S. Kgl. Majestät die urgirte und sonst kostbare Versammlungen auch nicht zum ersten Male gestatteten, sondern bei der einmal gefassten Resolution . . . ohnvorgreiflich verblieben". Er schlägt Deputiertentage von 8- bis 14-tägiger Dauer vor, deren Kosten aus den Dispositionsgeldern gedeckt werden sollten. „Es heißt", so schließt er, „principiis obsta". Es wurde nach Cleve berichtet, daß der König nicht gesonnen sei, die Versammlung der Stände „in corpore" auf den allgemeinen Landtagen aufzuheben, nur für dieses Mal sollten noch 3 bis 4 Deputierte zusammenkommen, um die nötigen Steuern zu bewilligen. Der König hatte also nach-

gegeben. Da er sich jedoch durch den Befehl zur Abhaltung eines Deputiertentages im November 1713 einmal festgelegt hatte, so wollte er auch seinen Willen durchsetzen; die Stände sollten seine Macht fühlen und zum unbedingten Gehorsam gegen seine einmal erlassenen Verordnungen gezwungen werden. Aus der Erwiderung vom 5. 2. 1714 von Berlin auf das Schreiben der Regierung vom 16. 1. 1714 geht wohl klar hervor, daß der König sich durch das Anschneiden der Rechtsfrage auf das ihm so unliebsame außenpolitische Gebiet gedrängt sah, dadurch wurde er veranlaßt, die Abhaltung von Landtagen zu gestatten. Ausschlaggebend mag für ihn der geplante Erwerb von Jülich-Berg gewesen sein. Er wollte den Kaiser und Karl Theodor von Sulzbach, die beiden anderen erbberechtigten Fürsten, wohl möglichst verhindern, gegen seine Nachfolge in Jülich-Berg und Ravenstein Einspruch zu erheben, noch auch nur zu irgendwelchen Einwänden Anlaß geben. Damit hatte er sich aber in der Frage der Periodizität der Landtage noch nicht festgelegt. Eine andere Auffassung vertritt Hintze.⁷⁸ Er sagt: „Was den sonst so rücksichtslos durchgreifenden Friedrich Wilhelm I. bestimmt haben mag, dieses immerhin auffällige Zugeständnis zu machen, ist nicht ganz leicht zu sagen. Die Hauptsache war wohl, daß hier dem Adel, namentlich dem katholischen Theil desselben, viel an der Erhaltung des formalen Rechts der Landtage lag, weil die Theilnahme an den Landtagen im Reich als ein wesentliches Kennzeichen der Stiftsfähigkeit angesehen wurde“ . . . daher hier einerseits strenge Ahnenprobe und umständliches Verfahren bei der Reception im Ritterschafts-Corpus, andererseits die Geneigtheit, in allem Wesentlichen, politisch Bedeutenenden nachzugeben, um die für sociale Standesinteressen wichtige Form zu retten. Eben diese politische Willfährigkeit hat die cleve-märkischen Landtage am Leben erhalten. Daneben wirkte beim König wohl auch die Rücksicht auf die Succession in Berg mit“ . . . Hintze verbindet hier m. E. mit Unrecht die allgemeine Frage: was veranlaßte den König, die Abhaltung von Landtagen in Cleve-Mark zu gestatten, mit der besonderen Frage: was veranlaßte ihn, die Periodizität der Landtage zu gewähren. Er sieht dabei die ganze

78. S. Hintze: a. a. O. S. 473 f.

Frage mehr von dem Standpunkt der Stände als von dem des Königs aus an. Mit der Frage der Stiftsfähigkeit des cleve-märkischen landständischen Adels haben wir uns bereits oben S. 4 f. beschäftigt und gesehen, daß die Aufnahmebedingungen für den Landtag sich nur mit denen in die westfälischen Stifter deckten. Diese Tatsache sowie die Mitteilung, daß die Ausführungen v. d. Reckes kein geneigtes Ohr beim König fanden, widerlegen mir die Ansicht Hintzes, daß die „politische Willfähigkeit der Stände den König veranlaßt habe, ihnen in einer für ihre sozialen Standesinteressen wichtigen Frage nachzugeben“. Gesetzt aber die Aufnahmebedingungen wären so gewesen, wie Hintze es annimmt, so würde der König dann doch erst recht Grund gehabt haben, sich gegen solche außerpreußische Machtstellung des cleve-märkischen landsässigen Adels aufzulehnen, des Adels, von dem er sagte, er sei besser holländisch und kaiserlich gesinnt als preußisch, zumal nach dem Urteil der Kammer der schlechte, wirtschaftliche Zustand der Provinz auf den Mangel an Menschen zurückzuführen war.⁷⁹ Von einer Willfähigkeit der Stände kann man, wie wir gleich sehen werden, doch wohl in diesem Stadium des Kampfes nicht sprechen. Als nämlich am 19. März der Deputiertentag nach dem Willen des Königs zusammentrat, suchten die Deputierten vor der Willigung eine Vollversammlung zu erzwingen, indem sie Mangel an Instruktion vorschützten. Der König verlangte jetzt vorherige Anmeldung der Zusammenkünfte „an Uns“ mit Angabe der Tagesordnung und der Kosten, d. h. also, abgesehen von der Kostenfrage, Aufhebung des ständischen rezeßmäßigen Rechtes, sich frei und unbehindert zu versammeln. Die Stände erhielten eine Frist von 8 und dann nochmals von 3 Tagen, sollte bis dahin keine Willigung zu stande gekommen sein, so war die Regierung angewiesen, ohne Zeitverlust den Etat zu schließen und mit Anfertigung der Matrikel zu beginnen. Die Stände führten nochmals ihre Rezesse⁸⁰ an und beteuerten, daß sie vor ihrer Zusammenkunft keinen genauen Bericht über den Gegenstand ihrer Beratungen und die Höhe ihrer Kosten geben

79. S. A. B. V 2 S. 175 ff., Nr. 116.

80. S. Scotti: a. a. O. Nr. 265 § 17 S. 374 f.

könnten. Sie baten um Belassung ihrer rezeßmäßigen Rechte, da namentlich im Kriege oft Ereignisse einträten, die keinen Aufschub litten, ohne daß dem Lande großer Schaden zugefügt würde. Die Deputierten bewilligten nur $\frac{5}{7}$ der geforderten Summe. Damit war die Machtfrage zur Entscheidung gereift; der König konnte, ohne an Autorität einzubüßen, diese eigenmächtige Teilbewilligung sowie den nur zu deutlichen Hinweis der Stände auf den Krieg nicht ohne weiteres hinnehmen. Der Deputiertentag wurde am 3. Mai aufgelöst; die Stände durften nicht eher wieder zusammenkommen, bis sie vom Könige zusammengerufen wurden, hauptsächlich deswegen, weil sie nicht vorher die genauen Berichte über ihre Verhandlungsgegenstände glaubten einsehen zu können. Das Steuerausschreiben nahm nun seinen gewohnten Fortgang ohne die Stände. Noch einmal wurde auf Grund von Verhandlungen im Geheimen Räte die Einführung von Deputiertentagen gefordert, doch ist wohl dieser Plan ebenso schnell wieder fallen gelassen worden, wie er aufgetaucht war; denn der König hatte sich in diesem Punkte den Ständen gegenüber bereits festgelegt.

In den jetzt folgenden Verhandlungen zwischen dem König, seinen Behörden und den Ständen stand die Frage nach der Einschränkung des Condominats der Stände im Vordergrund des Interesses. Die Aufgabe für den König war jetzt, die Mitherrschaft der Stände so weit einzuschränken, daß sie dem werdenden Großstaat und der Krone in Kriegs- und Friedenszeiten keine Schwierigkeiten mehr bereiten konnten. Deshalb durfte er den Ständen die regelmäßige, jährliche Wiederkehr des Landtages erst dann gestatten, als er sein Ziel erreicht glaubte. Er ließ sich jedesmal die Genehmigung zum Landtage förmlich abbetteln.⁸¹ Auf ihre Gesuche vom 23. April und 6. August wurde nun den Ständen ein neuer Landtag gestattet, nicht gleich im August, sondern erst im Dezember. Dieser späte Termin wurde deshalb gewählt, um die Stände zu schleuniger Beratung zu veranlassen, da Anfang Januar die Matrikel fertiggestellt werden mußte.⁸² Auf dem

81. S. A. B. III S. 206, Nr. 135; s. A. B. III S. 279, Nr. 187 A. 3;

82. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 220 f.

Landtage⁸³ erschien nun zum größten Befremden der Versammlung ein Regierungsrat als königlicher Deputierter; es war dieses, wie wir oben sahen,⁸⁴ gegen das Herkommen. Obgleich nun dieses Recht der Stände vielfach nicht beachtet worden war, so bestand doch noch kein formales Aufsichtsrecht der Krone über die Verhandlungen selbst. Der König hatte schon mit der Forderung, die Tagesordnung vor Eintritt in die Beratungen nach Berlin zu senden, den ersten Schritt auf diesem Wege getan, jetzt aber unterstellte er die Verhandlungen direkt der staatlichen Kontrolle. Friedrich Wilhelm argwöhnte, daß die Domänen bei der Verteilung der Steuern übervorteilt würden.⁸⁵ Die Stände hatten wohl schon inoffiziell von der Begründung des Königs Kenntnis erhalten, deshalb erklärten sie, daß sie bei ihren Verhandlungen ausschließlich des Landes Bestes im Auge hätten. Der König begründete sein Vorgehen nun damit, daß „zur Beobachtung Unseres Domäneninteresses“ der Geheimrat Maschs als Stand erscheinen sollte. Es herrschte in Preußen wie in manchen anderen Ländern die Auffassung, daß die Domänen nicht zur ständischen Hoheitsphäre gehörten.⁸⁶ Die einzelnen Landschaften sollten durch den Domänenbesitz allmählich wirtschaftlich zu einer Einheit verbunden werden. Der König hätte besser getan, auf Grund seines Besitzes von Schloß Moyland⁸⁷ — sofern dieses als Rittersitz galt — hier in Cleve-Mark seine Standschaft zu begründen als auf Grund seines Domänenbesitzes. Die Stände beriefen sich auf ihre Amts- und Erbentage, wo auch der Kammerpächter Interesse vertreten würde.⁸⁸ Wenn sie aber behaupteten, daß die Beratungen auf den Landtagen „nicht die geringste Influenz und Gemeinschaft mit den Domänen“ hätten, so ist dies unrichtig.⁸⁹ Der König hielt aber an seinem einmal gefaßten Ent-

83. S. A. B. II S. 16 f., Nr. 6.

84. S. S. 12 f. und Hoetzsch: a. a. O. 249 und 422.

85. S. A. B. IV 2 S. 266 ff. A. 1, Nr. 158 und V 1 S. 224 f., Nr. 115.

86. S. Pütter: a. a. O. S. 180 ff. § 3—7 und § 11.

87. Dieses Schloß hatte bereits Friedrich I. erworben.

88. S. Scotti: a. a. O. Nr. 399 Bem. S. 648.

89. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 267.

schluß fest. Die Stände schlossen eigenmächtig ihre Sitzung und ließen nur einige Deputierte zurück. Diese baten, daß die Stände „mit der Gegenwart eines königlichen Deputierten nicht beschweret noch betrübet werden“. Hymmen⁹⁰ und Maschs erhielten Befehl, die Herausgabe der ihnen vorenthaltenen Landtagsprotokolle zu verlangen. Im Falle einer außerordentlichen ständischen Versammlung wurde die Regierung angewiesen, keine Diäten zu zahlen. Die Stände⁹¹ zogen die Landtagsfähigkeit der königlichen Deputierten in Frage und schlugen dem Könige ihrerseits zwei landsässige Beamte als königliche Deputierte vor.⁹² Damit hatten sie tatsächlich dem König bereits nachgegeben. Dieser lehnte zwar das Angebot der Stände ab, gab aber insofern sein Wohlwollen zu verstehen, als er einen clevischen Ritterbürtigen, den Generalfeldmarschall von Lottum, als Bevollmächtigten entbot. Am 1. Dezember 1715 wurde der Landtag eröffnet, am 5. erschien Lottum, gleichsam um einmal nach dem Rechten zu sehen. Die Stände sollten langsam an die neue Einrichtung gewöhnt werden. Sie remonstrierten, aber auch diesmal wieder ohne Erfolg. Lottum fällte nun nach Erledigung seines Auftrages ein äußerst günstiges Urteil über die Stände: es sei bei ihren Verhandlungen „nichts Anderes zu spüren gewesen, als daß selbe mit allerunterthänigster Treue und Eifer gesucht haben, dero hohes Interesse zu befördern und hierunter als getreue Stände und Unterthanen sich zu erweisen“. Dieses Urteil war durchaus richtig. Die Stände gaben nach, weil sie in der Beibehaltung des Landtages mit Recht das Interesse des Landes am besten gewahrt sahen, dann auch weil ihnen — namentlich den katholischen Ständemitgliedern — an der Erhaltung des formalen Rechtes ihrer Landtagsfähigkeit lag. Das Erscheinen Lottums hatte, obwohl dieser sehr taktvoll auftrat, die Spannung ins Unerträgliche gesteigert. Es entspann sich nun zwischen dem Generalkriegskommissariat⁹³ und den Ständen ein Streit über die Frage, ob die

90. Die Familie v. Hymmen war zwar in Cleve-Mark heimisch, zählte aber nicht zu den landtagsfähigen Geschlechtern. S. Pertz: V, S. 142.

91. S. A. B. II S. 293, Nr. 135.

92. Es waren der Kammerpräsident Frhr. v. Strünkede und der Kommissariatsrat von Merode.

93. S. A. B. II S. 452, Nr. 229.

Anwesenheit eines königlichen Deputierten rezeßwidrig sei oder nicht. Die Stände beriefen sich auf § 10 des Rezesses von 1660,⁹⁴ das Generalkriegskommissariat erklärte, daß der Deputierte ritterbürtig sei, nur das Interesse für des Königs Immediatuntertanen verlange die Teilnahme eines königlichen Deputierten am Landtage. Daß es hier in Cleve-Mark keine Immediatuntertanen gab, war dem auf ostelbische Verhältnisse zugeschnittenen Generalkriegskommissariat nicht klar. Der König stellte sich auf den Standpunkt, daß der Feldmarschall Lottum sein Stellvertreter sei; denn er sei Mitsland wie Mr. Witte,⁹⁵ weil er wie dieser „Gütter“ in Cleve habe.⁹⁶ Auch der König war, wie man aus dieser Antwort ersieht, mit den Verhältnissen in Cleve-Mark nicht vertraut. Am 31. Dezember 1717 wurde dann der Regierung gegenüber die Erwartung ausgesprochen, die Stände „würden sich nicht länger aufgehalten haben, sondern vor dem Fest geschieden sein“, weil die Entschließungen auf die Desiderien sobald nicht einlaufen dürften. Das Zustandekommen der Willigung und die Auflösung des Landtages war künftig nicht mehr von der königlichen Resolution auf die Gravamina abhängig. Die Beantwortung der Gravamina schob man jetzt immer mehr hinaus, um sie entweder ganz kurz oder überhaupt nicht zu beantworten. Lottum erschien im Jahre 1718 wieder als königlicher Vertreter auf dem Landtage, diesmal sogar, um das Recht „meiner emter und stette“ zu vertreten. Man sieht, der König erweiterte die Zuständigkeit seines Vertreters immer mehr in dem Sinne, daß die Stände nur ihre Untertanen vertraten. Wenn die ständischen Desiderien von Berlin aus einfach nicht beantwortet wurden, so geschah dies deshalb, um sich nicht durch lange zeitraubende Auseinandersetzungen von der Unrechtmäßigkeit seines Vorgehens überzeugen lassen zu müssen. Ueber die Anwesenheit eines königlichen Deputierten beschwerten sich die Stände nun nicht mehr; diese Einrichtung ist wohl von nun an dauernd geblieben. Als solcher erschien noch v. Hagen auf dem

94. S. Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 10 S. 340.

95. S. A. B. VI 2 S. 133 f. A. 3, Nr. 51, identisch wohl mit dem dort genannten Landdrost Witte.

96. S. A. B. II S. 453, Nr. 229.

1. Landtage nach dem Siebenjährigen Kriege,⁹⁷ noch 1791⁹⁸ baten sich die Stände Stein als Landtagskommissar aus, doch ist es hier zweifelhaft, ob er als Vertreter der Kammer oder des Königs erschien. Auch den Ständen mußte schließlich die Anwesenheit eines königlichen Deputierten willkommen sein; denn dadurch wurde dem König jeder Argwohn gegen die Stände und ihre Beratungen genommen. Als die Stände im nächsten Jahre⁹⁹ wegen Mißwachs und Viehsterbens um Steuererlaß baten und ihr Gesuch von Regierung und Kommissariat unterstützt wurde, ließ der König sich trotzdem nicht zur Nachgiebigkeit bewegen; er erklärte einfach, dann ist also in diesem Jahre kein Landtag nötig, „zumal die Stände Nil Post valla gemacht“¹⁰⁰ und in diesem Jahr der Etat auch nicht höher sei als im vorigen. Eine Entschädigung der Provinz auf Kosten der übrigen wurde von Friedrich Wilhelm I. stets abgeschlagen. Die Bedürfnisse des Staates gingen denen der Landschaft vor. So gewöhnte der König die Stände daran, auch unter widrigen Verhältnissen ihr Steuerbewilligungsrecht als Pflicht aufzufassen. In den nächsten Jahren (1720 und 1721) wollte nun der König wissen, wozu ein Landtag nützlich oder notwendig sei.¹⁰¹ Dementsprechend wurde von Berlin aus angefragt, „ob eben alle Jahre ein solcher Landtag und Versammlung der Stände nöthig und wozu derselbe eigentlich nützlich sei“.

Damit tritt als 3. Phase die Frage der Periodizität des Landtages in den Vordergrund. Wieder mußten Kommissariat und Regierung ihre Berichte einsenden, wobei das Kommissariat neben bekannten Gesichtspunkten vor allem darauf hinwies, daß die Stände die genauere Kenntnis von Land und Leuten hätten und ihnen durch ihre Mitwirkung jeder Verdacht auf Steuererhöhung genommen würde. Auch die Regierung empfahl die Beibehaltung der Landtage; denn die Zehrungskosten¹⁰² und die Versammlungsdauer seien ja schon genugsam beschränkt. Da

97. S. Böckenholt: a. a. O. S. 34.

98. S. Lehmann: a. a. O. S. 133.

99. S. A. B. III S. 206, Nr. 135.

100. = liberum veto.

101. S. A. B. III S. 279 A. 2, Nr. 187 und A. B. III S. 370, Nr. 232.

102. Das Generalkriegskommissariat spricht trotz des Berichtes der

die Stände aber diesmal den Landtag bis in den Februar hinein ausdehnten, so drang man von Berlin aus auf die baldige Schließung der Versammlung. Im nächsten Jahre (1721) machte nun der König infolge dieser eigenwilligen Hinziehung der Versammlung mit seinem Vorhaben Ernst, um den Ständen ein warnendes Beispiel zu geben und sie zu gefügigen Untertanen zu machen. Nachdem die Minister Grumbkow, Creutz und Krautt einen Bericht ausgearbeitet hatten, worin sie die für die Landtage sprechenden Gründe nochmals zusammenfaßten, wurde auf des Königs Wunsch Ilgen¹⁰³ der Minister des auswärtigen Departements, zur Meinungsäußerung herangezogen. Der König fragte an, oben denn in Preußen, Pommern, Magdeburg Landtage seien, außerdem habe er für die Einsetzung eines Richters — wohl eines Jurisdiktionsrichters — „10 ordres“ expedieren lassen müssen, die Clever wollen „condomini“ sein, wie sie es 1720 bewiesen haben. Es fand — wohl im Einverständniß mit Ilgen — kein Landtag statt, einmal, wie amtlich angegeben wurde, weil er viel Kosten verursachte und diesmal keine außergewöhnlichen Posten auf dem Etat standen. Die Hauptsache war aber dem König, jegliche Mitherrschaft der Stände nach Möglichkeit zu unterdrücken. Auf das Gesuch der Stände, das von den Ministern¹⁰⁴ dem König seinem Inhalte nach mitgeteilt wurde und wieder alle für den Landtag sprechenden Punkte zusammenfaßte, wurde vom König folgender Bescheid gegeben: „Weill ich itzo nichts höre von Ihre untreue gegen mir aber sich treue aufführen also sollen sie den landttag wieder haben ich rahte sie aber gegen mir das sie sich wohl aufführen sollen und meinem befehl Paricion leisten“. Dieser Ausspruch des Königs stellt eine endgültige Entscheidung dar; denn es heißt ohne jede Einschränkung, daß die Stände „den landttag wieder haben“ sollen,¹⁰⁵ tatsächlich bricht nun auch der Kampf um den Landtag jäh ab. Wie ist nun diese

Regierung und der Festsetzung des Etats davon, daß die Zehrungskosten infolge der langen Dauer der Landtage „aufschwellen“.

103. Man sieht, wie vorsichtig der König vorgeht und unter welchem Gesichtspunkt er die ganze Frage betrachtet.

104. Es waren Grumbkow, (Creutz) und Krautt; s. A. B. III S. 476, Nr. 257.

105. S. A. B. III S. 477. Nr. 257.

plötzliche Wendung im Verhalten Friedrich Wilhelms I. zu verstehen? Die Antwort des Königs kann als Begründung seiner Ansicht nicht gelten; denn sie ist ihrem Inhalte nach keine Begründung, sondern eine Bedingung. Wenn die Stände ihm in Zukunft keine Schwierigkeiten machen, dann sollen sie den Landtag wieder haben. Der König hatte im Jahre 1714 den Kampf um den Landtag weitergeführt, weil er die Mitherrschaft der Stände gänzlich brechen wollte, jetzt war der cleve-märkische Landtag nach des Königs eigenen Worten nur noch „pro forma“.¹⁰⁶ Das Einzige, woran er noch hätte Anstoß nehmen können, waren die Zehrungskosten für die Landtagsteilnehmer und die Verzögerung der Verwaltungsgeschäfte durch die Landtage, demgegenüber stand aber als ausreichendes Aequivalent die Tatsache, daß durch die Stände die Arbeit der Behörden in anderer Weise wieder erleichtert, wenn überhaupt erst für das Land ersprießlich wurde; außerdem waren die Kosten für den Landtag ja ein für allemal festgelegt. Die jährliche Festsetzung des Etats, vor allem die zahlreichen Steuerremissionen, erheischten aber bei der wirtschaftlichen Eigenart dieser Länder notwendigerweise den jährlichen Zusammentritt der Stände. So lag also nach den durch diesen Kampf geschaffenen Verhältnissen für den König kein ausreichender Grund mehr vor, sich der jährlichen Periodizität der Landtage noch zu widersetzen, nachdem er sich erst einmal aus außenpolitischen Gründen für die Beibehaltung der Landtage überhaupt entschlossen hatte. Die Mitherrschaft der Stände war eben nicht durch die Aufhebung der Landtage zu beseitigen. Es dürfte kein Zufall sein, daß der Kampf um Kataster und Peraequation den Kampf um den Landtag ablöst. Der König glaubte nunmehr durch Einführung eines genauen Katasters die Behörden von der Mitarbeit der Stände unabhängig machen zu können. Mit dieser Frage haben wir uns bereits im 1. Kapitel des 3. Teiles beschäftigt.

c) Zusammenfassung.

Welches ist nun das Resultat dieses Kampfes gewesen? Die Stände büßten das Recht ein, sich frei und ungehindert zu ver-

106. S. A. B. IV 2 S. 373, Nr. 237.

sammeln. Der König berief fortan die Landtage und schloß sie. Vor dem Zusammentritt der Stände mußte eine genaue Tagesordnung über die zu verhandelnden Gegenstände und ein Kostenanschlag eingesandt werden. An den Landtagen nahm ein königlicher Vertreter teil, der das Interesse der königlichen Domänen und der Städte wahrzunehmen hatte. Die Stände vertraten auf dem Landtage nur noch ihre Untertanen, doch drang dieser Standpunkt wohl nicht durch. Der ständische Grundsatz, keine Willigung ohne befriedigende Resolution auf die Gravamina, wurde beseitigt. Das Condominat der Stände wurde dadurch gebrochen, daß bei allen Versuchen, ihren Willen durchzusetzen, der Landtag unverzüglich aufgelöst werden konnte. Für die Dauer des Landtages war den Ständen eine Frist von 8 Wochen bestimmt¹⁰⁷ worden. Die Höhe der Ständegelder für jede Provinz wurde auf 8000 Rthlr. festgelegt. Für die grundsätzliche Beibehaltung des Landtages waren dem Könige außenpolitische Gründe maßgebend; die regelmäßig jährliche Festsetzung des Etats machte die regelmäßig jährliche Wiederkehr des Landtages notwendig. Der Kampf um den Landtag wurde abgelöst durch den Kampf um Kataster und Peraequation.

d) Der Kampf unter Friedrich dem Großen.

Unter der Regierung Friedrichs des Großen ist im Jahre 1753 die Landtagsfrage noch einmal Gegenstand längerer Verhandlungen geworden. Es ist sicher, daß die Erörterung dieser Frage mit der großen Justizreform in Cleve-Mark zusammenhängt, die dem Lande kollegiale Landgerichte und das Landratsamt brachte. Die ungeheuerlichen Zustände, die damals selbst in den obersten Behörden in Cleve-Mark aufgedeckt wurden, mochten es dem König nahe legen, zur Ersparung der Ständegelder die Landtage durch Deputiertentage zu ersetzen. Den Anlaß gaben einzelne Exzesse von Landtagsmitgliedern, die dem König zu Ohren gekommen waren.¹⁰⁸ Dieser ließ aber, ehe er mit seinem Plan vor die Stände trat, das Generaldirektorium und das auswärtige Departement zur Meinungsäußerung über diese Frage heranziehen.

107. S. A. B. II S. 307, Nr. 145.

108. S. A. B. IX S. 702—712, Nr. 390 und Schill: a. a. O. S. 338 und A. 5.

Friedrich Wilhelm I. hatte den Ständen den Landtag wieder gestattet mit der Bemerkung, daß „sie sich wohl aufführen sollen und meinem befehl Paricion leisten“. Das Generaldirektorium faßte nun diese Worte Friedrich Wilhelms I. als Bedingung auf, unter der den Ständen der Landtag gestattet worden sei. Da nun tatsächlich einige Unordnung oder gar Exzesse auf dem Landtage vorgekommen waren, so konnte man das als Handhabe benutzen, um die Landtage einzuschränken. Die Behörden schlugen aber dem Könige nicht seiner Frage entsprechend Deputiertentage vor wegen der schlechten Erfahrungen, die man unter Friedrich Wilhelm I. gemacht hatte, sondern alle 2—3 Jahre Landtage von 14 tägiger Dauer. Vorbedingung für die Durchführung dieser Maßnahme war, daß der festgesetzte Steueretat nicht geändert wurde. Dieser Entschluß sollte den Ständen erst nach dem Landtag des Jahres 1753 eröffnet werden. Die Stände ihrerseits entschuldigten sich nun wegen des Vorfalles¹⁰⁹ dahin, daß dieser vor dem eigentlichen Landtage stattgefunden habe. Dann gaben sie eine Aufzählung ihrer Gesamttätigkeit auf dem Landtage, wo neben privaten ständischen Angelegenheiten, dem Steueretat und den Remissionen „die Angelegenheit und das Beste der Unterthanen das Objectum ihrer Beratschlagungen mit abgiebt“. Sehr richtig bemerkten die Landstände zum Schluß: „Ob nun wohl durch die Einschränkung der Landtage eine Menage bei den jährlichen Zehrungsgeldern entstehen möchte, so dürften doch diese in Betracht des Vorthells, so sämtlichen Unterthanen durch Beibehaltung der Landtage entstehet, nicht in Consideration zu ziehen sein, wie denn ohnedem die Zehrungskosten in E. K. M. Landen wieder consomiret, mithin die Accise-Einnahmen, sonderlich in der Stadt Cleve, dadurch vermehret werden“. Die Stände meldeten noch, daß sie durch einen Prozeß gegen den hohen Klerus dem Lande eine jährliche Einnahme von 1600 Rthlr. verschafft hätten. Alle diese klaren, weitsichtigen und aufrichtigen Versicherungen halfen nichts. Der König glaubte, die teuren Landtagskosten sparen zu können, indem er — ganz im Sinne des Generaldirektoriums — alle 3 Jahre Landtage einberufen ließ,

109. Es war ein Herr von Boenen; nähere Angaben über den Vorfall fehlen S. A. B. X S. 83, Nr. 60.

weil „die dortige Landessachen bereits auf einen so guten Fuß eingerichtet sind“.¹¹⁰ Man sieht, der König wußte, was dem Dasein der Stände seine innere Berechtigung gab. Aber er war doch zu optimistisch, wenn er behauptete, daß die Landessachen jetzt „auf einen so guten Fuß eingerichtet“ seien, daß man des Landtages entraten könne. Wenn er damit die Einrichtung der Landgerichte meinte, so hatte er im großen und ganzen recht. Was aber die Einrichtung des Landratsamtes betrifft, so bedurfte es, wie Schill gezeigt hat, noch weiterer 50 Jahre, bis dieses Amt in den westlichen Provinzen Preußens zu einem organischen Gliede der dortigen Landesverwaltung wurde. Es fehlte diesen neuen Beamten hier noch die Kenntnis der örtlichen Verhältnisse, die Tradition und damit Erfahrung. Nach dem großen Kriege fanden die Landtage wieder regelmäßig statt,¹¹¹ ebenso wurden die einbehaltenen Landtagsdiäten (4000 Rthlr.) den Ständen auf ihr Gesuch vom 19. Juli 1764 wieder regelmäßig ausgezahlt. Der König konnte in Cleve-Mark nach dem Kriege das Retablissement ohne Hilfe der Stände nicht durchführen und die ständische Mitarbeit bewährte sich hierbei aufs trefflichste.¹¹²

D. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Stände.

Die Interessen von Cleve und Mark waren handelspolitisch nach verschiedenen Seiten gerichtet.¹¹³ Cleve lebte vom Handel mit Holland, Mark vom Handel mit den westfälischen Hinterländern, vor allem mit Münster. Cleve führte Getreide, Mastvieh, Textilwaren, Wolle nach Holland aus, doch hatte es in der Getreideausfuhr damals an England und Irland starke Konkurrenten. Mark trieb hauptsächlich Export in Branntwein und Bier nach dem Bistum Münster, in Kohle war es nicht konkurrenzfähig, weil der Mühlheimer Kohlenring der Grafschaft viel Abbruch tat.

110. S. A. B. X S. 277, Nr. 156.

111. S. A. B. X S. 277, Nr. 156. Die Ungewißheit des Herausgebers dieses Bandes der Acta Borussica, ob die Landtage nach dem Siebenjährigen Kriege alle Jahre stattfanden, ist unbegründet.

112. S. Pertz: a. a. O. V S. 593.

113. Vgl. dazu Hoetzsch: a. a. O. S. 337 ff.

Der Handel, vor allem der Zwischenhandel, war die Seele des Landes.¹¹⁴ Die Länder, namentlich Cleve, wünschten sich nichts sehnlicher als einen Krieg in Brabant, eventuell eine Vereinigung der Niederlande mit Deutschland,¹¹⁵ d. h. freien Handel mit diesen Ländern.¹¹⁶ Deswegen hatten auch die Stände ein lebhaftes Interesse an guten Verkehrsstraßen. 1716 beschwerten sie sich über den schlechten Zustand der Wege,¹¹⁷ was auf fruchtbaren Boden bei den Behörden fiel; doch griff erst wieder Stein hierin wirklich durch, als er den Chausseebau in der Grafschaft Mark ausführen ließ. Die eine Straße von Meinertzhagen nach Steele sollte die Industriebezirke des Sauerlandes und des Vogtgerichtes Schwelm verbinden und den Verkehr mit Holland erleichtern, die andere Straße von Soest nach Herdecke das Garn aus dem nördlichen Deutschland nach dem Bergischen bringen,¹¹⁸ wo sich eine starke Garnindustrie entwickelt hatte. Stein mußte bei der Durchführung dieses Werkes mit ungeheueren finanziellen Schwierigkeiten kämpfen. Auch leistete ihm die Bevölkerung Widerstand, weil die Leute sich die Ansicht des großen Königs zu eigen gemacht hatten, daß eine Chaussee als Durchmarschstraße im Kriege ihnen Einquartierung und auch geringeren Schutz bringen würde. So ist es immerhin ein Zeichen von Einsicht, wenn die Stände dem Freiherrn vom Stein einen Beitrag von 3000 Rthlr. zu dem Unternehmen bewilligten.¹¹⁹ Die Stände wurden auch zu den Besprechungen über die Märkische Wegeordnung von 1796 herangezogen. Bezeichnend für die Stände ist ihre Stellungnahme zur Frage der Schiffbarmachung der Ruhr.¹²⁰ Sie bewilligten schon vor 1777 jährlich 430 Taler zur Unterstützung derjenigen Grundbesitzer, die zum Bau von Uferkribben nicht vermögend genug waren. Prinzipiell also waren die Stände nach wie vor nicht gegen eine Schiffbarmachung von Ruhr und Lippe,

114. S. A. B. IV 2 S. 336 f., Nr. 212.

115. S. Blok: a. a. O. II S. 386—388.

116. S. A. B. V 1 S. 506 und A. 1. Nr. 309.

117. S. Scotti: a. a. O. Nr. 752 S. 911 und ebenda Nr. 333 S. 541.

118. S. Lehmann: a. a. O. I S. 111 ff.

119. S. Lehmann: a. a. O. I S. 117 und A. 3.

120. S. Kliche: a. a. O. S. 168—171.

ebenso wie ihre Ahnen, die schon 1649 die Schiffbarmachung dieser beiden Flüsse gefordert hatten. Die Städte für sich hatten bisher 1500 Rthlr. zugegeben. Seit 1780 sollte nun dieser Beitrag nicht mehr von den Städten, sondern vom platten Lande erhoben werden und zwar in Höhe von 2000 Talern, dafür sollte aber der Zuschuß von 430 Talern fallen. Erst als Bernuth drohte, daß die Steuer auch ohne Einwilligung auf den Etat gebracht werden würde, bewilligten die Stände die geforderte Summe. „Je günstiger aber sich jährlich die Bilanz der Schifffahrt zu gestalten schien, desto schwieriger war es, von den Ständen jährlich die 2000 Taler zu erhalten“. Man muß, um dieses Verhalten der Stände würdigen zu können, wissen, daß das ganze Unternehmen vom Staate gegen eine Abgabe verpachtet war, daß also die Länder Cleve und Mark höchstens indirekt, durch Hebung des Handels gewinnen konnten. Für 1784/85 bewilligten die Stände nur 1000 Taler. 1789, als die Schleusenanlagen durch hohen Eisgang erheblichen Schaden gelitten hatten, lehnten die Stände die Forderung der Regierung mit dem Bemerkten ab: „man solle die Zechen und Gewerke heranziehen, vor allem aber die Ruhrorter Kohlenkasse, die durch die Schifffahrt so gute Geschäfte mache, daß sie ihren Gläubigern das Schuldkapital viel zu schnell amortisiere“. Die Haltung der Stände ist ganz korrekt. Sie, die das Interesse des Landes vertraten, standen auf dem richtigen Standpunkte, daß die, die den Nutzen aus diesem Unternehmen zogen, auch die Kosten zu tragen hätten und daß ein Zuschuß von 430 Talern dem Nutzen, den das Land von dem Unternehmen hatte, mehr entspreche als die beträchtliche Summe von 2000 Talern. Hatten die Stände hierbei des Landes Wohl in erster Linie wahrgenommen, so versäumten sie andererseits bei Aufstellung der Ruhrordnung nicht, auch ihr eigenes Interesse zu berücksichtigen. Zur Ausarbeitung dieser Ordnung wurden 2 Vertreter der Ritterschaft in die zu diesem Zwecke gebildete Kommission entsandt. Diese brachten im Interesse der Stände die Bestimmung hinein, daß die Jurisdiktionsinhaber oder ihre Richter für ihre Bezirke bei der Ruhrbefahrung hinzugezogen werden sollten; sie hatten die Aufsicht darüber, daß die Grundbesitzer die Arbeiten ausführten, und empfingen etwaige Strafgelder. 1740 suchten die

Stände im Interesse der Fuhrleute eine Neuregulierung des Postwesens durchzuführen, damit die Fuhrleute durch die Post nicht „ihre Kost zu gewinnen verhindert werden“.¹²¹ So haben die Stände in allen diesen Fragen neben des Landes Interesse auch ihr eigenes zu wahren gesucht. Ähnlich handelten sie auch in der Zollpolitik. Die vielen Binnenland- und Rheinzölle erschwerten den Handel und Verkehr in Cleve-Mark ungeheuer. Hauptsächlich die Binnenzölle waren den Ständen ein Dorn im Auge. Namentlich wünschten einige wichtige Handelsstädte — vor allem Wesel, daß ihnen ihre „illimitirte“ Zollfreiheit auf alle gebrochenen und ungebrochenen Waren,¹²² d. h. auf alle Handels-güter in gebrochener und ungebrochener Ladung, erhalten blieb. Ganz im Sinne der Stände berichtete die Kammer,¹²³ daß nach Aufhebung der „Städte Zollfreiheiten“ (1699)¹²⁴ auch die Akzise-einnahmen beträchtlich zurückgegangen seien. Vor allem waren die Lizenten dem Adel ein Dorn im Auge, weil auf diese Zölle die Steuerfreiheit des Adels nicht ausgedehnt war;¹²⁵ daher baten die Stände mit im eigenen Interesse, daß der Viehlizent in Höhe von 10 Rthlr. das Stück aufgehoben werden möge.¹²⁶ Die Antwort war der Erlaß vom 17. IV. 1741,¹²⁷ der abgesehen von einer unwesentlichen Einschränkung zu Gunsten der clevischen Städte bestimmte, daß „die .. eingeführte Licent-Abgabe von 10 Rthlr. .. auch ferner erhoben und in Anwendung gebracht werden“ soll. Unter dieser merkantilistischen Politik hatten natürlich die großen Handelsplätze am meisten zu leiden. Namentlich tat Köln der Stadt Wesel durch seinen Stapelzwang und seine Verträge mit den Niederlanden nicht geringen Abbruch.¹²⁸ Die Klagen der Stände und der Behörden waren also nur zu berechtigt. Die Stände faßten ihre Forderung in die Formel zusammen:

121. S. A. B. VI 2 Nr. 51²², S. 136.

122. S. A. B. VI 2 Nr. 51³², S. 137 und Rachel: a. a. O. S. 483 und 486.

123. S. A. B. IV 1 S. 536, Nr. 256.

124. S. Rachel: a. a. O. S. 484.

125. S. Rachel: a. a. O. S. 483 f. Der Adel war nur teilweise von Zoll und Lizent befreit.

126. S. A. B. VI 2 S. 133 f., Nr. 51³³ und Scotti: a. a. O. Nr. 979 S. 1023.

127. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1399 S. 1313.

128. S. Rachel: a. a. O. S. 485.

„Freies commercium“¹²⁹ für Cleve und Mark. Diese Forderung konnte natürlich nicht erfüllt werden, weil sie nicht allein vom Willen des Königs und seiner Ratgeber abhing. Man trug zwar im einzelnen den Wünschen der Landstände Rechnung,¹³⁰ aber im großen und ganzen wurde das Land nach merkantilistischen Grundsätzen regiert. Als Freihändler waren die Stände auch gegen jede Art von Monopol. So war das Recht zum Abbau der Bergwerksschätze und zur Ausbeutung der Salinen ein königliches Regal. Im Jahre 1740 beschwerten sich die Stände nun über die neue Bergordnung, es solle bei der alten vom Herzog Wilhelm¹³¹ erlassenen sein Bewenden haben. Die neue Bergordnung begünstigte den Unternehmer (Muther) vor dem Grundeigentümer¹³² und entschädigte diesen nur, wenn in Bau- oder Weideland Schächte oder Lichtlöcher und dergl. eingeschlagen oder gar Hütten erbaut wurden.¹³³ Auch hatte der Unternehmer jetzt statt 14 Tagen 4 Wochen Zeit, um einen neu entdeckten Gang zu entblößen, ehe dieser vom Bergvogt befahren, d. h. abgenommen wurde. Vor allem aber suchte die neue Bergordnung den Raubbau zu verhindern, der in Cleve-Mark sehr im Schwange war; denn dadurch wurde den königlichen Kassen der Kohlenzehnte entzogen. Eine geregelte Buchführung und das neu eingerichtete Bergamt sollten dem abhelfen. Dadurch aber wurden die Quatember-Gelder, die Besoldungen für die Bergwerksbeamten, erhöht. Auch sah die Bergordnung nur Barentlohnungen der Arbeiter in Geld vor, die Naturalentlohnung sollte aufgehoben werden. Auch das war, wie wir noch sehen werden, gegen den Sinn der Stände. Als Gegner jeder Art von Monopol wandten sie sich ferner auch gegen den Mühlenzwang,¹³⁴ der namentlich in diesen Landen bei den weit auseinander liegenden Gehöften der Bevölkerung viel Unbequemlichkeit und Kosten

129. S. A. B. V 1 S. 506, Nr. 309 und ebenda S. 133 f., Nr. 51₂.

130. S. A. B. V 1 S. 506, Nr. 309, wo von wiedereingeführtem, fremdem Wollverkauf gesprochen wird, ebenso von neuen erleichterten Zolleinrichtungen.

131. S. Scotti: a. a. O. Nr. 43 S. 93 ff.

132. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1275 S. 1177. Caput I.

133. S. ebenda Caput 59 und A. B. VI 2 S. 136, Nr. 51₂₀.

134. S. A. B. VI 2 S. 134, Nr. 51₂ und Lampp: a. a. O. S. 50.

verursachte. Am 24. April 1724 erhielt die Kammer Befehl, „daß alle Untertanen, welche nicht bereits zu anderen Mühlen gelegt oder gezwungen seien, ihr Getreide auf die königlichen Mühlen zu bringen verpflichtet wären“.¹³⁵ Den adligen Mühlenbesitzern wurde von der Kammer befohlen, für alle Mahlgäste schriftliche Privilegien beizubringen. So standen sich hier adlige Mühlenbesitzer und König als Konkurrenten gegenüber. Den Untertanen aber wurde klar gemacht, daß sie „ex pietate“ verpflichtet seien, eher auf den Mühlen des Landesherren abzumahlen, als einem anderen das Geld zu lassen.¹³⁶ Die Stände waren überhaupt gegen alle Eingriffe des Staates in Handel und Verkehr. So sahen sie sich 1726 veranlaßt, gegen die Zumutung zu protestieren, das aus ihren Forsten gewonnene Holz nicht unter der örtlichen Holztaxe verkaufen zu dürfen,¹³⁷ eine Maßregel zum Schaden der Bevölkerung, zum Nutzen der königlichen Forsten. Dadurch wurde jede Konkurrenz ausgeschlossen. Auch über das 1726 eingeführte Grund- und Hypothekenedikt beschwerten sich die Stände, nicht aber über die damit zusammenhängende Konkursordnung.¹³⁸ Sie wiesen dabei auf die Konkursordnung von 1695¹³⁹ hin. Diese eine Verordnung, die in großen Zügen eine Klassifikation der Gläubiger nach der Reihenfolge ihrer Ansprüche brachte, jene eine ausführliche, bis ins einzelne gehende Konkursordnung, die den gesteigerten wirtschaftlichen Verhältnissen mehr Rechnung trug, sich aber prinzipiell nicht wesentlich von der alten unterschied. Dieses Grund- und Hypothekenedikt, das erste¹⁴⁰ in Cleve-Mark, schrieb den Gerichten die Einführung genauer Hypothekenbücher vor, in die alle Immobilien mit sämtlichen auf ihnen ruhenden Ansprüchen und Rechten nebst den Eigentums- und Besitzverhältnissen ordnungsgemäß einzutragen waren. Die ganze Einrichtung war in Cleve-

135. S. Lampp: a. a. O. S. 46.

136. S. Lampp: a. a. O. S. 46 A. 4.

137. S. A. B. IV 2 S. 97, Nr. 77¹¹. Scotti: a. a. O. Nr. 1005 S. 1041.

138. S. A. B. IV 2 S. 96, Nr. 77.

139. S. A. B. IV 2 S. 96, Nr. 77 und Scotti: a. a. O. Nr. 458 S. 682 ff.

140. Das von 1704 wurde nach zweimonatlicher Geltung wieder suspendiert.

Mark verfrüht; denn seit 1721¹⁴¹ war hier die Peraequationskommission tätig; diese hatte ihren Auftrag noch nicht erfüllt, deshalb konnte auch keine Hypothekenordnung durchgeführt werden. Erst als 1737 die Vermessung fertiggestellt war, wurden 1738 alle Behörden angewiesen, Hypothekenbücher einzuführen.¹⁴² Auf demselben Landtage beschwerten sich die Stände noch über das Hausieredikt vom 3. April 1726.¹⁴³ Dieses Edikt wandte sich vor allem gegen das Hausieren der Fremden auf dem platten Lande, wodurch der „Bürgerlichen Nahrung“ viel Schaden zugefügt würde. Den Einheimischen gestattete man, den für ihren Unterhalt nötigen Bedarf auf dem Lande zu kaufen, auf keinen Fall aber durften sie mit den erstandenen Waren Handel treiben; den Fremden war der Handel nur dann gestattet, wenn ihre Heimatländer den cleve-märkischen Eingeborenen dieselben Vergünstigungen gewährten. Die Stände machten „verschiedener vorhandener Commercientractaten halber“¹⁴⁴ . . . einige diesen Ländern *convenable*, doch unmaßgebliche *remarques*“ und baten um Abänderung des Ediktes. Sie befürchteten also offenbar einige Gegenmaßnahmen der Nachbarstaaten. 1733 verlangten die Stände, daß alle Vorspanndienste, die nicht ausdrücklich in der Dienstordnung von 1683 genannt waren, abgestellt¹⁴⁵ und dafür keine Dienstgelder auf den Steueretat zum Beischlag gebracht werden sollten.¹⁴⁶ Es handelte sich, wie aus der Antwort der Regierung hervorgeht, um eine versteckte Beschwerde der Stände gegen die hohen Kosten, die die Anwesenheit des Hofes in Cleve verursacht hatte. Die Vorspanndienste waren für diesen Zweck in Geld abgelöst worden, um die an der „Route“ gelegenen Aemter nicht zu Gunsten der anderen zu sehr zu beschweren. Zwar wurde das Vorspannwesen auch sonst vielfach ausgenutzt, doch suchten zahlreiche königliche Verordnungen diese Ausnutzung nach Möglichkeit zu unterbinden. 1716 baten die Stände,

141. S. A. B. IV 1 S. 702, Nr. 365 A. 1.

142. S. A. B. V 2 S. 374 ff., Nr. 211 und Scotti: a. a. O. Nr. 1021 nebst Bem. S. 1055 f.

143. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1012 S. 1043 ff.

144. S. z. B. Scotti: a. a. O. Nr. 900 S. 976 f.

145. S. A. B. II S. 454, Nr. 290.

146. S. A. B. IV 2 S. 96, Nr. 77.

daß den Jurisdiktionen nach alter Gewohnheit die Verleihung verschiedener, kleinerer Dienste auch fernerhin zustehen sollte. Diese Dienste, deren Verleihung den Jurisdiktionen überhaupt nicht zustand, waren aber bereits von der Kammer verpachtet worden, daher wurde die Beschwerde der Stände abgewiesen.¹⁴⁷ Die Stände waren grundsätzlich gegen Ablösung der Dienste in Geld, weil das Land Ueberschuß an Rohprodukten hatte, nicht aber an Geld; deswegen bat auch die Kammer in ihrem großen Bericht vom 28. XI. 1736,¹⁴⁸ daß der König dem Lande die Naturaleinquantierung wiedergeben möge, weil sonst „das platte Land mit seinem Hart- und Rauchfutter verlegen bleibt, dagegen ein großes ausgewinnet, wenn ein oder zwei Regimenter Kavallerie allhier zu stehen kommen würden“. Man sieht, welchen Einfluß damals das Heer als großer Konsument für die Volkswirtschaft bereits hatte. Noch 1793 verhandelten die Stände mit Stein zwecks Verpflegung des Heeres.¹⁴⁹ Dieser hatte es durchgesetzt, daß die Vergebung nicht an Lieferanten erfolgen sollte, sondern er vereinbarte mit den Ständen, daß diese zu den von der Militärverwaltung festgesetzten Preisen die Fouragelieferungen übernahmen. Die Verhandlungen waren bald beendet, ein Zeichen, daß den Ständen diese Art der Regulierung sehr willkommen war. Die Stände verteilten einen Teil der Lieferungen unter die lokalen Verbände, die Ständemitglieder selbst übernahmen dabei das ihnen zufallende Quantum. Der Rest wurde an kleine Lieferanten vergeben. Man sieht, die Stände waren nicht aus großen Gesichtspunkten heraus freihändlerisch gesinnt, ihre wirtschaftliche Richtung wurde lediglich durch die augenblicklichen Bedürfnisse des Landes bestimmt. Ein Freihandel mit vorwiegender Naturalwirtschaft ohne ein allgemein gültiges Zahlungsmittel, war ein Widerspruch in sich.

E. Die Stellung der Stände zum stehenden Heer.

Sonst waren die Soldaten hier in Cleve-Mark keine willkommenen Gäste; denn die zahlreichen Werbungen im Verein mit

147. S. A. B. II S. 454, Nr. 230, 40.

148. S. A. B. V 2 S. 183, Nr. 116.

149. S. Lehmann: a. a. O. I S. 147 f.

der streng merkantilistischen Politik der Regierung hatten dem Lande schwere Wunden geschlagen; namentlich das Einquartierungswesen belastete die Städte sehr, weil dadurch vor allem Fremde abgeschreckt wurden, sich in dem menschenarmen Lande anzusiedeln,¹⁵⁰ und schließlich erhöhte die zwangsweise Beibehaltung der Steuer durch „militärische Execution“ auch nicht die Liebe zum Militär.¹⁵¹ Außerdem hatten die Städte noch die Ordonnanzhäuser zu unterhalten. Die Stände beschwerten sich über diese den Städten auferlegte Verpflichtung,¹⁵² doch ohne Erfolg. Die Stände hatten Recht, wenn sie im Interesse des Landes auf Abschaffung der „widerwilligen“, d. h. gewaltsamen Werbungen und des dabei oft üblichen Mißbrauches drängten.¹⁵³ Es ließ sich hier in dem von fremdem Gebiet durchschnittenen Cleve-Mark das zwangsweise Werbesystem nicht durchführen, weil die jungen Leute einfach auswanderten. Man suchte dies zu verhindern, indem man bestimmte, daß die Pässe der Soldaten durch jedermann¹⁵⁴ kontrolliert werden sollten. Mit Recht wandten sich die Stände dagegen, weil diese Bestimmung ein ganz unleidliches Verhältnis zwischen Zivilbevölkerung und Militär geschaffen hätte. Als nun gar 1735 hier in Cleve-Mark das Cantonsystem, d. h. die zwangsweisen Werbungen, eingeführt werden sollten, wurde das Land an den Rand des Verderbens gebracht,¹⁵⁵ so daß sich Friedrich der Große 1748¹⁵⁶ veranlaßt sah, Cleve ganz und die Grafschaft Mark zum größten Teil von dem Werbezwang zu befreien. Dafür wurden die sogenannten Werbefreiheitsgelder eingeführt, deren Verwaltung¹⁵⁷ ganz in die Hände der Stände gelangte. Die Frage der Werbefreiheit wurde wieder aufgerollt, als der Minister Heinitz nach dem Tode

150. S. A. B. VI 2 S. 133 ff., Nr. 51²⁰.

151. S. A. B. I Nr. 148¹³, S. 440.

152. S. A. B. IV 2 S. 97, Nr. 77¹⁰.

153. S. A. B. IV 2 S. 98, Nr. 77. Vgl. dazu Lehmann: a. a. O. I S. 106.

154. S. A. B. III S. 600 f., Nr. 280 und IV 2 S. 98, Nr. 77.

155. S. Lehmann: a. a. O. I S. 106. Nach den Studien Böckenholts scheint mir der günstige Einfluß des Cantonsystems auf Cleve-Mark zweifelhaft. S. Lehmann: a. a. O. ebenda A. 3.

156. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1518 S. 1352 f.

157. Ueber die Verwaltungstätigkeit der Stände im Werbegeldwesen s. S. 95 f.

Friedrichs des Großen auf den Plan einer Landmiliz zurückkam. Es sollte das alte Vorurteil gegen das Heer beseitigt werden. Den westlichen Provinzen war zwar auf Bitten der Landstände „vorläufig“ am 24. III. 1787 die Werbefreiheit bestätigt worden, doch suchte man jetzt den Regimentern einen zuverlässigen Stamm von Inländern zu sichern. Bald trat dann auch Heinitz mit seinem Plan hervor. Die Notwendigkeit eines Heeres begründete man unter Hinweis auf die Unruhen in Holland und Brabant; das Los hatte zu entscheiden, wer Soldat werden sollte. Die Verhandlungen der Militärkommission mit den Ständen¹⁵⁸ erfolgten nach Landschaften getrennt; deswegen sind auch die Abkommen der Regierung mit den Ständen von Cleve bezw. Mark nicht völlig gleich. Die Clevischen Landstände befürchteten den gänzlichen Ruin des Landes, sie kehrten den Sinn der Einrichtung in sein Gegenteil um, wenn sie einwandten, daß es für den König gleichgültig sein könne, ob er Ein- oder Ausländer erhielte; sie baten den König, es bei der freiwilligen Werbung zu belassen. Die Stände weigerten sich, auch nur für einzelne Aushebungen im Lande ihre Stimme zu geben, weil „sie sich nicht für ermächtigt hielten, als bloße Repräsentanten des Landes über die Person ihrer Constituenten zu verfügen“.¹⁵⁹ Man sieht, die Clevischen Stände sind nicht grundsätzlich Gegner eines stehenden Heeres.¹⁶⁰ Sie handelten hier nur unter dem Drucke einer öffentlichen Meinung, als deren Wortführer sie erscheinen. Die Stände hatten in diesem Falle „ein Amt und keine Meinung“. Besondere Schwierigkeiten machten die Verhandlungen mit den Märkischen Ständen, die eine starke Auswanderung aus den industriereichen Bezirken des Sauerlandes befürchteten und glaubten, „der Flor

158. Nach Böckenholt saßen in der Militärkommission der Grafschaft Mark: „v. Ledebur, vom Stein, Neuhaus. Die Landstände waren vertreten durch v. Hövel, v. Plettenberg, v. Grüter und Syndikus Thenberg, ferner durch den Bürgermeister Reinhardt (Lünen) und den Städtesyndikus Vorster (Hamm). Die werbefreien Distrikte vertraten die Landräte v. Hausen und Holtzbrink (in Vertretung des Landesdirektors) und der Steuerrat Wülfing“. S. Böckenholt: a. a. O. S. 119 A. 5. Nach Lehmann: a. a. O. I S. 110 saßen in Cleve in der Kommission: General v. Romberg, Buggenhagen, Stein; im Namen der Stände v. Quadt, die Bürgermeister v. Oven und v. Rickers.

159. S. S. 12.

160. S. auch S. 77.

der Fabriken würde leiden". Die Länder zahlten jetzt nicht mehr die Werbefreiheitsgelder,¹⁶¹ sondern jedes Land stellte ein gewisses Abonnementsquantum an Rekruten, Cleve jährlich 150 Mann, Mark nur 42, dafür mußte aber die Grafschaft die 300 Artillerieknecchte in Wesel gegen den Willen der Stände unterhalten. Für jeden fehlenden Mann mußten in beiden Ländern 75 Rthlr. gezahlt werden. Dieses Geld sollte trotz des Widerstandes der Märkischen Stände von der Grafschaft Mark in Gold, von Cleve in courant gezahlt werden. Das Ziel, den Regimentern eine genügende Anzahl Inländer zu verschaffen, wurde jedoch nicht erreicht. Fast ebenso resultatlos verlief die Forderung der Regierung nach Erhöhung des Soldes in Geld und Brot für die Soldaten, weil der Adel sich gegen die Belastung des Landes in Form einer Grundsteuer sträubte, vor allem wohl deswegen, weil der Adel selbst zu dieser Grundsteuer herangezogen werden sollte.¹⁶² Die Stände hielten im April 1800 eine außerordentliche Zusammenkunft in Wesel ab, weil ein Landtag nicht bewilligt worden war. Es wurden nur 5533 Rthlr. verlangt; um den ominösen Titel Steuer zu vermeiden, gab die Ritterschaft 2500 Rthlr. als „freiwillig patriotischen Beitrag". Auch dieser „freiwillige patriotische Beitrag" der Stände ist ein Beweis, daß sie keineswegs mehr grundsätzliche Gegner des stehenden Heeres sind. Weitere 250 Rthlr. brachten die Eximierten in den Städten auf. Den Rest von 2783 Rthlr. verteilte man nach dem Verhältnis der durch die beiden Ständekörper vertretenen Bevölkerungszahl. Ein Beweis für die Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Beratungen ist es, daß man sich bis 1805 über den Beitrag der Ritterschaft noch nicht klar war.¹⁶³

F. Die Stellung der Stände zur Justiz.

a) Unter Friedrich Wilhelm I.

Es ist ohne weiteres klar, daß eine Körperschaft, die so in die Verteidigung gedrängt war wie die Stände, ein starkes Interesse

161. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2403 S. 2330 ff. und Nr. 2406 S. 2333 ff.

162. Vgl. dazu Goltz: a. a. O. S. 276.

163. S. Böckenholt: a. a. O. S. 122 f., seiner Darstellung bin ich gefolgt.

an der Beibehaltung ihrer althergebrachten Rechte und der bestehenden Justizbehörden hatte. Viele Ritterschaftsmitglieder waren Jurisdiktionsinhaber und hatten als solche das Ernennungsrecht der Richter in ihren Jurisdiktionen und die Einnahme der Strafgeelder. Dann bestand ein alter Gegensatz in Cleve-Mark zwischen Drostern und Richtern, jene fast ausschließlich bis 1724 dem einheimischen Adel angehörige Amtsvorsteher, diese Amtsrichter, jene gestützt auf die Stände, diese durch den König und seine Organe.¹⁶⁴ Daher forderten die Stände hier wiederholt, daß kein Amt mit dem Richteramt vereinigt werden möge,¹⁶⁵ so namentlich nicht die Rentmeister- oder Schlüterämter; denn darin hatten sie recht, daß dadurch die Unparteilichkeit der Richter gehemmt wurde, weil sie als Schlüter ein starkes Interesse am Fortkommen und der Schonung ihrer Unterpächter hatten; es hätte sich auf diesem Wege auch leicht ein System der Gutsherrlichkeit wie im Osten entwickeln können. Andererseits war wieder der Staat daran interessiert, die Richter gegenüber den rein ständisch fühlenden Drostern zu unterstützen. So kam es, daß jene schließlich den Geschäftskreis dieser Beamten mit übernahmen.¹⁶⁶ Daß Friedrich Wilhelm I. ernstlich an der Ordnung der verwahrlosten Rechtspflege lag, beweist seine schon 1713 erlassene „Allgemeine Justizordnung“. Diese, hauptsächlich auf die Verhältnisse des ostelbischen Staatenkomplexes eingestellt, fand gerade hier in Cleve durch die Behörden Widerstand.¹⁶⁷ Der Angelpunkt aller ständischen Beschwerden in Justizsachen war: „denen Rechten seynen freien, richtigen, unbeschränkten Lauff zu lassen“. Die alten Prozeßordnungen sollten in Geltung bleiben, weil diese auf die Verhältnisse in Cleve-Mark zugeschnitten waren.¹⁶⁸ 1723¹⁶⁹ beschwerten sich die Stände mehr im eigenen als in des Landes

164. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 174 und Scotti: a. a. O. Nr. 262 § 32, S. 350.

165. S. z. B. A. B. IV 1 S. 395 f., Nr. 184 a, A. B. V 1 S. 504, Nr. 309, A. B. V 2 S. 44, Nr. 39.

166. S. Scotti: a. a. O. Nr. 974 S. 1021 und A. B. V 1 S. 179 f., Nr. 92.

167. S. A. B. I S. 532, Nr. 170 und ebenda S. 650 ff., Nr. 220.

168. S. A. B. VI 2 Nr. 51¹², S. 135.

169. S. A. B. IV 1 S. 396, Nr. 184 § 14.

Interesse über die 1719¹⁷⁰ erfolgte Aufhebung der Mittelinstanzen, der sogenannten Haupt- und Mittelfahrten.¹⁷¹ Die Regierung trat hier grundsätzlich nicht den Ständen bei, sondern hieß sie sich bescheiden, weil diese Gerichte tatsächlich „zu Beschwer der Untertanen gereichen“. Sonst war die Regierung in Rechtsfragen fast immer Parteigängerin der Stände. So forderte sie Wiedereinführung der verbotenen *provocatio ad extraneos*¹⁷² direkt von den Untergerichten.¹⁷³ Die Regierung trat dafür ein,¹⁷⁴ weil die Richter in Cleve-Mark oft mit den Parteien verwandt seien, doch ist eine Aenderung in dem Sinne nicht erfolgt. 1719 wurde die Berufung an auswärtige Schöffenstühle durch eine namentliche Liste¹⁷⁵ beschränkt und mit Recht; denn die ganze Einrichtung gab dem Wohlhabenden ein Mittel, sich an ein ihnen genehmes Richterkollegium zu wenden (meist Universität), während sich das bei ärmeren Klägern wegen der hohen Sporteln von selbst verbot. Viele Parteien wandten sich sogar unter Umgehung der Instanzen direkt an den König auf dem Wege der Supplikation.¹⁷⁶ Die Stände beschwerten sich auch hierüber, weil dadurch „der *ordo iudiciorum* turbiret und der *cursus iustitiae* gehemmet werde“,¹⁷⁷ ein Einwand, der für die *provocatio ad extraneos* ebenso zutraf wie für die Supplik. Auch gegen unrechtmäßige Sprüche des Berliner Obertribunals glaubten die Stände sich beschweren zu müssen.¹⁷⁸ So war rezeßwidrig,¹⁷⁹ daß von Revisionsurteilen in bestimmten Fällen an höhere Gerichte als an die Regierung appelliert werden konnte. Dieses hatte wohl nach dem Urteil der Stände beim Obertribunal stattgefunden; dadurch war einmal in geringfügigen Klagen eine Instanz mehr als in wichtigen Klagen

170. S. A. B. III S. 170, Nr. 108.

171. S. Scotti: a. a. O. Nr. 831, S. 938 ff.

172. S. A. B. IV 1 S. 396, Nr. 184 § 14.

173. S. A. B. IV 1 S. 53 ff., Nr. 25.

174. S. A. B. IV 1 S. 54 f., Nr. 25; s. dazu § 1.

175. S. A. B. III S. 332 f., Nr. 215. Aachen wurde ausgenommen, weil es „ein *ius recipiendi appellationes*“ an einigen clevischen Orten beanspruchte.

176. Von dem Spruche der Kammer mußten die Appellationen direkt an den König gerichtet werden.

177. S. A. B. IV 1 S. 555 f., Nr. 272.

178. S. A. B. II S. 304 f., Nr. 144.

179. S. Scotti: a. a. O. Nr. 265 § 32, S. 381.

eingeführt,¹⁸⁰ damit würden höhere Kosten verursacht und dieses Rechtsmittel benutzt, um die Gegenpartei zu ermüden. Die Hauptsache war den Ständen wohl, der Regierung nach Möglichkeit das Recht zu wahren, gemäß den Rezessen als letzte Instanz Revisionsurteile zu sprechen. Dann wurde dem Obertribunal vorgeworfen, daß es „wider dieser Länder unverrückte Observanz und Gewohnheit gesprochen“, daß demnach diese Urteile „reformiret“ werden müßten. Die Regierung gab den Brauch zu, daß in solchen Fällen die Urteile einfach kassiert wurden, doch stellte sie die Entscheidung dieser Angelegenheit dem Ermessen des Königs anheim.¹⁸¹ Einen häufig wiederkehrenden Beschwerdepunkt bildet die Einsetzung von Kommissionen in Parteisachen *extra casum probatae denegatae et protractae iustitiae*,¹⁸² ebenso die Abforderung der Akten, sei es auf Antrag einer Partei oder durch außerordentliches Eingreifen der Justizbehörden oder des Königs. Solche Vorkommnisse ereigneten sich nach dem Urteil der Stände „täglich“.¹⁸³ Die Uebelstände, die solche außerordentlichen Kommissionen für die Rechtspflege mit sich brachten, bestanden darin, daß einmal die wohlhabenden Parteien sich bei einem höheren Justizkollegium eine solche Kommission ausbaten, um bei der kollegialen Urteilsprechung den Referenten zu erfahren, der die Sache zu bearbeiten und dem Richterkollegium das Urteil vorzuschlagen hatte. Bestechungen und Bevorzugungen war damit Tür und Tor geöffnet,¹⁸⁴ dadurch wurden auch die Kosten¹⁸⁵ der Prozesse erhöht, ihre Dauer verlängert, der Instanzenzug verwirrt. Diese Frage ist auch Anlaß geworden zu einem größeren Schriftwechsel¹⁸⁶ unter den Behörden, in dem sich die Clevische

180. S. das Urteil der Regierung: A. B. II S. 306 f., Nr. 144.

181. S. A. B. II S. 306 f., Nr. 144.

182. d. h. in Fällen, wo Verweigerung oder Verschleppung der Rechtssprechung erwiesen war. S. Scotti: a. a. O. Nr. 265 § 26, S. 378 f. und A. B. IV 2 S. 97, Nr. 77.

183. S. A. B. IV 1 S. 396, Nr. 184.

184. S. Springer: a. a. O. S. 376.

185. Die A. B. IV 1 S. 555, Nr. 272 angeführten Terminal- und Vacanzgelder sind wohl Gerichts- und Zehrungskosten für die in solchen Kommissionen tätigen Richter. S. Mylius: C. C. M. Teil II, 1. Abt., Sp. 469—70. Titel 55 der C. G. O. vom 1. III. 1709.

186. S. A. B. II S. 557 ff., Nr. 283.

Regierung sehr scharf gegen diese Unsitte aussprach. Schließlich konnte man es aber dem König nicht verwehren, die Prozesse an sich zu ziehen¹⁸⁷ und die Einsetzung von Kommissionen zu gestatten, zumal bei der gänzlichen juristischen Kenntnisslosigkeit der Richter ein solches Verfahren mitunter gerechtfertigt war. Es hatte also weniger die Einsetzung von Kommissionen an sich als die Einsetzung von Kommissionen durch den König den Widerspruch der Stände ins Leben gerufen. Die Stände nahmen auch Gelegenheit, sich über die Unredlichkeit der Richter zu beschweren. Diese sollten innerhalb einer gegebenen Frist die ergangenen Urteile zur „Execution“ stellen und nicht die Sachen „de novo vor sich instruiren lassen“.¹⁸⁸ 1713 forderten die Stände eine Untergerichtstaxe,¹⁸⁹ damit die Untertanen nicht „mit doppelten iuribus . . . beschweret werden mögen“.¹⁹⁰ Es sollte erst Strafvollzug eintreten, wenn die Sache vor dem zuständigen Gerichtshofe nach rechtlichem Brauche erörtert war.¹⁹¹ Auch gegen selbständiges Handeln der Gerichtsschreiber¹⁹² wandten sich die Stände, daß jene, obgleich keine Gefahr im Verzuge, oft genug „Bescheide ertheilen“. Die Regierung erbat sich nähere Angaben, da sie natürlich ohne genaue Kenntnis eines konkreten Falles nichts unternehmen konnte. Schließlich sei noch die Klage der Stände erwähnt, daß die Regierung gegen die ausdrückliche Bestimmung des Rezesses Nullitätsklagen vor ihr Forum zöge, anstatt sie rezeßmäßig dem Hofgericht zu belassen.¹⁹³

187. S. A. B. IV 1 S. 397, Nr. 184. Resolution der Regierung vom 9. IV. 1724.

188. S. A. B. II S. 303, Nr. 144 § 21; s. dazu A. B. I S. 650 f., Nr. 220.

189. S. A. B. I S. 440, Nr. 148 § 12.

190. Ueber das unnötige „Sportulieren“ s. Kabinettsordre an Cocceji A. B. V 2 S. 522, Nr. 310.

191. S. A. B. I S. 439, Nr. 148.

192. S. A. B. IV 1 S. 397, Nr. 184₁₅.

193. S. Scotti: a. a. O. Nr. 265 § 22, S. 377. Es erscheint die Resolution der Regierung auf diese Beschwerde (s. A. B. II S. 304 A. 2, Nr. 144) zumindest sehr gesucht. Es handelt sich dabei um einen Rangstreit der beiden Behörden; die Regierung wollte als erste Landesbehörde für ihre Entscheidungen nicht das Hofgericht als höhere Instanz anerkennen,

b) Die Coccejische Justizreform.

Aus der soeben gegebenen Darstellung der Rechtspflege unter Friedrich Wilhelm I. ersieht man, daß eine Justizreform für einen so ernst denkenden Monarchen wie Friedrich den Großen eine durchaus dringende Notwendigkeit war. Uns interessiert hier nicht der ganze Verlauf dieser Reform, sondern nur die Stellungnahme der Stände zu der Reform und deren Bedeutung für die Stände. Zunächst war es ein Gebot der Klugheit — hier mehr als in anderen Provinzen — daß man die Stände zu der Justizreform heranzog; so ersparte man sich manche Rückschläge. Die ständischen Deputierten¹⁹⁴ waren bei allen Sitzungen zugegen,¹⁹⁵ auch bei der so berühmt gewordenen clevischen Justizprüfung.¹⁹⁶ Die Stände bewilligten zu der Reform 3200 Rthlr., darunter 1200 Rthlr. als Gehalt für den 1. Präsidenten der Regierung.¹⁹⁷ Der König ersuchte Cocceji, die Stände zu veranlassen, ihre Bewilligung auf die Dauer von 5 Jahren auszudehnen; die Stände bewilligten auf 6 Jahre. Den Ständen wurde dagegen versprochen, sie nach Ablauf von 6 Jahren von der Beitragspflicht zu befreien; das Präsidentengehalt sollte, falls dessen Inhaber v. Raesfeld vor Ablauf der 6 Jahre stürbe, sogleich dem ständischen Beitrag abgeschrieben werden. Den Ständen wurde versichert, daß die Justiz nach ihren Privilegien eingerichtet werden und die adlige Bank erhalten bleiben sollte, sofern sich „capable Subiecte finden“. Auch die neuen Räte sollten auf die Privilegien der Stände vereidigt werden. So unbedeutend diese Zugeständnisse auch scheinen mögen, so war doch immerhin der Gedanke vorhanden, daß jede freiwillige Besteuerung der Stände auch eine entsprechende Befriedigung ihrer Wünsche erheischte. Es kam den Behörden darauf an, namentlich als durch die gleichzeitige Einführung von Landräten in Cleve-Mark Mangel an Mitteln für die

194. S. die Namen: A. B. VIII S. 347, Nr. 148. Die in den Acta Borussica an dieser Stelle angeführten Zitate aus dem Codex Fridericianus sind fast alle falsch.

195. S. A. B. VIII S. 441, Nr. 175.

196. S. A. B. VIII S. 438 f., Nr. 172.

197. S. S. 28,

Gehälter eintrat, die Stände „bei gutem Muth und Willen“ zu erhalten. Eine Beschwerde der Stände gegen die beabsichtigte und später auch erfolgte Kombination von Regierung und Hofgericht wurde auf weiteren Bericht nicht an Cocceji übergeben. Die Stellung der Stände zur Justizreform war durchaus wohlwollend, weil durch die Kombinierung der einzelnen Richterstellen zu kollegialen Landgerichten die Macht der Richter, der alten Gegner der Stände, wesentlich beschränkt wurde. Andererseits fürchteten die Ritterschaftsmitglieder für die Selbständigkeit der Jurisdiktionen, für diese kämpften sie in erster Linie. Vor allem verlangten sie für die Jurisdiktionsinhaber wieder den Vorsitz bei den Erbentagen, der seit 1731 dem für den betreffenden Bezirk zustehenden Kriegs- und Domänenrat übertragen worden war. Offenbar glaubten sie an eine völlige Auflösung der Jurisdiktionsbezirke, wenn sie verlangten, daß die Jurisdiktionsinhaber „den Genuß der civilen und strafrechtlichen Brüchten“ behalten möchten.¹⁹⁸ Neben gewissen Diensten¹⁹⁹ bildeten diese Brüchten die finanziellen Einnahmen, die die Inhaber der Jurisdiktionen aus diesen zogen. Die Jurisdiktionen waren als Lehen ausgetan, dafür mußten die Inhaber bei der Uebnahme in der Regel eine gewisse Summe zahlen, außerdem jährlich einen Lehnkanon von 40 Rthlr.²⁰⁰ Die Inhaber der Jurisdiktionen hatten das Recht, die Richter zu wählen; diese wurden aber auf den Landesherren verpflichtet und konnten für die Dauer ihrer Amtstätigkeit, die theils auf Lebenszeit, theils auf einige Jahre festgesetzt war, nicht entlassen werden.²⁰¹ Es durften die Jurisdiktionsinhaber zu Richtern seit 1749 nur Leute nehmen, die vor der Regierung geprüft waren.²⁰² Die Richter theilten sich mit den Gerichtsschreibern in die Sporteln.²⁰³ Sie

198. Wäre § 21 Tit. 13. Teil 1 des Codex Fridericianus auf die Jurisdiktionen in Cleve-Mark angewendet worden, so hätte das dahin führen können, daß die Jurisdiktionsinhaber ihre Einnahmen einbüßten; denn der Paragraph bestimmte, daß die Straf gelder zur „Renthey“ gehörten.

199. S. Scotti: a. a. O. Nr. 202 S. 268 f.

200. S. A. B. VIII S. 41, Nr. 27.

201. S. Hoetzsch: a. a. O. S. 181 A. 1.

202. S. A. B. VIII S. 509, Nr. 214.

203. S. A. 201.

waren also während ihrer Amtszeit so gut wie unabhängig von ihren Gerichtsherren, zumal diesen jede Einmischung in die Amtstätigkeit der Richter untersagt war, sofern solches nicht ausdrücklich vorbehalten war. Der Codex Fridericianus²⁰⁴ bestimmte jetzt, daß die „Obrigkeiten, welche die Gerichte haben, ihre Richter, wofern diese nicht Beamte waren oder noch sind, dem Kammer-Gericht (Regierung) sistiren“; dort sollten sie „examiniret“ werden und „in Gegenwart der Unterthanen vereydet und verpflichtet seyn“. Neu war eigentlich nur die Einführung der Justizprüfung, die anderen Vorschriften bestanden schon seit 1736. Durch diese Einführung der Justizprüfung war der Verstaatlichungsprozeß des Richteramtes um ein gutes Stück vorwärts gerückt. Bezeichnend hierfür ist die Beschwerde der Stände, daß die Verordnungen und Edikte nicht an die Jurisdiktionsinhaber, sondern an ihre Richter gesendet würden.²⁰⁵ Außerdem baten die Stände, daß bei Streitigkeiten der Unterthanen und der Obrigkeiten in Dienstangelegenheiten nicht der im Codex Fridericianus vorgeschriebene außerordentliche Rechtsweg, sondern der bisher übliche ordentliche Rechtsweg beibehalten werden solle, weil die Dienste in Cleve-Mark durch die Pachtzettel von Fall zu Fall geregelt seien. Dies genüge, um Streitigkeiten schnell zu entscheiden.²⁰⁶ Auch dieser Wunsch war im Interesse der Jurisdiktionsinhaber und der Richter; denn außer diesen hatten nur die Drost und der Landesherr Dienste zu beanspruchen. Wenn die Stände den Satz bis zu 10 Rthlr. zu hoch fanden für ein richterliches Straferkenntnis, bei dem kein Rekurs gestattet war, so sprach daraus der Wunsch, von den Richtern möglichst unabhängig zu sein — denn auch der Adel hatte in realibus seine erste Instanz vor den Untergerichten — und die Möglichkeit einer Berufung an die mehr in ständischem

204. S. Teil III Tit. 4 § 2 u. 4 und Scotti: a. a. O. Nr. 1233 S. 1160 § 11—13.

205. Es ist hierbei in erster Linie an Erlasse und Verordnungen der Justizverwaltung zu denken; denn alle kameralistischen Geschäfte waren von den Drost auf die Richter übergegangen, in den Jurisdiktionen hatten die Inhaber mit Kameralgeschäften nichts zu tun, diese besorgten die Richter. S. A. B. VIII S. 349, Nr. 148 und Schill: a. a. O. S. 366.

206. S. Codex Fridericianus 4. Teil Tit. VIII § 37.

Sinne arbeitenden Landesjustizkollegien zu haben; diese waren Appellationsinstanz und Revisionsinstanz für die Untergerichte. Im Interesse der Advokaten baten die Stände, daß jene nicht auf die Gebühren „usque ad finem litis“²⁰⁷ zu warten brauchten, sondern, daß es den Parteien gestattet sei, den Advokaten Vorschüsse zu gewähren. Durch die Festsetzung einer Höchstdauer von 3 Monaten für die richterlichen Entscheidungen war immerhin einer ungebührlichen Verlängerung der Prozesse durch die Advokaten vorgebeugt; aber die Durchführung des ständischen Wunsches hätte wahrscheinlich eine Bevorzugung der wohlhabenden Mandaten durch die Advokaten mit sich gebracht. Im Interesse der Landeseinwohner baten die Stände noch, daß die Gerichtsboten, die Exekutivorgane der Richter, Schlüter, Rentmeister und Admodiatoren,²⁰⁸ beibehalten werden mögen. Durch die vielseitige Inanspruchnahme der Gerichtsboten hatten sich allerlei Unzuträglichkeiten entwickelt, weswegen jetzt 2 Landreuter lediglich als Exekutivorgane der Richter bestellt wurden. Sie sollten sich aus invaliden Soldaten rekrutieren. Schließlich baten die Stände noch darum, daß in den Fällen, wo auf Majestätsbeleidigung, Falschmünzerei, Totschlag, Tortur oder Landesverweisung erkannt war, eine Versendung der Akten nach Berlin nicht stattfinden solle.²⁰⁹ Die Behauptung der Stände, daß die Richter der Untergerichte bisher ohne Schöffen und Aktuare nichts haben verfügen können, schlägt den Tatsachen direkt ins Gesicht.²¹⁰ Später²¹¹ ist es den Ständen auch gelungen, in Revisionssachen, die mindestens die Summa revisibilis von 600 Gulden ausmachten, der Regierung die Rechtsprechung in 3. Instanz neben dem Tribunal in Berlin zu gewinnen. Immerhin verzögerte die Berufung nach Berlin die Rechtsprechung und verursachte dem Lande durch lange Inhaftierung der Beschul-

207. S. Codex Fridericianus 1. Teil Tit. XIV § 6, § 8, § 15.

208. S. Scotti: a. a. O. Nr. 895 S. 974.

209. S. Codex Fridericianus 4. Teil Tit. V § 8g; vgl. noch Scotti: a. a. O. Nr. 894 S. 973 Criminalordnung Cap. X § 9 und A. B. III S. 333 f., Nr. 216, Hintze: a. a. O. S. 84 und A. B. I S. 63, Nr. 27.

210. S. A. B. VIII S. 352, Nr. 149; S. 460, Nr. 184; S. 472, Nr. 191.

211. S. A. B. IX S. 313, Nr. 200 und Scotti: S. 1435 Nr. 1653, vgl. auch A. B. II S. 259 ff., Nr. 110.

digten erhebliche Kosten. Sinn und Zweck des ständischen Wunsches war aber mehr, den Kompetenzbereich der Regierung zu erweitern, um so eine der Landschaft entsprechende ständische Rechtsprechung zu gewährleisten.

c) Die Stände und das Allgemeine Landrecht.

Schließlich wurden Deputierte der Landstände zur Ausarbeitung eines Entwurfes des für jede Provinz festzustellenden Landrechtes hinzugezogen. Offenbar war den Ständen die Einführung dieses auf dem Gebiete der Justiz den Großstaat verkörpernden Allgemeinen Landrechtes nicht erwünscht. Sie suchten durch Zögerungen die Einführung dieses neuen Gesetzbuches hinauszuschieben, deswegen mußten ihnen genau die Grenzen und die Art ihrer Mitwirkung vorgeschrieben werden.²¹² Als Anhang zu dem Allgemeinen Landrecht sollte nach dem als Muster dienenden Entwurf der ostpreußischen Regierung ein Provinziallandrecht ausgearbeitet werden, doch durften nur „diejenigen durch die Provinzial-Gesetze, Statuten und Observanzen begründeten Abweichungen vom Allgemeinen Landrechte darin aufgenommen werden, bei welchen der Nutzen und die Nothwendigkeit der Beibehaltung aus den individuellen Verhältnissen und Verfassungen der Provinz überzeugend nachgewiesen werden kann“. Bei Rive²¹³ sind uns einige Beschwerdepunkte der Stände überliefert. Einen solcher Punkte bildete das Kapitel über die Gutsunterthanen.²¹⁴ Danach sollten die Vorschriften des allgemeinen Gesetzbuches insoweit Anwendung finden, „als besondere Gesetze und Verfassungen keine Ausnahme bestimmen“. Da es in Cleve-Mark keine Gutsherrlichkeit gab, so baten die Stände, daß für Cleve „alles, was im Gesetzbuch von solchen Unterthanen vorkomme, daselbst keine Anwendung finde“. Ebenso wandten sich die Landstände gegen den Begriff der inventaria rustica im Sinne des Allgemeinen Landrechtes: „Nie-malen werden die Mobilien und Moventien, noch das zur Bestellung selbst unentbehrliche Wirtschaftsgeräthe unter den

212. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2602 S. 2482 f.

213. S. Rive: a. a. O. S. 22 f.

214. S. A. L. R. Th. II Tit. 7 § 87 ff. vor allem § 90.

Pertinenzien eines Landgutes verstanden".²¹⁵ Alles Vieh und alle Ackergerätschaften gehörten dem Pächter in Cleve-Mark und nicht dem Verpächter. Ob die Stände noch weitere Wünsche geäußert haben, ist bei dem Mangel an Material nicht festzustellen.

d) Zusammenfassung.

Beide Parteien, König und Stände, stellten die Justiz in den Dienst der Politik, die Könige im Staatsinteresse, die Stände vorwiegend im eigenen Interesse, sie sahen die Rechtspflege mehr unter dem Gesichtspunkt ihres Standes als ihres Amtes an; deswegen galt ihr Kampf vor allem der Erhaltung ihres eximierten Gerichtsstandes und der in diesem Sinne arbeitenden Behörden, des Hofgerichtes und der Regierung; jede Kompetenzeinschränkung dieser Behörden zu Gunsten des Obertribunals oder gar des Königs rief ihren Widerspruch wach. Als sie 3200 Tlr. zur Justizreform zusteuernten, war es ihnen in erster Linie um Bestätigung ihrer Privilegien und Erhaltung der adligen Bank bei der Regierung zu tun. Hier galt ihr Kampf vor allem der Erhaltung ihrer Pfründen, der Jurisdiktionen. Die Stände waren Gegner der Richter, einmal weil diese als Organe des Königs die alten Widersacher der Drostten waren, dann auch, weil es jenen mehr auf Vermehrung ihrer Einnahmen als auf eine geordnete Rechtspflege ankam. Daß die Stände in diesem Punkte recht hatten, bewies die Coccejische Justizreform; aber nicht viel besser sah es in der vorgesetzten Behörde, der Regierung, aus. Juristische Kenntnislosigkeit hier und dort, nur daß der Vorwurf der Unredlichkeit gegen die Regierungsräte nicht erhoben wurde. Auch darin hatten die Stände recht, daß nicht alle Sprüche des Obertribunals auf Cleve-Mark anwendbar waren und infolgedessen reformiert werden mußten. Suchte der König die gesamte Rechtspflege zu zentralisieren, so erstrebten die Stände für sich eine möglichste Dezentralisation. Dies kommt einmal durch den Satz zum Ausdruck, daß man „denen Rechten seynen freien, richtigen, unbeschränkten Lauf“ lassen solle, dann auch durch die von ihnen befürwortete *Provocatio ad extraneos*.

215. S. A. L. R. Th. I Tit. 2 § 41—63. Th. I Tit. 21 § 408 ff. u. § 452 ff.

Man könnte den Standpunkt der Stände dahin formulieren, sie strebten, sich die Freiheit zu erhalten, ihr Recht dort zu suchen, wo sie es am besten gewahrt fanden.

G. Die staatliche Verwaltungstätigkeit der Stände unter Friedrich dem Großen.

a) Die Einführung des Landratsamtes in Cleve-Mark.

Hatte die Einführung von Landgerichten in Cleve-Mark sich des ungeteilten Wohlwollens der Stände erfreut, so gestaltete sich die Lage bei Einführung des Landratsamtes in Cleve-Mark anders. Hatten sie dort mit dem Könige trotz der Verschiedenheit ihrer Interessen in einer Front gestanden, so befanden sie sich hier im direkten Gegensatz zum König. Der Plan zur Einführung von Landratsämtern nach Art der ostelbischen war vom König ausgegangen. Die Einführung kollegialer Landgerichte machte die Frage notwendig, welche Instanzen in Zukunft die Verwaltungsfunktionen der Richter übernehmen sollten. Durch die Coccejische Justizreform war die gänzliche Unfähigkeit des Adels zur Bekleidung öffentlicher Aemter erwiesen.²¹⁶ Seitdem standen die „Clever bei ihm“²¹⁷ im schwarzen Register.²¹⁸ Diese Einsicht war offenbar der Grund für ihn, die Bezirksverwaltung der ostelbischen Provinzen auch auf Cleve-Mark zu übertragen, indem er zugleich damit den Landständen ihre innere Daseinsberechtigung entzog, wenn es ihm gelang, das Amt des Landrates zu einem rein bürokratischen umzugestalten. Viereck vertrat eine dem König entgegengesetzte Ansicht in der Frage der Besetzung des Landratsamtes. Jener war selbst in Cleve tätig gewesen, erst als Mitglied der Justizprüfungskommission in Cleve-Mark, dann als Geheimer Regierungsrat, Kommissariatsdirektor und Kommissariatspräsident, schließlich seit 1727 als Minister im Generaldirektorium.²¹⁹ Er kannte also die Verhältnisse in Cleve aus eigener Erfahrung,

216. S. das Urteil des Königs: A. B. IX Nr. 332, S. 605 f. und ebenda Nr. 218, S. 360—361.

217. d. h. dem König.

218. S. Schill: a. a. O. S. 338.

219. S. A. B. I S. 651 A. 1, Nr. 220.

nicht „daß er das Landratsamt . . . in derselben Gestalt (wie in den ostelbischen Provinzen) nun auch auf die westlichen Provinzen übertragen und es daher prinzipiell mit dem eingesessenen Adel in organische Verbindung bringen wollte“, mag „der nächste und vornehmste Beweggrund für die Stellungnahme des Ministers“ gewesen sein, sondern die Einsicht, daß nur Einheimische, vor allem die Ritterbürtigen als die „meist Beerbten“ die beste Kenntnis von Land und Leuten hatten, ohne die eine Verwaltung der Lokalbezirke einfach unmöglich war. Das hatte doch die Einführung des Cantonsystems und des Katasters genugsam bewiesen, daß die Verhältnisse in Cleve-Mark derart eigenartig waren, daß man hier nicht ohne weiteres Einrichtungen aus den ostelbischen Provinzen übertragen konnte. Immerhin wird man Schill darin recht geben müssen, daß auch der Minister eine Einführung dieser ostelbischen Verwaltungseinrichtung ins Auge gefaßt hatte; nur der König wollte die Einrichtung sogleich mit Ausschaltung der cleve-märkischen Ritterbürtigen durchführen, während Viereck eine allmähliche Durchdringung dieses neuen Bezirksamtes mit ständischem Geiste erstrebte, womit er tatsächlich hier auch am meisten dem Staats- und Landesinteresse diente. Was nun die Stellung der Ritterschaft zu diesem Amte anbetrifft, so hat sie sich anfangs zu der Einführung von Landräten nicht feindlich gestellt; ihre Absicht war, daß das Amt eine Fortsetzung des alten Drostenamtes werden sollte. Das lag natürlich gar nicht im Sinne des Königs, und so wurde das Mißtrauen der Stände gegen dieses Amt nur zu bald wachgerufen. Es ist richtig, wenn Schill sagt,²²⁰ „die Besetzung mit eingesessenen Edelleuten allein erschien nicht als ausreichende Garantie, man befürchtete, daß die dienstliche Ein- und Unterordnung des Landratsamtes seinen Charakter mehr bestimmen würde, als die damit betraute Persönlichkeit selbst“. Das Amt, so führt Schill aus, war nicht geeignet dem Ehrgeiz des Adels Genüge zu tun. Schill hat recht, wenn er sagt,²²¹ daß „im Osten die Stände das höchste Interesse für dieses Bezirksamt hatten, während im Westen das gerade Gegenteil der Fall war“, dagegen

220. S. Schill: a. a. O. S. 337.

221. S. Schill: a. a. O. S. 345.

hat er unrecht, wenn er fortfährt „der Unterschied war darin begründet, daß es dort Kreisstände gab, hier nur die gesamte Korporation der Landstände und für eine Körperschaft mit solchen Zielen und Ansprüchen konnte es naturgemäß kein Interesse haben, einen Bezirksposten wie das Landratsamt mit einem der Ihrigen zu besetzen, der zufällig in diesem neugebildeten Bezirke angesessen war“.²²² Es handelt sich hier aber nicht um die gesamte Körperschaft der Landstände, sondern um die einzelnen adligen Mitglieder derselben. Warum sollte der einzelne Adlige im Landratsamt nicht ebensogut eine Befriedigung seines Ehrgeizes finden? Hatte er doch früher im Drostenamte in den Amtsbezirken gewirkt und hierin auch eine seinem Ansehen entsprechende Stellung gefunden. Der Grund liegt m. E. in dem, was der Landrat von Quadt ausführt:²²³ „es verbiete hier die geringschätzig und despotische Behandlung, die den Landräten von der Kammer zuteil werde, d. h. von Leuten, die, wenn sie nicht den Titel eines Kriegsrats führten, jedem Bürgersmann gleichstehen würden, dieses Amt zu ambitionniren, obwohl es zu seiner nutzbringenden Bekleidung, der ersten Edelleute bedürfe, während er jetzt den Sohn eines Kirchendieners zum Kollegen hätte“. Bezeichnend ist auch die Petition der Stände, „daß es den Landräten erlaubt sein müsse, wenn etwas Präjudizierliches verfügt werden sollte, solches und das wahre Beste des Landes nicht nur bei der Kammer, sondern auch Ew. Kgl. Maj. höchstselbst allerunterthänigst vorzustellen“.²²⁴ Der hiesige Adel wollte also nicht unter der Kammer arbeiten, nicht fremden, bürgerlichen Räten untergeordnet sein; das war es, was den Adel verhinderte, dieses Amt zu „ambitionniren“. Der Grund lag in der anderen Stellung des Adels zu den übrigen Eingesessenen des Landes, was dem Adel im Osten seine führende Stellung gab, war, daß er Rittergutsbesitzer war, d. h. den größten Besitz im Kreise hatte, hier im Westen, daß er sich durch seine altadlige Geburt aus der Masse der „meist Beerbten“ heraushob und dadurch zu Aemtern und Pfründen qualifiziert wurde, daher hier ein viel ausge-

222. S. Schill: a. a. O. S. 347.

223. S. Schill: a. a. O. S. 340.

224. S. Schill: a. a. O. S. 337.

prägenderes Standesbewußtsein als im Osten. Auch äußerlich trat das in Erscheinung; denn die adligen Gutsbesitzer trugen Uniform.²²⁵ Es handelte sich hier also um den Kampf des einheimischen Adels gegen die eindringenden fremden, vor allem bürgerlichen Elemente, die ihn einmal um ein gut Teil seiner Erwerbsquellen brachten und dann als Mitglieder der Kammer durch ihre Vermittlerstellung zwischen König und Landräten zu Vorgesetzten wurden. Sollte dem Adel dieses Amt schmackhaft gemacht werden, so mußte man die neuen Landräte entweder von der Kammer unabhängig machen oder ihnen die Aussicht auf eine standesgemäße Stellung im Verbands der Kammer eröffnen. Man mußte, wie v. Hagen, der beste Kenner der cleve-märkischen Verhältnisse in damaliger Zeit, sich ausdrückte „in verschiedenen Vorfällen, und wo es in Oekonomie-Polizeysachen darauf ankommt, daß man Leute von vorgefaßten, schädlichen alten Gebräuchen und Meinungen allmählich abzieht ein vollkommenes und imponierendes Vertrauen erwecken“.²²⁶ Man suchte nun in Anlehnung an das Landratsamt der östlichen Provinzen auf Vorschlag von Hagens 2 Landesdirektoren, für jede Provinz 1, zu schaffen. Diese sollten Sitz und Stimme in der Kammer haben. Es sollte, wie in den alten Provinzen hier aus dem alten ständischen Kreisdirektor und dem Marsch- und Verpflegungskommissar in Anlehnung an das Amt des ständischen Landesdirektors ein neues staatliches Amt geschaffen werden. Dieses Amt konnte eine große Bedeutung erlangen, weil die Beamten auch Sitz und Stimme in der Kammer erhielten und so ihrem Standesbewußtsein kein Eintrag geschah. Damit war tatsächlich die Möglichkeit gegeben, den cleve-märkischen Adel für dieses neue Amt zu interessieren, es ihm schmackhaft zu machen. Allerdings hatte es noch geraumer Zeit bedurft, ehe der Adel sich mit dieser neuen Einrichtung abfand. Durch die Einführung der Landratsämter war eine wesentliche Vereinfachung in der ganzen Geschäftsführung der Landesbehörden herbeigeführt worden. Es galt, diese Posten mit ortskundigen, einheimischen Adligen zu besetzen, aus diesen sich preußische Beamte heranzubilden, die

225. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2737 S. 2585 f.

226. S. Schill: a. a. O. S. 342.

das Amt nicht als Sinecure, sondern als Lebensberuf auffaßten. Da ein großer Teil des Adels auf diese Aemter angewiesen war, so ließ er sich auf diese Weise am besten mit preußischem Geiste erfüllen. Hatte man so in den Lokalinstanzen ein tüchtiges, ortskundiges Beamtentum geschaffen, so wurde dadurch dem Landtage seine innere Berechtigung entzogen. Dazu gehörten aber Generationen. Man sieht, der Kampf Ständetum — Königtum hatte nicht etwa durch den Verzicht auf die Einschränkung der Landtage aufgehört, sondern bestand, wenn auch in anderer Form, fort; man legte nur jetzt dem Ständestaat gleichsam die Axt an die Wurzel, während man früher durch die Einschränkung der Landtage nur die Krone des Stammes getroffen hatte. So wurden allmählich alle dem einheimischen Adel und Bürgertum vorbehaltenen Aemter verstaatlicht.²²⁷ Dieser Prozeß ging so vor sich, daß die adligen Jurisdiktionsinhaber und ihre Gerichtsschreiber „die Einschreibung der Quanta in die Bücher der Kontribuenten“ nunmehr an die Kreisschreiber abgeben mußten, ebenso die Gebühren, die dafür erhoben wurden. Dann schränkte man die Rezepturbezirke ein, statt 87 gab es in Cleve-Mark nur noch 18; die Rezeptoren in den adligen Jurisdiktionen wurden davon nicht betroffen. Schließlich sah man sich aber genötigt, hier und da auf vielfache Bitten hin die alten Rezepturen allmählich wieder herzustellen. Die Steuerverwaltung in den Aemtern und Kirchspielen war ein für allemal geregelt. Die Hundertzettel in Cleve, die Tausendzettel in Mark gaben in jedem Amte bzw. Kirchspiel in jedem Falle an, wieviel auf das Hundert bzw. Tausend des Steuerausschlages jeder Einwohner zu zahlen hatte. Um dies festzustellen, hielten hier alljährlich die Geerbtten, d. h. die eingewesenen Eigentümer ländlicher Grundstücke „so 10 Thaler Grundsteuer bezahlten“,²²⁸ die sogenannten Amts- oder Erbsentage ab, die bis 1722 von einem Drost, dann von dem Richter, schließlich seit 1732²²⁹ von einem Kriegs- und Domänenrate

227. Ich folge hier den Ausführungen Schills.

228. S. Pertz: a. a. O. V S. 135; vgl. noch Zusatz nach A. 229.

229. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1148 S. 1120. Zu A. 228 nach Berger: a. a. O. S. 35 hatte jeder „Grundeigentümer, der 40 Morgen besaß, Stimmrecht“; jede Bauernschaft entsendete 2 freigewählte Deputierte. Vgl. noch E. v. Meier: a. a. O. II S. 123 f.

geleitet wurden. Es war ein altes Vorrecht der Geerbten, sich wegen Erhebung der Schatzung „ihrem Belieben nach mit einer tüchtigen Person, so geringe sie können“, zu vergleichen.²³⁰ Die Wahl der Rezeptoren wurde dahin geändert, daß sie innerhalb des Kreises durch je 2 Deputierte aus jedem Amt bzw. Kirchspiel vorgenommen wurde. Die Rezeptoren erhielten ein Fixum, 3% des gesamten Steuerausschlages ihres Amtes, dadurch wurde die Abhängigkeit dieser Beamten von ihren Wählern beseitigt;²³¹ denn diese Abhängigkeit war früher vielfach der Anlaß gewesen zu Steuerverdunkelungen und Steuerhinterziehungen. Die Stände protestierten natürlich dagegen, aber ohne Erfolg.²³² Schließlich wurde den Beerbten nur noch gestattet, staatlich geprüfte Bewerber zum Rezeptor zu wählen. Die Rezeptoren waren nunmehr „die erste Instanz, in denen zum Cameral-Geschäftskreise gehörigen Sachen“.²³³ Der Rezeptor war zum staatlichen Beamten geworden. Sollten die Landräte organisch mit dem kommunalen Leben der Aemter verwachsen und sich damit vertraut machen, so „mußten sie direkt die Leitung der staatlich-kommunalen Bezirke, der einzelnen Aemter, übernehmen“.²³⁴ Es hat natürlich eindringlicher Mahnungen der vorgesetzten Behörden bedurft, um die Landräte dazu zu bewegen.²³⁵ Es sind z. B. Fälle vorgekommen, wo die Landräte im Sinne einer rein kommunalen Schuldenverwaltung gewirkt haben.²³⁶ Die Führung des Kassenwesens in den Aemtern wurde seit 1773 einem vom Landrat und den Amtsdeputierten eingesetzten Rendanten übergeben; die Bauermeister, die die Verwaltung der Gelder bisher in Händen gehabt hatten, konnten oft kaum lesen und schreiben und waren deshalb für die höheren Anforderungen, die jetzt an sie gestellt wurden, völlig ungeeignet. Alle finanziellen Operationen wurden von der Genehmigung der Kammer abhängig gemacht.²³⁷ Diese Maßnahme

230. S. Scotti: a. a. O. Nr. 265 § 7, S. 370 f.

231. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1822 S. 1553 ff.

232. S. Schill: a. a. O. S. 353 f.

233. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2508 S. 2406 § 1 u. 2.

234. S. Schill: a. a. O. S. 350.

235. S. Schill: a. a. O. S. 356.

236. S. ebenda.

237. S. Schill: a. a. O. S. 357.

wurde damit begründet, daß die Geerbten „nur immer auf das Gegenwärtige und ihre Lebenszeit sähen, mithin es ihnen egal ist, wenn die Verzinsung der Kapitalien noch viele hundert Jahre dauert, womit aber dem Staate nicht gedient war“.²³⁸ Schließlich durften die Geerbten den Verhandlungen auf den Erbentagen nur noch „beiwohnen“ und „von der Rechenschaft ihrer Vorgesetzten Zeugen sein“.²³⁹ Namentlich scheinen die märkischen, amtseingesessenen Bauern so gut wie keinen Einfluß ausgeübt zu haben. Im Jahre 1724 ernannte die Kriegs- und Domänenkammer in den Aemtern Unna und Uedem einfach die Schatzungsrezeptoren. Die Beschwerde der Stände wurde mit der vollkommen ungerechtfertigten Begründung abgewiesen, daß die Kammer darin keine Gesetzeswidrigkeit finden könne.²⁴⁰ Im Jahre 1782 hingegen suchten die Stände, die nicht adligen Geerbten aus demselben Amte Unna zu verdrängen. Die Kammerdeputation wies dies als gegen die Landesverfassung verstoßend zurück, die Steuerzahler, so erwiderte sie, hätten mehr Interesse an den Erbentagen als die Adligen. Wenn die Landstände durch das Vorgehen der Kammer glaubten „eines vermeintlich wohlhergebrachten Vorrechtes“²⁴¹ beraubt zu sein, so zeigt auch dies, wie bedeutungslos in der Grafschaft Mark die Amtseingesessenen bereits geworden waren. Ebenso wie in den Aemtern die Richter sind auch die Richter in den Jurisdiktionen und die Jurisdiktionsinhaber selbst, wo sie im Sinne des alten Drostentums die Verwaltungsgeschäfte ihrer Jurisdiktionen übernommen hatten, durch den Landrat und Rezeptor aus dem Kameralgeschäftskreis ihres Bezirkes verdrängt worden.²⁴² Die Publikationen der Kammer übersandte der Landrat direkt an den Rezeptor, der sie in den Jurisdiktionen veröffentlichte. So waren schließlich die Jurisdiktionsinhaber auf ein Minimum ihres Einflusses zurückgedrängt.²⁴³

238. S. Schill: a. a. O. S. 355.

239. S. Schill: a. a. O. S. 359.

240. S. A. B. IV 2 S. 97, Nr. 77.

241. S. Böckenholt: a. a. O. S. 125.

242. S. Schill: a. a. O. S. 366 ff.

243. S. Schill: a. a. O. S. 372 f.

b) Die ständische Verwaltung der Werbefreiheitsgelder.

Mit der Einführung des Landratsamtes in Cleve-Mark begann eine stärkere Heranziehung der Stände zur staatlichen Verwaltung. Die Beteiligung der Stände an der Verwaltung hatte nie aufgehört; ihre Deputierten waren unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. der letzte Rest einer Verwaltungstätigkeit der Stände. Nur standen sich hier Kammer und Stände wie Gläubiger und Schuldner gegenüber. Durch die Einführung der Werbefreiheitsgelder im Jahre 1748 erfuhr die Verwaltungstätigkeit der Stände eine bedeutende Steigerung. Diese wählten einen Generalempfänger, der wieder eine Anzahl Steuerempfänger unter sich hatte, die 3 % Hebegebühren empfangen; dafür hatten sie die Gelder am 1. November jedes Jahres an den Generalempfänger franco abzuliefern. Dieser gab die Gelder an die Kriegs- und Domänenkammer weiter.²⁴⁴ Die Verteilung der Gelder geschah nach einer von den Landständen revidierten „Feuerstellen-Designation“. Die Verteilung erfolgte deswegen nach Feuerstellen, weil jeder Besitzer einer Feuerstelle einen oder mehrere Soldaten in Privatquartier zu nehmen hatte.²⁴⁵ Den Ständen wurde die Einführung und Verwaltung der neuen Steuer wohl im verwaltungstechnischen Sinne übertragen, um möglichst schnell und ungehindert die neue Steuer einführen zu können; denn die praktische Durchführung dieser Erhebung machte in Cleve-Mark verschiedene Steuerübertragungen notwendig, die, wie bei jeder anderen Steuer, ohne die sachkundige Hilfe der Stände nicht gerecht durchgeführt werden konnte. Die Landschaft fungierte hierbei als öffentliches Kreditinstitut für die Länder Cleve und Mark und garantierte jährlich dem Staat die Werbefreiheitsgelder. Die Stände mußten also für die pünktliche und genaue Ablieferung der Gelder Sorge tragen, dafür war ihnen die Verwaltung und die Einsetzung der Beamten für diese Steuer überlassen. Die Kriegs- und Domänenkammer mußte allerdings häufig Gelegenheit nehmen, wegen pünktlicherer Einsendung und richtigerer Erhebung der Steuer zu erinnern. Die Stände durften, als unter Friedrich Wilhelm II. das Werbegeldwesen neu geregelt

244. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1518 S. 1352 f.

245. S. E. v. Meier: a. a. O. II S. 51.

wurde, sogar in diesem Falle das neue Abkommen mit der Regierung selbst veröffentlichen, um dadurch einer Beunruhigung unter der Bevölkerung vorzubeugen,²⁴⁶ ein Zeichen, daß die Stände immer noch mehr Vertrauen besaßen als die königlichen Behörden. Sonst hatten die Stände nicht die Erlaubnis erhalten, neben den königlichen Behörden Publicanda zu erlassen.²⁴⁷ Die Anwerbung der Rekruten lag ganz in der Hand eines von den Ständen bestellten Kommissars. Dieser unterstand der Landes-Werbekommission, die, wohl nur aus ständischen Mitgliedern zusammengesetzt, das ganze Werbegeldwesen — die Erhebung und Verwaltung der Gelder — besorgte. Diese Kommission²⁴⁸ setzte für die Jahre 1789—90 und 1790—91 Prämien²⁴⁹ für diejenigen königlichen Städte- und Landes-Officianten fest, die im Verhältnis zu der männlichen Personenzahl ihres Distriktes die größte Anzahl Rekruten lieferten und für den, der die größte Anzahl auswärtiger Rekruten zusammenbrachte, schließlich eine Prämie für den, der überhaupt die größte Anzahl Rekruten stellte. Die Verteilung der Prämien erfolgte 1790 auf dem Landtage, 1791 auf dem Sommer-Deputationstage der Stände. Die Kapitulationen enthielten die Unterschrift der Landesdeputierten und das Landschaftssiegel.²⁵⁰ Die Abneigung der Bevölkerung gegen das Militär ist durch diese Einrichtung nicht behoben worden.²⁵¹

c) Die Tätigkeit der Stände während des Siebenjährigen Krieges.

Auch während des Siebenjährigen Krieges hatte die Verwaltungstätigkeit der Stände nicht geruht, sie verhandelten mit den französischen Machthabern und zahlten hier selbst nach alter Sitte eine zehnklassige außerordentliche Kopfsteuer; denn während des Krieges hatte der Adel zu allen außerordentlichen

246. S. Böckenholt: a. a. O. S. 121.

247. S. Scotti: a. a. O. Nr. 247 S. 325.

248. Es handelt sich hier nur um die clevische Werbekommission, über die Verhältnisse in Mark ist nichts bekannt.

249. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2440 S. 2353.

250. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2406 § 172, S. 2339.

251. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2467 S. 2378.

Lasten beizusteuern.²⁵² 1761 bewilligten die Stände noch eine sogenannte „runde Morgensteuer“, dabei wurde aber der von den Domänen zu leistende landesherrliche Pachtanteil von der Steuer abgezogen. Diese runde Morgensteuer war wohl eine Grundsteuer auf abgerundete Morgen, wobei also die kleineren Besitzstücke unter 1 Morgen steuerfrei blieben.²⁵³ 1761 noch wurde diese Steuer mit Zustimmung der Landstände in eine Grundertragssteuer mit dreifachem Impost verwandelt. Sie sollte nur ein Darlehen sein, wahrscheinlich wurde es nie zurückgezahlt. Als die vorgeschriebenen Kontributionssummen nicht beigebracht werden konnten, sahen sich die Landstände im Verein mit den Landeskollegien gezwungen, eine Zwangslotterie durchzuführen, weil namentlich die Kaufmannschaft und die Nahrungsmittel-treibenden nicht opferwillig genug waren, „obwohl dieselben bey jetziger Zeit zum Theil ansehnlich profitieren“. Die clevische Ritterschaft übernahm für sich auch eine gewisse Anzahl von Losen. Die allgemeine Kopfsteuer bewilligten die Stände noch 1764 und 1765.²⁵⁴

d) Die Tätigkeit der Stände beim Retablisement.

Nach dem Kriege nahm dann die Verwaltungstätigkeit der Stände durch die Aufgaben, die die Tilgung der Kriegsschulden erforderte, beträchtlich zu. „Alle, das Landes-Kriegs-Kosten und Landes-Creditwesen betreffende, Angelegenheiten und Gelder“ wurden der Cleve-Märkischen Landes-Credit-Commission und deren Kasse unterstellt.²⁵⁵ Zu dieser Kommission gehörten Mitglieder der Regierung, der Kammer und der Stände.²⁵⁶ Der Plan zu dieser Einrichtung ist auf den Vorschlag des königlichen Kommissars von Hagen nach Beratung mit den Ständen ausgeführt worden.²⁵⁷ Die Stände fungierten auch hier als öffentliches Kreditinstitut, indem sie die Landes-Creditkasse garantierten,

252. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1747 S. 1517; Nr. S. S. 2974 f.; Nr. T. S. 2975; Nr. V. S. 2976.

253. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1833 § 3 S. 1596.

254. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1811 S. 1547.

255. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1808 S. 1545.

256. S. Böckenholt: a. a. O. S. 34.

257. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1809 S. 1545 f.

also für die pünktliche Auszahlung der Zinsen bürgten;²⁵⁸ die Mitarbeit der Stände nennt Böckenholt lebhaft.²⁵⁹ Man sieht, bei Bewilligung namhafter, außergewöhnlicher Geldbeträge mußte den Ständen sogleich ein großer Einfluß eingeräumt werden. Die Art der Schuldentilgung beweist, daß sie in dem ständischen Lager ihren Ursprung gehabt hatte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß dieser Plan allein dem Geist von Hagens entsprungen ist; denn die Landes-Credit-Kommission führte 1764 und 1765 auf Antrag der Landstände²⁶⁰ mit königlicher Genehmigung wie gewöhnlich zur Bestreitung von Kriegskosten eine zehnklassige Kopfsteuer durch,²⁶¹ daneben 1764 eine Tontine, d. i. eine vom Staat lebenslänglich zu zahlende Leibrente, deren Prozentsatz je nach dem Alter des Inhabers zwischen $2\frac{1}{2}$ und 4 % betrug.²⁶² Alle diese Steuern waren Personalsteuern, bei der Tontine war der Charakter der Freiwilligkeit der Steuer besonders stark betont. Die Steuern wurden sämtlich auf Antrag der Landstände vom Könige genehmigt. Da offenbar diese Steuern zur Zinszahlung der auf dem Lande haftenden Kriegsschulden nicht ausreichten, bewilligten die Landstände nach den Hebelisten des Jahres 1764—65 einen außerordentlichen Beitrag von $1\frac{1}{2}$ Stüber auf je 1 Rthlr. ordentlicher Steuer; dieser Betrag sollte sofort erhoben werden, wahrscheinlich, damit der Charakter der außerordentlichen Beihilfe dadurch besser gewahrt werde. Diese Steuer wurde wohl wegen der bequemerer Einziehung gewählt. Im Jahre 1766 reichten die Stände einen aus ihrer Mitte ersonnenen Plan ein, der sich in der Folgezeit gut bewährte.²⁶³ Hiernach sollten die Landesschulden in Höhe von 1 664 887 Rthlr. 20 stb. 1 dt. auf die contribuierenden Korpora nach der Matrikel verteilt werden. Es übernahmen hiervon teils „die Ritterbürtigen Herren Stände“ auf ihre Güter, teils das ganze Korpus der Stände aus ihren Dispositionsgeldern 84 500 Rthlr. zur Verzinsung und zur

258. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1818 § 11, S. 1552.

259. S. Böckenholt: a. a. O. S. 35.

260. S. dazu auch Pertz: a. a. O. V S. 593.

261. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1811 S. 1547.

262. S. ebenda S. 1549 ff.

263. S. Pertz: a. a. O. S. 593 und Böckenholt: a. a. O. S. 34.

„Ablegung“.²⁶⁴ Dadurch war also die allgemeine Landesschuld in viele, private Grundschulden, Hypotheken, verwandelt worden. Die unzinbaren Schulden und die noch restierenden Zinsen hatte jetzt die Landes-Credit-Kasse aus den bewilligten Kriegssteuern zu decken. Außerdem bewirkten die Stände mit allerhöchster Genehmigung eine allgemeine Zinsreduktion auf 3 %, die 1766 wieder auf 4 % erhöht wurde.²⁶⁵ Schließlich hatten die Stände noch mitgewirkt bei einem königlichen Reglement, das die Verteilung der während des Krieges entstandenen Lasten zwischen Pächtern und Verpächtern bzw. zwischen Mietern und Vermietern genau regelte. Wie weit hier ständischer Einfluß reicht, wie weit die Regierung, das Tribunal und der König selbst an diesem Reglement Anteil haben, ist nicht klarzustellen. Wahrscheinlich ist der Paragraph 3, wonach der Verpächter wie der Pächter die Fouragelieferung zur Hälfte zu tragen hat wie schon 1680, auf ständische Initiative zurückzuführen. Noch 1785 beantragten die Stände, daß bis zum 1. Juni 1788 „keine Landes-Capitalien“ zur Rückzahlung eingeklagt werden dürften; der König genehmigte dieses Gesuch.

e) Die Justizkommission beim Wasserbaudepartement.

Auch zu einer Justizkommission in Wasserbausachen wurden die Stände herangezogen.²⁶⁶ Diese Kommission stand unter dem Kammerpräsidenten als Vorsitzenden; ihr gehörte noch ein Mitglied des Wasserbaudepartements bei der Kriegs- und Domänenkammer und ein Mitglied der Regierung an. Die Kommission war Provokations- bzw. Appellationsinstanz gegen alle angefochtenen Erkenntnisse der „Wasser - Bau- und Deichbedienten“.²⁶⁷ Im Jahre 1778 wurden die Wardgründe, d. h. die durch den Rheinstrom verursachten Anwächse billigerweise auch der Besteuerung unterworfen. Die durch diesen Strom verursachten Abbrüche am gegenüberliegenden Ufer fügten den Grundstücksinhabern vielen Schaden zu und machten Steuerüber-

264. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1940 S. 1777 f., vor allem § 1—3.

265. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1809 S. 1545 f. und Nr. 1930 S. 1696.

266. S. Pertz: a. a. O. V S. 592 und 593.

267. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2111 S. 2040 ff. § 34 und § 36.

tragungen notwendig, die von denen zu tragen waren, die am anderen Ufer einen entsprechenden Landzuwachs erhielten. Dabei hatten die Landräte unter Zuziehung der Deputierten jedes Amtes und jeder Jurisdiktion und eines vereidigten Landmessers sowie der Interessenten die Aufnahme der neuen artbaren Gründe vorzunehmen. Es sollte „die Revision dieser Aufnahme und Untersuchung unter der Direction einer aus Deputirten beyder Landes-Collegien und der Ritterbürtigen Landstände jedesmal bestehenden Commission, mit Zuziehung des Landraths, und eines Deputati aus den Städten, geschehen“.²⁶⁸ Die Beteiligung der Stände an diesen Deich- und Wasserbauangelegenheiten war deshalb geboten, weil die Erledigung der damit zusammenhängenden Fragen Sache der sogenannten Deichschau — eines besonders für diesen Zweck eingerichteten Amts- und Erbentages — war; diese stand auch unter der Kontrolle der Kriegs- und Domänenkammer, später noch des Landrates. Das Vertrauen der Geerbtten zu dieser Kommission wurde durch die Beteiligung der Stände größer. Der Deputierte der Landstände stand hier über dem Landrat. Es war somit den Ständen die Möglichkeit gegeben, eine ihnen standesgemäße Stellung im Rahmen der Kriegs- und Domänenkammer einzunehmen. Es zeugt allerdings das ihnen zugewiesene Feld der Betätigung nicht von allzu großem Zutrauen. Gehalt erhielten die ständischen Deputierten für ihre Leistungen wohl nicht. Eine entsprechende Kommission wurde 1781 für den Ruhrstrom eingerichtet.²⁶⁹

f) Die Feuersozietät.

Die einschneidendste Maßnahme einer Beteiligung der Stände an der Verwaltung war die Einrichtung einer Feuer-Sozietät. Die Absicht war „hauptsächlich die Conservation der dienstpflichtigen und contribuablen Höfe und Güter und derer darauf befindlichen Wohnungen und sonstigen Gebäude“.²⁷⁰ Es hatte das Remissionswesen durch die Feuersbrünste oft Schwierigkeiten verursacht, so daß die Kontribution wohl oft nicht pünktlich oder

268. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2169 § 12, S. 2123 f.

269. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2228 § 25 Abs. 2, S. 2178 f.

270. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1965 S. 1798 ff., vor allem § 1.

nur unvollständig einging. Deswegen wurden auch die Ritterbürtigen und sonstigen Besitzer der Rittersitze, sowie der „publiques“ Gebäude nicht gezwungen, dieser Feuer-Sozietät beizutreten, sondern nur die Kontributionspflichtigen. Die adeligen Güter waren ja gänzlich steuerfrei und der Brandschaden bei öffentlichen Gebäuden fiel so wie so der ganzen Gemeinde zur Last und nicht dem einzelnen, machte also Remissionen nicht notwendig. Der Beitritt war für die Eingesessenen der Grafschaft Mark obligatorisch, für die von Cleve aber nicht.²⁷¹ In der Grafschaft Mark schien das Remissionswesen durch die Feuersbrünste ganz besondere Schwierigkeiten gemacht zu haben. Die Stadt Soest und die Soester Börde waren von dieser Feuer-Sozietät ausgeschlossen, ebenso die Bewohner des altenaschen und wetterschen Kreises wegen der dort eigentümlichen und abweichenden Bauart der Häuser.²⁷² Die Einrichtung war schon 1755 geplant, gelangte aber infolge des großen Krieges nicht zur Ausführung.²⁷³ Bisher bestand der Brauch, daß durch die Beamten den Beschädigten sogenannte Brandschadenatteste zur Bettelei oder zur Brandkollekte ausgestellt wurden.²⁷⁴ In Zukunft sollte es „keine Beneficia von Remissionen der Schatzung“ mehr geben.²⁷⁵ Uns interessiert hier vor allem die Art der Einrichtung der Feuer-Sozietät; die Leitung derselben lag in den Händen eines Generaldirektoriums, bestehend aus dem jeweiligen Land-Stände-Direktor und 2 „associirten“ Ritterbürtigen und 1 Städtedeputierten. Diesem Generaldirektorium unterstanden verschiedene Spezialdirektorien, für jeden Kreis eins. Der Direktor dieser Spezialdirektorien war der jeweilige Landrat des Kreises, dem aus jedem Amte 2 von den Beerbten gewählte, „associirte“ Deputierte beigegeben waren. Diese wurden für ihr Amt besonders „instruirt und beeidigt“. Dadurch erhielt der Auftrag der Deputierten Amtscharakter. Der Landrat sollte m. E. nicht, wie Schill meint,²⁷⁶ „rein als beauftragter Vertreter

271. S. Schill: a. a. O. S. 364.

272. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1949 S. 1786.

273. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1710 Cap. III § 1, S. 1492 f.

274. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2211 S. 2164 f. und Nr. 1965 § 17, S. 1804.

275. S. Scotti: a. a. O. Nr. 2211 S. 2164 f. und Nr. 1965 § 17, S. 1804.

276. S. Schill: a. a. O. S. 361 f.

der Communen in Wirksamkeit treten“, sondern es nahm das Amt des Landrates den halb ständischen, halb staatlichen Charakter an, den es in den ostelbischen Provinzen schon längst hatte. Das erhellt auch aus den sonstigen Verwaltungsvorschriften für die Sozietät. Bei Streitigkeiten ist diese oder der Landtag Appellationsinstanz; außerdem hatten die Stände das Recht, über die vorgefallenen Angelegenheiten unterrichtet zu werden und Einsicht zu nehmen in die von dem besonders für die Feuersozietät bestellten Hauptrendanten geführten und abgenommenen Rechnungen. Was aber die Rechnungssachen besonders der Hauptrezeptur betraf, so hatte hierin die Kriegs- und Domänenkammer die „Cognitionen“,²⁷⁷ aber nur bei Schäden von 500 Rthlr. und mehr. Unter dem Hauptrezeptor fungierten als Empfänger für die Feuersozietät die Steuereinnahmer, die jetzt bereits von den Geerbten finanziell unabhängig waren. Diese hatten in den Kreisen bezw. Jurisdiktionen die gesamte Einnahme der Gelder, Aufstellung des Katasters, das ein für allemal nach einem Schema aufgestellt wurde, und die Subrepartitionen vorzunehmen.²⁷⁸ Die Absicht war, die Kreise, deren Seele der Landrat war, durch diese Einrichtung mit kommunalem Leben zu erfüllen. Deshalb suchte man, die Stände durch die Einrichtung des Generaldirektoriums der Feuersozietät und die Heranziehung der Jurisdiktionen für dieses ganze Unternehmen zu gewinnen; allerdings Vergütungen für ihre Arbeit erhielten die Ständevertreter im Generaldirektorium nicht, nur für Reisen und Zusammenkünfte wurden sie von den Ständen entschädigt. Es war dies wie alle vorhergehenden ein Versuch, die Stände mit den staatlichen Behörden, vor allem der Kriegs- und Domänenkammer, in verschiedenen Funktionen, die ihrem Wesen nach natürlich immer mit der Kontribution zusammenhingen, gemeinsam arbeiten zu lassen, um ihnen so das alte Mißtrauen zum Staate zu rauben, um die Ständevertreter zu Beamten zu erziehen und um so allmählich ihre Mitarbeit als Stände ganz und gar ausschalten zu können. Ein weiterer Zweck dieser Feuersozietät war wohl, durch diese Einrichtung eine Umgestaltung der Amts- und Erbentage herbei-

277. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1965 § 24, S. 1808.

278. S. Scotti: a. a. O. Nr. 1965 § 7, S. 1801 und § 36, S. 1810.

zuföhren. Das genossenschaftliche Leben in den Aemtern sollte in veränderter Form auf die Kreise übertragen werden. Man machte es, wie es seinerzeit beim Landtage geplant war, man ließ 2 Deputierte aus jedem Amte wählen, die dieses im Kreise vertraten. Diese Deputierten waren meist die geistigen Führer der Amts- und Erbentage, unter deren Einfluß die große Masse der Beerbten stand.²⁷⁹ Diese lebten nur in ihren Aemtern und waren jeder Neuerung abhold. Die große Masse der Geerbten setzte sich nach Schill aus Pächtern zusammen, die durch die Einrichtung der Feuersozietät „einen Zuwachs der Pacht durch Uebernahme der Reallasten befürchteten“.²⁸⁰ Die obersten Schichten der Bevölkerung — Ritter, Geistliche und Stadtbürger — hatten also ihre Ländereien verpachtet und somit nur geringes Interesse an der Einrichtung; die sonstigen bäuerlichen Eigner aber hatten die Gewohnheit, nicht auf den Erbentagen zu erscheinen. Dagegen konnten jene Deputierten für ihre Aemter ebensogut das Remissionswesen besorgen wie die Amts- und Erbentage. Hatte aber das genossenschaftliche Leben erst einmal in den Kreisen Fuß gefaßt, dann übertrug man diesen eine Funktion nach der anderen, wie das bei der Einführung der Kriegs- und Domänenkammer geschehen war.

Es ist eine große Linie der Entwicklung, von der Beaufsichtigung der Amts- und Erbentage an durch einen Kriegs- und Domänenrat, zu dem später der Landrat trat, dann der Verstaatlichung der Rezeptoren und Uebernahme der Schuldenverwaltung der Aemter durch den Staat bis zu der eben besprochenen Einrichtung der Feuersozietät. Man wandte sich also an die ansässigen geistigen Führer der Amtsbezirke, um diese Einrichtung durchzuführen und suchte sie auf diesem Wege zu Beamten des Staates zu stempeln. Hätte sich die eben angedeutete Entwicklung vollständig vollzogen, so wären nach und nach auf dem Gebiete des staatlichen Steuerwesens die Aemter vollständig ausgeschaltet und die Landtage ihrer Hauptaufgabe, des Remissionswesens, entledigt worden. Landtag und Amts- und Erbentage wären dann nur noch Selbstzweck gewesen, sie hätten in das

279. S. Schill: a. a. O. S. 365.

280. S. Schill: a. a. O. S. 364 f.

Räderwerk der staatlichen Verwaltungsmaschine nicht mehr eingegriffen.

g) Zusammenfassung.

Welche Bedeutung haben nun diese Verwaltungsmaßregeln für die Stände gehabt? Die Stände waren zum großen Teil auf die Einkünfte aus den Aemtern im Lande angewiesen; dadurch aber, daß diese zur Bedeutungslosigkeit herabsanken oder an ausgediente Offiziere vergeben wurden, sahen sie sich gezwungen, ihren Erwerb in staatlichen Diensten zu suchen. Dann mußten sie aber mit den Ueberlieferungen ihres Standes „völlig gebrochen haben und ganz auf die Seite des monarchischen Beamtentums übergetreten sein.²⁸¹ Die Stände dahin zu bringen, war das eigentliche Ziel der fridericianischen Politik nach dem Siebenjährigen Kriege. Charakteristisch für diese Zeit ist die Beschäftigung der Ständemitglieder in Kommissionen, die im Rahmen der Kammer arbeiteten. So suchte man nach dem Rate von Hagens²⁸² bei den Ständen Vertrauen zu wecken und dadurch den alten Gegensatz zwischen Ständen und Kammer zu überbrücken. Einerseits konnte man die einzelnen Ständemitglieder nicht in der Kammer selbst beschäftigen, weil dies mit der Teilnahme am Landtage unvereinbar war, andererseits hielten die Stände es für unter ihrer Würde als Untergeordnete der Kammer zu arbeiten. Man suchte deshalb die Stände durch ein loseres Band mit der Kammer zu verknüpfen. Schließlich werden die jungen Adligen auch ihren Stolz darin gesucht haben, im friderizianischen Staate lieber eine bescheidene Offiziers- oder Beamtenstellung auszufüllen als im Rahmen der Landschaft irgendein bedeutungsloses Amt. Ob nicht auf diese Weise zum Teil das „Aussterben“ des cleve-märkischen Adels zu erklären ist?²⁸³ Es ist, nach den Äußerungen des Freiherrn vom Stein zu urteilen, keineswegs die Verwaltungstätigkeit der Stände mit den angeführten Beispielen erschöpfend dargestellt. Sie hatten durch Beiordnung von Depu-

281. S. Schill: a. a. O. S. 347.

282. S. oben S. 91.

283. Es ist dies natürlich nur ein partieller Grund neben vielen anderen bereits vorgebrachten Gründen, s. S. 5 f.

tierten am Wege- und Wasserbau, an Landarmen und Schul- sachen teilgenommen; ebenso an „den Geschäften der General- kommission für die Gemeinheitstheilung und Anordnung der bäuerlichen Verhältnisse und Katasterwesen“. Daneben sollen sie zu verschiedenen Kommissionen ihre Deputierten gesendet haben oder durch diese auch an den Konferenzen der Regierung teilgenommen haben.²⁸⁴ Bedenkt man nun, daß alle diese Posten von den Ständen ehrenamtlich verwaltet wurden oder doch nur geringe Aufwandsentschädigungen abwarfen, daß ferner die Stände wiederholt „den öffentlichen Bedürfnissen große pecuniäre Opfer gebracht“²⁸⁵ hatten, wie wir dies auch bei der Uebernahme eines Teiles der Kriegsschulden und bei der Solderhöhung des Heeres (1799/1800) gesehen haben, so wird klar, warum die Stände um die Wende des Jahrhunderts — namentlich nach der Säkularisation der Stifter — die Aufnahmebedingungen dahin abändern wollten, daß die Bedingungen der altadligen Geburt fallen gelassen und dafür der Wert des landtagsfähigen Rittersitzes von 6000 Rthlr. auf 20 000 Rthlr. erhöht werden sollte.²⁸⁶ Auch ich halte diese Angabe Steins nicht wie Lehmann für einen Schreibfehler.²⁸⁷

H. Das Verhältnis der Stände zu den einzelnen Behörden und zu den preußischen Königen des 18. Jahrhunderts.

Im allgemeinen ist das Verhältnis der Stände zu den Lokalbehörden während des 18. Jahrhunderts ein gutes gewesen. Zwar gehört zu den Gemeinplätzen aller Gravamina der Satz, daß das Kommissariat „dieses vierte fast kostbarliche Collegium aufgehoben werden möge“;²⁸⁸ denn nach den Rezessen habe die Regierung das Steuerwerk zugewiesen erhalten, dabei soll es bleiben und der König die Eingriffe der verschiedenen neuen Kollegien in

284. S. Pertz: a. a. O. V S. 742.

285. S. Lehmann: a. a. O. I S. 258.

286. S. Lehmann: a. a. O. I S. 253 A. 3.

287. E. v. Meier: a. a. O. II S. 360 f. kommt auf anderem Wege zu demselben Ergebnis.

288. S. A. B. II S. 594, Nr. 309.

die Ressorts der drei althergebrachten Landeskollegien (Regierung, Hofgericht und Amtskammer) einstellen. Auch die Regierung stellte sich auf die Seite der Stände, indem sie diese neue Einrichtung des Kommissariats nur unter der Bedingung gelten lassen wollte, daß dieses als Annex der Regierung in Steuersachen im Namen der Regierung arbeitete. Die Ausfertigungen sollten von Regierungsräten unterschrieben werden.²⁸⁹ Die Forderung der Regierung war von ihrem Standpunkte aus nur zu begründet; denn die neuen Behörden, vor allem das Kommissariat, nahmen den alten, mit ständischem Geiste erfüllten Landesbehörden immer mehr Licht und Luft und verdamnten sie zur Bedeutungslosigkeit. Regierung und Hofgericht, die beiden mehr in ständischem Sinne arbeitenden Behörden, wachten streng darüber, daß keine Kompetenzüberschreitungen stattfanden. Zwar wehrten sich die neuen Behörden gegen diese Vorwürfe, sie sähen keine „Raison“, die sie dahin bringen könnte „anderer Collegien Arbeit über sich zu ziehen“;²⁹⁰ in Berlin bei den Zentralbehörden hatte man geradezu die Tendenz, die Verwaltung immer mehr von den Kammern abhängig zu machen, zwang man doch die Städte, den Kommissariatsfiskal Dr. Märker als ihren Verteidiger ex officio bei den Landesbehörden anzuerkennen,²⁹¹ ja, sie mußten ihn sogar aus eigenen Mitteln besolden. Durch die Vereinigung von Amtskammer und Kommissariat wurde dem monarchisch-absolutistischen Prinzip in der Verwaltung doppelte Kraft verliehen, während das ständische durch die Kombination von Regierung und Hofgericht die Hälfte seiner Kraft einbüßte. Dadurch, daß die wichtigsten Verwaltungsgeschäfte von der Kammer abhängig gemacht wurden, sahen sich die Stände gezwungen, mit den Vertretern dieser Behörden auf den Landtagen zur Aufstellung der Matrikel gemeinsam zu arbeiten; dadurch wurde zunächst allmählich ein Verständnis zwischen Ständen und Kammer angebahnt. Es lag dieser meist aus nicht einheimischen Räten zusammengesetzten Behörde viel an einer Korporation, die ihr über die anders gearteten Verhält-

289. S. A. B. II S. 305, Nr. 144.

290. S. A. B. I S. 440, Nr. 148.

291. S. A. B. III S. 89, Nr. 61.

nisse am Niederrhein Aufschluß geben konnte. Der gegenseitige Gedankenaustausch hatte die Kriegs- und Domänenkammer nicht zu einem mechanischen Werkzeug des Generaldirektoriums herabsinken lassen, sondern zu einer Vermittlungsinstanz, die die schwierige Aufgabe hatte, alle unter ganz anderen Voraussetzungen und Verhältnissen gegebenen Gesetze und Verordnungen auch auf Cleve-Mark anwendbar zu machen. Als die zunehmende Bedeutung des Bergbaus in der Grafschaft Mark nach dem Siebenjährigen Kriege die Schaffung einer neuen märkischen Kammer nahelegte, schlugen die Märkischen Stände eine Trennung beider Provinzen in allen mit der Kammer zusammenhängenden Verwaltungsfragen vor.²⁹² 1767 wurde dann eine Märkische Kammer-Deputation errichtet; seit 1787 hatten beide Landschaften getrennte Kammern aber gemeinsame Regierung. Eine vorübergehende Spannung zwischen den Ständen und der neuen Kammer-Deputation in Hamm trat ein, als diese gegen die Stände für die Zulassung nicht adliger Beerbter zu den Amtstagen im Amte Unna eintrat. Da fand man, daß die gesegneten Folgen dieser neuen Kammer-Deputation sich ganz und gar nicht zeigten, man klagte über den vermehrten Vorspann, die vielen Gehälter der Beamten, über unerlaubte Akziseerhebungen auf dem platten Lande, man bat, „die vormalige bessere Einrichtung wiederherzustellen“. Als man bündige Beweise gegen die Deputation von den Ständen forderte, erwiderte der Wortführer der Stände „eigentliche Gründe lägen nicht vor“. Das Vorgehen der Stände erwies sich als leerer Einschüchterungsversuch. Ähnlich war die Spannung zwischen Kammer und Ständen zur Zeit der Einführung des Katasters und der Peraequation in Cleve-Mark.²⁹³ Alle Männer, die während des 18. Jahrhunderts als königliche Deputierte oder als Mitglieder der Kammer direkt mit den Ständen zu tun hatten, fielen übereinstimmend ein günstiges Urteil.²⁹⁴ Das Vertrauen, das sich Friedrich Wilhelm I. durch Entsendung eines königlichen Deputierten in die Landesversamm-

292. S. Böckenholt: a. a. O. S. 42.

293. S. S. 34 ff.

294. S. z. B. Böckenholt: a. a. O. S. 126 und A. 2. S. Pertz: a. a. O. V S. 592 f. S. auch das Urteil Lottums über die Stände S. 60.

lung erzwang und das Friedrich der Große durch Beschäftigung der Stände im Rahmen der Kammer nach dem Siebenjährigen Kriege erstrebte, trug hauptsächlich dazu bei, das Mißtrauen zwischen Ständen und königlichen Behörden, vor allem der Kammer, zu beseitigen. Auch die Regierung nahm eine vermittelnde Stellung zwischen den vorgesetzten Zentralbehörden und den Ständen ein. Sie hatte den eigentlichen Verkehr mit den Ständen, sie erteilte, allerdings in sehr beschränktem Maße, Resolutionen auf die Beschwerden, wobei sie wiederholt sich den Ständen entgegenstellte, namentlich in Fragen, die ihre Autorität als 1. Landesbehörde zu erschüttern drohten. Die vielfachen Kompetenzkonflikte zwischen Regierung und Hofgericht in Rechtsfragen gaben den Ständen zu Beschwerden Anlaß. Die Stände stellten sich in solchen Fragen stets streng auf den Boden der Rezesse gegen die Regierung.²⁹⁵ Nur einmal nahmen die Stände Anlaß, sich über das Hofgericht zu beschweren, nämlich bei der Einsetzung von Kommissionen in Parteisachen. Als 1738 die Stände gegen die Besetzung der adligen Bank bei den Landeskollegien durch nicht ritterbürtige Adlige, wie den erst neu geadelten Raesfeld, bei der Regierung protestierten,²⁹⁶ erhielten sie von den gelehrten Räten der Regierung den Bescheid, daß wohl qualifizierte Ritterbürtige nach den Rezessen erforderlich seien, aber nicht alteingesessene Ritterbürtige; so seien also die Stände im Unrecht. Bei der Regierung tritt also ein Gegensatz zwischen adliger und gelehrter Bank hervor.²⁹⁷ Auch in der Frage der Einziehung der Jurisdiktionen ist dies zu beobachten.²⁹⁸ Hierbei handelte es sich aber mehr um einen Gegensatz der das Interesse des bürgerlichen Patriziats der Städte vertretenden gelehrten Bank gegenüber der mehr auf die Interessen der Ritterschaft eingestellten adligen Bank. Dieser Gegensatz von Städten und Adel mag also auch auf den Landtagen in Erscheinung getreten sein, wenn auch sonst nichts darüber bekannt ist. Sonst stellte sich die Regierung in allen, die ständischen Lebensfragen

295. S. A. B. II S. 594, Nr. 309.

296. S. A. B. V 2 S. 899 f., Nr. 511.

297. S. A. B. III S. 175 ff., Nr. 113.

298. S. A. B. V 1 S. 60 f., Nr. 37.

betreffenden Dingen schützend vor die Stände. Während aber die Kammer mehr aus Notwendigkeit einer sachgemäßen Abwicklung der Geschäfte die Unterstützung durch die Stände geboten erschien, entsprang das Vorgehen der Regierung grundsätzlichen Anschauungen. Am klarsten trat dies in der für den Staat so überaus wichtigen Frage des Katasters und der Peraequation zu Tage, wobei es sich für die Stände allerdings um Sein oder Nichtsein handelte. Die Regierung kämpfte in dieser Frage mit den Ständen in einer Front, während die Kammer mit den Zentralbehörden gegen die Stände arbeitete. Es hatte sicher oft genug auch eine Beeinflussung der Landeskollegien im privaten Verkehr mit den Ständemitgliedern eine Rolle gespielt, wie überhaupt eine Geheimhaltung von Regierungsmaßregeln durch die Landesbehörden den Ständen gegenüber nicht immer mit der erforderlichen Peinlichkeit erfolgt zu sein scheint.²⁹⁹ Sogar douceurs und Geschenke der Stände an einzelne Beamte waren üblich. Noch Friedrich der Große mußte dem Präsidenten der Regierung von Strünkede die Annahme eines Geschenkes von den Ständen verweigern.³⁰⁰ Am schärfsten trat den Ständen das Generaldirektorium³⁰¹ entgegen. Alle die kleinen und größeren Beschränkungen, die sich die Stände während der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts gefallen lassen mußten, wie Einreichung der Gravamina auf Stempelpapier, ihre Sonderung nach Materien, die Unterschrift der Gravamina durch die beiden Ständedirektoren, die Kontrolle der Ständegelder und Beschränkung der Landtage, gingen vom Generaldirektorium aus. Sicher hatten diese Maßregeln in erster Linie den Zweck, Ordnung in den Geschäftsgang der ständischen Verwaltung zu bringen, daneben suchte aber das Generaldirektorium den Anspruch als vorge-setzte Behörde, die auf Spezialbefehl des Königs verfügte, aufrecht zu erhalten. Dies geht am klarsten aus der Verfügung hervor, wonach die Gravamina auf Stempelpapier einzureichen waren. Am liebsten stellte man hier die Stände vor vollendete Tatsachen. „Wenn erst alles gehörig gefaßt worden, kann man

299. S. A. B. IX S. 706, Nr. 390 und A. B. VIII S. 12 f., Nr. 10.

300. S. A. B. VI 2 S. 174, Nr. 84.

301. Generaldirektorium wird hier für Generalkriegskommissariat und Generalfinanzdirektorium promiscue gebraucht.

hernach es wohl pro forma den Ständen communiciren".³⁰² Man befürchtete, daß die Maßnahmen durch die Stände verhindert oder zumindest aufgehalten würden. Man glaubte, daß häufig „ohne Grund und genugsame Ueberlegung widersprochen wird“. Man sah die ständische Verfassung in Cleve-Mark als etwas Ueberflüssiges an und gehorchte nur mit dem größten Widerstreben, die Landtage und damit die ständische Verfassung hier bestehen zu lassen. Oft nahmen die Schreiben des Generaldirektoriums einen sarkastischen Ton an. Andererseits suchte man die Stände dort, wo man ihre Hilfe in Anspruch nehmen mußte „bei gutem Muth und Willen zu erhalten“, so z. B. bei der Coccejischen Justizreform, wo es galt, die nötigen Gelder für die Einführung von Landräten in Cleve-Mark flüssig zu machen. Als Friedrich der Große den Plan zur Einschränkung der Landtage faßte, ging die Zentralbehörde noch über die Forderungen des Königs hinaus, so daß dieser die Behörde in ihre Schranken weisen mußte. Sonst richtete sich das Generaldirektorium gern nach der Meinung des Königs, ja, waren selbst alle Räte gegen einen Befehl des Königs, so wagten sie doch nicht, ihm entgegenzutreten;³⁰³ insofern sind also die Mitteilungen der Zentralbehörden nicht immer der Ausfluß ihrer reinsten Ueberzeugung. Da der ganze ständische Apparat die Verwaltung in Berlin nicht unwesentlich hemmte, so verfolgte diese Behörde die Tendenz, die Macht der Stände so weit wie möglich einzuschränken. Erst als Männer wie Viereck, Borcke, Hagen, Frhr. vom Stein, die in Cleve in der Kriegs- und Domänenkammer tätig gewesen waren, in das Generaldirektorium berufen wurden, besserte sich das Verhältnis zwischen Generaldirektorium und Ständen.

Wenn wir nun das Verhältnis der Stände zu den einzelnen preußischen Königen im 18. Jahrhundert zu schildern gedenken, so wollen wir nicht noch einmal in großen Zügen die gesamte Ständepolitik dieser Könige an uns vorüberziehen lassen; es soll hier nur unsere Aufgabe sein, die Meinung der Könige über die Stände dort zu befragen, wo jene ohne Rücksicht auf äußere

302. S. A. B. VIII S. 12 f., Nr. 10.

303. S. A. B. V 2 S. 416 f., Nr. 244. auch A. B. IX S. 702—712 vor allem S. 709, Nr. 390.

Einflüsse und augenblickliche Zeitstimmungen ihre eigenste Ansicht über die Cleve-Märkischen Landstände ausgesprochen haben, nämlich in ihren Politischen Testamenten. So schreibt Friedrich Wilhelm I. in seinem Politischen Testament von 1722:³⁰⁴ „Die wassalle“ (Stände) sind „dumme oxen aber Malicious wie der deuffel auf Ihre Privilegia sein sie sehr gesteuert aber indessen thun sie was mein Successor von sie haben und verlangen wierdt . . . die Nacion ist sehr intrigandt und fals (ch) dabey und sauffen wie die bester, mehr wissen sie nichts, wen(n) ein Klewer sehr guhng von Hausse kommet und in Berlin erzogen wierdt als den Brave guhte geschickte Kerrels daraus werden die mein Successor wohl gebrauchen kahn vor Ihren Particullie(r)s sein sie schlegte Wierte den(n) sie mehr verceren als Ihre Revenus tragen“. Dann fügt er noch hinzu, daß „die Klewer besser Hollendis und Keiserlich sein als Preussis“. Wie ist dies Urteil zu erklären? Daß er die „Klewer“ „dumme oxen“ nennt, mag dem Inhalte nach richtig sein, wenn man bedenkt, welche jämmerliche Rolle die Hofgerichtsräte bei der Coccejischen Justizreform spielten. Es waren offenbar nur einige Mitglieder, hauptsächlich der vornehmsten Familien, die durch Kenntnisse und Fähigkeiten sich über den Durchschnitt erhoben. Richtig ist, daß sie „auf Ihre Privilegia sehr gesteuert“ waren und der Nachfolger von ihnen verlangen kann, was er will. Der Grund der Nachgiebigkeit der Stände war also dem König 1722 noch nicht klar. Er nennt sie eine „Nacion“,³⁰⁵ um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß hier ein anderer Menschenschlag, ein andersartiges Land als in den Provinzen östlich der Elbe vorhanden war. Darum schlägt er vor, sie jung nach Berlin zu nehmen, dann lassen sich die „Klewer“ zu guten, braven Kerls erziehen, andererseits sind sie ihm aber besser holländisch und kaiserlich gesinnt als preußisch; dieses gilt aber nur von Cleve und den linksrheinischen Provinzen, nicht von Mark. Welche Bedeutung dieses Moment für ihn gehabt hat, haben wir bereits gesehen. Daß der König die Stände malicious und intrigant nennt, mag darauf zurückzuführen sein, daß hier in Cleve-Mark seine Befehle mitunter nicht mit der

304. S. A. B. III S. 453, Nr. 249.

305. S. Meinicke: a. a. O. S. 23 f.

Peinlichkeit ausgeführt wurden oder werden konnten, wie er es in den östlichen Provinzen gewöhnt war; der König glaubte offenbar, daß ihm die Stände bei den Landesbehörden entgegenarbeiteten. Zwar war sein Versuch, die Stände in Cleve-Mark im Sinne einer mechanischen Staatsauffassung auszuschalten, gescheitert, aber es war ihm schließlich doch gelungen, die ständischen Finanzen unter staatliche Kontrolle zu stellen und den Landtag zu „einem Schattenwerk der vormaligen, ständischen Influenz in Regierungssachen“³⁰⁶ herabzudrücken. Die Stände sahen nach dem Kampf um den Landtag ein, daß ein Kampf mit der Krone aussichtslos war, deshalb gaben sie in Zukunft „in allem Wesentlichen, politisch Bedeutenden“ nach, „um die für sociale Standesinteressen wichtige Form (des Landtages) zu retten“.³⁰⁷ Durch diese Nachgiebigkeit der Stände scheint dann auch ein besseres Verhältnis mit dem König angebahnt worden zu sein. Auch Friedrich der Große ließ den Ständen, ebenso wie sein Vater, erst nach längerem Kampfe ihre bereits stark eingeschränkten Rechte. Als der junge König am 4. IX. 1740³⁰⁸ zum ersten Male die Deputierten der Clevisch-Märkischen Landstände begrüßte, — er hatte sie bereits 3 Tage warten lassen — steckte er die von ihnen überreichten Gravamina einfach in die Tasche. „Der Empfang war sonst gnädig“. Dann wies der König die Deputierten an, sich möglichst bald nach Cleve zu begeben, um den Landtag zu Ende zu bringen. Der Empfang war also kühl und formell; der König behandelte die Stände als etwas Nebensächliches, ihre Vertreter waren seine Gäste, ursprünglich hatten sich Ende August alle Ständemitglieder in Wesel versammelt, um den jungen Monarchen in ihrem Lande zu begrüßen. Schärfer konnte der König äußerlich das monarchische Prinzip den Ständen gegenüber kaum zum Ausdruck bringen. Sonst ist bei der Stellung Friedrichs des Großen zu den Cleve-Märkischen Ständen auffallend, daß er in seinen beiden Politischen Testamenten (von 1752 und 1768) den Adel von Cleve mit den härtesten Worten bedachte, die Markaner durchaus nur lobend erwähnte. Les

306. S. A. B. IX S. 703, Nr. 390.

307. S. Hintze: a. a. O. S. 474.

308. S. A. B. VI 2 S. 133 A. 1, Nr. 51.

Clévois — so schreibt er 1752³⁰⁹ — sont des imbéciles, confus et engendrés dans l'ivresse de leurs pères, qui n'ont ni des talents naturels ni de l'acquis. Man könnte meinen, daß dieses Urteil hauptsächlich durch die Erfahrungen veranlaßt wurde, die der große König bei der Coccejischen Justizreform mit den Clevern gemacht hatte, dem widerspricht aber das günstige Urteil über den märkischen Adel: „Les gentilshommes du comté de la Marche et du pays de Minden ont fourni de bons suiets à l'Etat, leur éducation un peu grossière ne leur a pas donné ce brillant qu'on acquiert dans l'usage du monde; mais ils ont un talent supérieur à celui-là, qui est de se rendre utiles à la patrie“. Es ist klar, der König empfand stark den Unterschied dieser beiden Landschaften, weil hier 2 verschiedene Volksstämme, Rheinländer (Franken) und Sachsen, in Frage kommen. Jene waren leichtlebig und oberflächlich, damals dem preußischen Staate mehr abhold durch das Vorbild Hollands, dessen ständische Verhältnisse für das Standesbewußtsein der Ritterbürtigen das Rückgrat bildeten; daher waren sie wohl auch starrköpfig und rechtshaberisch, ungebildet und rückständig, sie saßen untätig auf ihren Rittersitzen und lebten von ihren Pachtzinsen oder sonstigen Pfründen und waren daher wenig geeignet zum preußischen Staatsdienst. Sie hingen ihm auch zu sehr an ihrem Lande:³¹⁰ „Si le Clévois s'éloigne de ses foyers, il prend la maladie du pays comme les Suisses“. Was den König vor allem von dem clevischen Adel abstieß, war, daß er in keiner Weise zum Dienste im Staate, namentlich im Heere, geeignet war. „Le peuple de ces provinces n'est guère propre pour le militaire“.³¹¹ „Das sind diejenigen Untertanen, von denen man am wenigsten Vorteil ziehen kann“,³¹² heißt es von den Clevern 1768. Ihre Denkungsart hat noch im hohen Alter den großen König abgestoßen.³¹³ In beiden Testamenten hebt der König die Neigung der Clever zum Trunk hervor. Das versöhnte ihn aber mit dem märkischen Adel, daß dieser, obgleich etwas grob und ungewandt, doch jene Fähig-

309. S. Küntzel: a. a. O. S. 31.

310. S. Miscellaneen: a. a. O. S. 123.

311. S. Miscellaneen: a. a. O. S. 123.

312. S. Reimann: a. a. O. S. 233.

313. S. Lehmann: a. a. O. S. 94 A. 2.

keit besaß, sich dem Vaterlande nützlich zu machen. Dieses schlechte Urteil über den clevischen Adel hinderte indessen den großen König nicht, nach dem Siebenjährigen Kriege den Versuch zu machen, den Adel durch Beteiligung an der Verwaltung mit preußischem Geiste zu erfüllen. Ueber Friedrich Wilhelms II. und Friedrich Wilhelms III. Verhältnis zu den Ständen kann nur allgemein gesagt werden, daß sie dem Zuge der Zeit entsprechend und dank des Einflusses Steins sich den Ständen entgegenkommender zeigten. Man muß sagen, daß die Stände zur Zeit des Baseler Friedens preußischer dachten als ihr König.³¹⁴ Sie gaben dabei offen ihrer legitimistischen Treue Ausdruck, sie waren das Zentrum des Widerstandes gegen die französischen Machthaber und ihre republikanische Propaganda in den linksrheinischen Provinzen. Ihre Tätigkeit wurde ihnen durch die Uneinigkeit der französischen Kantonsverwalter wesentlich erleichtert. Ob alle die Kundgebungen und Beteuerungen der Stände für Friedrich Wilhelm II. und die Hohenzollerndynastie wirklich ihre inneren Anschauungen wiedergaben oder ob sie nur der Not der Zeit entsprangen, scheint mir doch dahin beantwortet werden zu müssen, daß die Not der Zeit ihnen eine andere Stellung zu dem preußischen Königtum gab. Sie sahen jetzt in den preußischen Königen nicht mehr ihre alten Gegner, sondern die eigentlichen Beschützer ihrer Vorrechte und Freiheiten; sie wählten doch nur von 2 Uebeln das kleinere.

J. Der Freiherr vom Stein und die landständische Verfassung in Cleve-Mark.

Wir sahen, daß schon Friedrich der Große namentlich nach dem Siebenjährigen Kriege den Ständen im Bewußtsein seiner Stärke mehr Freiheit gestatten konnte als sein Vater. Ja, der König oder seine Nachfolger konnten jetzt damit rechnen, den Streubesitz im Westen Deutschlands eventuell einmal durch Landerwerbungen abzurunden. Der Staat war zur Großmacht geworden. Als solcher mußte er seine innere Politik auf eine breitere Basis stellen. So suchte man die Stände durch Beschäfti-

314. S. Hasbagen: a. a. O. S. 97 ff., vor allem S. 101.

gung im Rahmen der Kammer einerseits im staatspreußischen Sinne zu erziehen, andererseits zeigte aber gerade die stärkere Heranziehung der Stände zur Verwaltung, daß man der Eigenart des Landes entsprechend auch den Ständen glaubte Konzessionen machen zu müssen. So waren schon unter Friedrich dem Großen neue, freiheitlichere Tendenzen im Keime vorhanden, an die Stein anknüpfen konnte, um diese Territorien ganz mit dem preußischen Staate zu verknüpfen, um sie zu einem integrierenden Bestandteil der preußischen Monarchie zu machen und um hier aus dem ständischen Wesen neue, befruchtende Eindrücke über den Nutzen einer Repräsentativverfassung zu gewinnen. Als Kammerpräsident kam hier Stein teils auf den Landtagen teils in besonderen Kommissionen mit den Ständen zusammen. Dort sah er nun, daß das auf die ostelbischen Verhältnisse zugeschnittene preußische Beamtentum es oft an Kenntnis der lokalen Verhältnisse fehlen ließ, hier traten die Stände als notwendige Ergänzung in die Lücke ein. Diese arbeiteten dazu noch im Gegensatz zu den Beamten unentgeltlich. Er empfand deshalb die Tätigkeit der Bürokratie als zu kostspielig, dann aber auch als zu einseitig und zu schwerfällig,³¹⁵ zumal die Beamten ihre Erlasse nicht am eigenen Leibe zu spüren brauchten. Durch die Teilnahme des Adels an der Regierung und der Bauernschaften an den Amts- und Erbentagen wurde hier „ein Band des Vertrauens und der Liebe“ „zwischen denen verwaltenden Behörden und den Unterthanen“ geknüpft.³¹⁶ Durch Teilnahme von Volksrepräsentanten an Regierung und Verwaltung vervielfältigte die Regierung des Landes die Quellen ihrer Erkenntnis von den Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft. „Der Formenkram und Dienstmechanismus in den Collegien“ wurde durch Aufnahme von Menschen aus dem Gewirre des praktischen Lebens zertrümmert. Es kamen die Provinzial-Angelegenheiten mit dem Resultat der öffentlichen Meinung begleitet nach Berlin.³¹⁷ Er will alle „gebildeten“ Klassen durch Ueberzeugung, Teilnahme und Mitwirkung bei den Nationalangelegenheiten an den Staat knüpfen, „den Kräften eine

315. S. Pertz: a. a. O. V S. 735 f.

316. S. ebenda S. 136.

317. S. ebenda I S. 431.

freie Tätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützige geben".³¹⁸ Der Gemeinsinn mußte gehoben werden; denn „die relative Schwäche der Preußischen Monarchie gegen die Nachbarstaaten kann nur durch moralische und intellectuelle Kraft, durch Bereitwilligkeit zu großen Opfern an Gut und Blut in den unvermeidlichen Zeiten der Gefahr ersetzt werden".³¹⁹ Der Gemeinsinn soll „aus der Theilnahme am Gemeinwesen und Mitwirkung zu den Gemeinde-Angelegenheiten" entspringen. Deshalb dürfen die Stände nicht nur das Recht haben, Gravamina einzureichen, dadurch wird das ganze Institut in ein „geistloses Machwerk"³²⁰ verwandelt. Die Stände sollen die obersten Behörden bei der Leitung und Aufsicht auf die Verwaltung des Gemeinde-Wesens" vertreten. Hierdurch wird an Zeit und Verwaltungskosten gewonnen. Alle diese Erfahrungen hatte Stein in Cleve-Mark gesammelt. Dabei kannte er aber auch die Grenzen einer Repräsentativverfassung. Die Provinzialstände sollten dank ihrer besseren Kenntnis der lokalen Verhältnisse zwar die Behörden unterstützen und in Provinzialangelegenheiten volles Stimmrecht haben,³²¹ aber auch über die Provinzialangelegenheiten hinaus keine aktive Mitwirkung mehr ausüben; in allgemeinen Dingen sollen sie im Interesse der Provinz nur beratende Stimme haben, weil Provinzialstände „nach ihrem Standpunkt das Allgemeine nicht zu übersehen vermögen, und die Einheit und Kraft der Monarchie zerrüttet würde, wollte man an die Zustimmung der Provinzial-Stände das Staats-Einkommen und die allgemeine Gesetzgebung binden".³²² Die ganze Repräsentation innerhalb der Provinz soll auf breiterer Grundlage organisiert werden. Auch die wohlhabenden bäuerlichen Gutsbesitzer und die größeren Städte sollen Deputierte zum Landtage entsenden. Der Adel soll nicht mehr der alleinige Vertreter des platten Landes sein.³²³ Das ist der Hauptmangel der alten Verfassung in Cleve-Mark gewesen. Die Verbindung zwischen Adel und Bürgerstand soll hergestellt

318. S. ebenda I S. 427.

319. S. Pertz: a. a. O. V S. 734.

320. S. ebenda IV S. 135.

321. S. ebenda V S. 739 f.

322. S. ebenda V S. 187.

323. S. Pertz: a. a. O. V S. 136.

werden; der Adel darf keine abgeschlossene Korporation mehr bilden wie in Cleve-Mark, nur wertvoller Grundbesitz soll zur Wahl der Landtagsdeputierten berechtigen. Der Adel soll ergänzt werden durch Aufnahme neuer Mitglieder, die mit einer angesehenen Militär- und Zivilstelle einen bedeutenden Besitz von Grundeigentum verbinden.³²⁴ So wird der Adel allen erreichbar und das Ziel des Strebens aller politischen Talente, er kommt in Verein mit allen Ständen, steht nicht zu ihnen im grellen Gegensatz. Auch die Geistlichkeit soll ihre Repräsentanten zum Landtag entsenden. Selbst die mediatisierten Fürsten, Grafen und die Reichsritterschaft sollen zum Landtag erscheinen, aber diese erhalten Virilstimmen, der niedere Adel dagegen nur Curiatstimmen. Das Stimmenverhältnis von adligen und nicht-adligen Gutsbesitzern auf dem Landtage soll sich nach dem Werte der von beiden Parteien besessenen Gütermassen richten, es soll dieses Stimmenverhältnis „periodenweise“ abgeändert werden, wenn bedeutende Veränderungen vorkommen.³²⁵ Also nur die wohlhabenden Grundbesitzer sollen wahlberechtigt und wahlfähig sein, einmal weil sie durch den Grundbesitz stärker mit dem Interesse des Staates verwachsen sind, dann auch weil sich Stein die Beteiligung der Stände an Regierung und Verwaltung unentgeltlich denkt, so wie er es während seiner Amtstätigkeit in Cleve-Mark kennen gelernt hat. Er will deshalb auch die Gehälter für sämtliche ständische Beamte abgeschafft wissen, weil diese „Gehälter als Sinecuren genossen werden“.³²⁶

K. Schlußbetrachtung.

So können wir nun zum Schluß sagen, daß dem Freiherrn vom Stein bei seinen großen Reformen die Verhältnisse in Cleve-Mark neben anderen als Vorbild gedient haben, daß er sie aber nicht einfach auf die ostelbischen Provinzen übertragen hat. Auch nicht allein die französischen Einflüsse sind es gewesen, die ihn zu seinem großen Reformwerk veranlaßt haben, sie haben die

324. S. ebenda S. 744 f.

325. S. ebenda S. 745 f.

326. S. Pertz: a. a. O. I S. 431.

bereits vorhandenen theoretischen Pläne und Experimente des Freiherrn vom Stein zur praktischen Notwendigkeit werden lassen, sie haben der Reformsätigkeit Steins nicht Richtung und Ziel gegeben, sondern nur das Tempo beschleunigt. Was den Cleve-Märkischen Landständen aber ihre Bedeutung in der Preussischen Geschichte gibt, ist, daß sie den Staat dank der Persönlichkeit Steins vermocht haben, seine innere politische Organisation auf eine größere Basis zu stellen; nur so konnte er sich zum Großstaat entwickeln, wenn er nicht mehr einseitig mit uniformen Verhältnissen rechnete, sondern sich durch seine Organisation allen lokalen Verhältnissen anzupassen wußte. Die Stände haben gezeigt, daß die Beherrschung eines preussischen Großstaates im Sinne einer mechanischen Staatsauffassung unmöglich war. Die Entwicklung Preußens zu einem Großstaat konnte aber nur durch eine ausgedehnte Volksrepräsentation geschehen. Schon die Auffassung der Stände von der Steuer als ein onus personale zeigt, daß sie tatsächlich mehr die Interessen der Steuer- und Zinszahler vertraten als die des Landes, wie dies die mit hörigen Gutsuntertanen arbeitenden Stände östlich der Elbe taten. Dann hatte sich hier in Cleve-Mark, wie überhaupt zum größten Teile im Westen Deutschlands, die Idee einer Volksrepräsentation in den lokalen Bezirken, den Ämtern, durch die Amts- und Erbschaften und die Deichschau lebendig erhalten. Hier nahm das Volk noch an den kommunalen Angelegenheiten tätigen Anteil. Als dann im Winter 1788/89 die ersten schüchternen Versuche zur Umwandlung des stark mit fremdländischen Elementen durchsetzten Heeres in ein Volksheer unternommen wurden, suchten die Stände, wie wir sahen,³²⁷ die Verantwortung für die Folgen bei der Durchführung dieses Planes durch die Bemerkung von sich abzuwälzen, daß sie als bloße Landesvertreter nicht über die Person ihrer Constituents verfügen könnten. Gerade die Einführung eines Volksheeres zeigte den Ständen die Grenzen ihrer Vollmachten. In diesem von fremdem Gebiet stark zerschnittenen Territorium konnten sich die jungen Leute durch Auswanderung leicht der Anwerbung entziehen. Man sieht, die alte Landesvertretung in Cleve-Mark genügte nicht mehr den

327. S. S. 12 und S. 76.

Bedürfnissen einer neuen Zeit. Die Einführung der Volksheere erheischte die Einführung einer Volksrepräsentation. Nach den Befreiungskriegen traten dann die Provinzialstände zusammen, für deren Organisation die Cleve-Märkischen Stände in erster Linie als Vorbild dienten. So reichen die Wurzeln unserer modernen Repräsentativverfassung auch in die cleve-märkische Landesverfassung hinein; die Bedeutung der Cleve-Märkischen Landstände im besonderen für die Entstehung einer Volksvertretung liegt aber, wie Lehmann bereits gezeigt hat,³²⁸ vor allem darin, „daß sie die drei parlamentarischen Grundrechte durch das Zeitalter der absoluten Monarchie hindurch gerettet hatten: die Periodizität des Zusammentritts, die Seuerbewilligung, die Mitwirkung bei Gesetzen“.

328. S. Lehmann: a. a. O. I S. 98.

Literatur.

- Abel*: Preußische und Brandenburgische Staatsgeographie, Leipzig und Stendal 1711.
- Acta Borussica*: Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Behördenorganisation und allgemeine Staatsverwaltung. 10 Bände. Berlin 1894—1910. (= A. B.)
- Adelung*: Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart, Wien 1808.
- Below*: Territorium und Stadt, München und Leipzig 1900.
- Berger, L.* (Witten): Der alte Harkort. Ein Westfälisches Lebens- und Zeitbild, Leipzig 1890.
- Blok, J. J.*: Geschichte der Niederlande, Gotha 1905.
- Böckenholt, Franz*: Zur Geschichte der königlich-preußischen Provinzialverwaltungsbehörde der ehemaligen Grafschaft Mark zu Hamm (Westf.). Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, herausgegeben von Aloys Meister. Neue Folge 27. Der ganzen Reihe 39. Heft, Münster 1912.
- Projekt des Codicis Fridericiani Marchici*, Berlin 1749. (= Codex Fridericianus.)
- Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. In Verbindung mit Fr. Holtze, G. Schmoller und A. Stölzel. Herausgegeben von Otto Hintze, Leipzig 1898. (= Forsch.)
- Goltz, C. Frhr. v. der*: Von Roßbach bis Jena und Auerstedt. Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen Heeres, Berlin 1906.
- Haefen*: Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Ständische Verhandlungen. 1. Band. Cleve-Mark, Berlin 1869.
- Hashagen*: Das Rheinland und die französische Herrschaft. Beiträge zur Charakteristik ihres Gegensatzes, Bonn 1908.
- Haß*: s. Küntzel.
- Haß, Martin*: Die kurmärkischen Stände im letzten Drittel des sechzehnten Jahrhunderts. In den Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg, München und Leipzig 1913.
- Hintze, Otto*: Einleitende Darstellung der Behördenorganisation und allgemeine Verwaltung in Preußen beim Regierungsantritt Friedrichs II. In Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Behördenorganisation und allgemeine Staatsverwaltung. 6. Band, 1. Hälfte, Berlin 1901.
- Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländischer Geschichte, Berlin 1915. (= Hintze Hoh.)
- Staat und Gesellschaft unter dem ersten König. In Historische und

- Politische Aufsätze, Band 1. Deutsche Bücherei, Band 94—95. Hohenzollern-Jahrbuch 1900. (= Hintze Aufs.)
- Hoetzsch, Otto*: Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697, Leipzig 1908.
- Holtkausen, Heinrich*: Verwaltung und Stände des Herzogtums Geldern preußischen Anteils, Geldern 1916.
- Hüffer*: Forschungen auf dem Gebiete des französischen und rheinischen Kirchenrechtes, Münster 1863.
- Kliché*: Die Schifffahrt auf der Ruhr und Lippe im 18. Jahrhundert. Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins, Band 37, Elberfeld 1904.
- Küntzel und Haß*: Die politischen Testamente der Hohenzollern nebst ergänzenden Aktenstücken, Leipzig und Berlin 1911.
- Lampp, Friedrich*: Die Getreidehandelspolitik in der ehemaligen Grafschaft Mark während des 18. Jahrhunderts. Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, herausgegeben von Aloys Meister. Neue Folge 28. Der ganzen Reihe 40. Heft, Münster 1912.
- Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten, Berlin 1794. (= A.L.R.)
- Lehmann, Max*: Freiherr vom Stein, Leipzig 1902.
- Preußen und die katholische Kirche seit 1640. 1. Theil. Publikationen aus den königlich preußischen Staatsarchiven, Leipzig 1878. (= Lehmann k. K.)
- Loewe*: Die Allodifikation der Lehen unter Friedrich Wilhelm I. Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Band XI. 2. Hälfte, Leipzig 1898.
- Meier, Ernst von*: Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert, Leipzig 1908.
- Meinecke, Friedrich*: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, München und Berlin 1917.
- Meister, A.*: Friedrich der Große und das preußische Westfalen. Rede, gehalten am 27. Januar 1912 in der Aula der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster i. Westf. 1912.
- Miscellaneen* zur Geschichte Friedrichs des Großen. Herausgegeben auf Veranlassung und mit Unterstützung der Königlich Preußischen Archiv-Verwaltung. Siehe daselbst: Das militärische Testament Friedrichs des Großen, herausgegeben und erläutert von Taysen, Major im Großen General-Stab, Berlin 1878.
- Moser, J. J.*: Abhandlung von Receß-widrigen oder doch unbewilligten Landsteuern, derselben gewaltsamen Beytreibung und schuldigen Wieder-Ersatzung, nebst denen in dergleichen Fällen ergangenen Reichs-Hof-Räthlichen Erkenntnissen, ohne Erscheinungsort 1765. (= J. J. Moser Abhandlung.)
- Grundsätze des Besteuerung-Rechts derer Teutschen Reichs-Stände, ohne Erscheinungsort 1765. (= J. J. Moser Grundsätze.)
- Von der Teutschen Reichsstände Landen, deren Landstände, Unterthanen, Landesfreiheiten. Beschwerden, Schulden und Zusammenkünften, Frankfurt und Leipzig 1749.

- Mylius*: Corpus Constitutionum Marchicarum, Berlin und Halle, ohne Datum.
(= Mylius C. C. M.)
- Pertz, G. H.*: Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein, Berlin 1849.
- Poltische Correspondenz Friedrichs des Großen*, Berlin 1886.
- Pütter*: Beyträge zum Teutschen Staats- und Fürsten Rechte, Göttingen 1777.
- Rachel*: Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Brandenburg—Preußens bis 1713, Berlin 1911.
- Reimann*: Mitteilungen aus dem politischen Testamente Friedrichs des Großen vom Jahre 1768. In dem 66. Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, Breslau 1889.
- Rive, J. L. H.*: Ueber das Bauerngüterwesen in den Grafschaften Mark, Recklinghausen, Dortmund und Hohen-Limburg, in dem vormaligen Stifte Essen, Herzogthume Cleve (an östlicher Rheinseite) und in den Herrschaften Broich und Wertherbruch. Köln a. Rh. 1824.
- Schill, Adolf*: Die Einführung des Landratsamtes in Cleve-Mark. Band 22 der Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. S. 322—374, Leipzig 1909.
- Schmoller*: Das Städtewesen unter Friedrich Wilhelm I. Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde, Band 11, S. 524—529, Berlin 1874.
- Scotti, J. J.*: Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogthum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind vom Jahre 1418 bis zum Eintritt der königlich preußischen Regierungen im Jahre 1816. Im Auftrage des königlichen preußischen hohen Staats-Ministeriums zusammengetragen und herausgegeben von J. J. Scotti, königl. preuß. Regierungs-Secretäre. Düsseldorf 1826.
- Zusammenstellung der im Herzogthum Cleve seit seiner fremdherrlichen Occupation, zur Anwendung gekommenen französischen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen vom 24. October 1794 bis 6. September 1813 und von Nr. 1 bis incl. Nr. 88. — Als Zugabe zur Cleve-Märkischen Provinzial-Gesetz-Sammlung. (= Scotti Zug.)
- Seuffert*: Geschichte des deutschen Adels in den hohen Erz- und Domkapiteln, Frankfurt a. M. 1790.
- Springer*: Die Coccejische Justizreform. München und Leipzig 1914.
- Taysen*: s. Miscellaneen.
- Zum Bach*: Ideen über Recht, Staat, Staatsgewalt, Staatsverfassung und Volksvertretung mit besonderer Beziehung der letzten auf die preußischen Rheinprovinzen, Köln 1817.
-

Inhalt.

Seite

Bücherverzeichnis.

Einleitung

1

1. Teil: Wesen und Zusammensetzung der Landstände.

A. Die Anrede

3

B. Die Ritterschaft

3

Die Aufnahmebedingungen — Zahl der Ständemitglieder — Bedeutung der einzelnen Ritterschaftskorpora — Der Adel der Soester Börde — Die reichsständischen Geschlechter in Cleve-Mark — Die wichtigsten landtagsfähigen Adelsfamilien — Die Geistlichkeit — Aufnahme auswärtiger landsässiger Ritterschaftsmitglieder — Tentamen concordiae.

C. Die Städte

9

Zahl und Namen der landtagsfähigen Städte — Ihr Verhältnis zu den kleineren Städten — Bedeutung der Städtekorpora — Soest und Lippstadt — Vertreter der Städte auf dem Landtage.

D. Die Stände als Gesamtheit

10

Unionen mit Jülich und Berg — Unionen zwischen Cleve und Mark — Bedeutung der Unionen — Beziehungen zu den Geldernschen Ständen — Die Unionen unter dem Schutze der Herzöge von Jülich und Berg.

2. Teil: Der Wirkungskreis der Stände und der Mechanismus der ständischen Arbeit.

A. Die Landtage

12

Das Recht zur Teilnahme am Landtage — Die Stände eine Landesvertretung — Abstimmungsfreiheit der Ritterschaftsmitglieder und imperatives Mandat der Städtevertreter — Das Recht des Zusammentritts — Die Berufung des Landtages — Beschlußfähigkeit — Ort und Zeit der Versammlungen — Die Eröffnung des Landtages — Die Proposition — Die Beratungen — Leitung der Versammlungen — Majoritätsprinzip — Die Gegenstände der Beratungen — Die Gravamina — Das zweite Projekt des Etats und der Rezeß — Die Entlassung des Landtages — Eigenmächtige Entfernung vom Landtage.

	Seite
B. Die Beamten der Stände	21
Die Deputierten — Der Ständedirektor — Die Syndici — Die Advokaten — Der Ständeschreiber und der Trompeter der Stände — Der Rezeptor oder Rendant — Der Korrespondent in Berlin.	
C. Die ständischen Rechte	25
a) Das Huldigungsrecht.	
b) Das Publikationsrecht und die Jagdgerechtigkeit.	
c) Das Indigenatsrecht.	
Begriff und Ursprung des Indigenatsrechtes — Rezeßmäßige Grundlagen und Inhalt dieses Rechtes — Besondere Indigenatsrechte des Adels — Bedingungen zum Erwerb der Indigenatsberechtigung — Anspruch der Stände auf Durchführung des Indigenatsrechtes bei den einzelnen Behörden — Der Kampf um das Drostenamt — Die Durchführung des Indigenatsrechtes im 18. Jahrhundert.	
d) Das Steuerbewilligungsrecht.	
Begriff und rezeßmäßige Grundlage dieses Rechtes — Einschränkung dieses Rechtes im 18. Jahrhundert — Grenzen des Steuerbewilligungsrechtes der Stände — Das Budgetrecht — Einfluß der Stände auf die Verwendung der bewilligten Gelder — Die Steuer bindend für das ganze Land.	
 3. Teil: Die Arbeit der Stände.	
A. Die Stellung der Stände zur Kontribution, Akzise und zum Lehnkanon.	
a) Zur Kontribution	33
Charakter der Steuer — Kataster und Peraequation — Der Duisburger Intelligenzzettel.	
b) Zur Akzise	37
Die Verstaatlichung der Akzise unter Friedrich Wilhelm I. — Aufhebung des freien Magistratswahlrechtes der Städte — Die Akzisepolitik Friedrichs des Großen in Cleve-Mark.	
c) Zum Lehnkanon	41
B. Die ständische Finanzverwaltung	42
Die rezeßmäßigen Bestimmungen über die ständische Finanzverwaltung — Die Reformen unter Friedrich Wilhelm I. — Der Streit um die Diäten und Zehrungen — Die Schuldengelder — Der Rechenschaftsbericht — Die Einführung von Etat und Reglement für die ständische Finanzverwaltung.	

	Seite
C. Der Kampf um den Landtag	51
a) Der politische Hintergrund und die Vorgeschichte des Kampfes	51
Gründe zur Einschränkung der Landtage — Die Landtage unter Friedrich I. — Die Appellationsfrage — Politische Sonderstellung von Cleve-Mark.	
b) Der Kampf unter Friedrich Wilhelm I.	53
Die Initiative des Generalkriegskommissariats — Die ersten Pläne dieser Behörde und des Königs — Die Einwendungen der Märkischen Stände — Meinungsverschiedenheit zwischen dem König und seinen Räten — Prinzipielle Zulassung des Landtages und des Königs Beweggründe dazu — Die Auffassung Hintzes — Der Kampf um das Condaminat der Stände — Die Frage des freien Zusammentritts der Stände — Die Kontrolle der Versammlungen durch einen königlichen Deputierten — Der Kampf um die Periodizität des Landtages.	
c) Zusammenfassung	64
d) Der Kampf unter Friedrich dem Großen	65
D. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Stände	67
Die handelspolitische Lage von Cleve und Mark — Die Anschauungen der Stände über den Verkehr — Die Frage der Verkehrsstraßen — Die Schiffbarmachung von Ruhr und Lippe — Die Post — Die Zollpolitik der Stände — Der Kampf der Stände gegen Monopole und königliche Regalien — Das Bergwerksregal — Der Mühlenzwang — Sonstige Handelspolitik der Stände — Die Stände für Naturalwirtschaft.	
E. Die Stellung der Stände zum stehenden Heere	74
Bedeutung des Heeres für das Land — Ordonnanzhäuser — Werbezwang und Werbefreiheit — Die Reformen 1788/89.	
F. Die Stellung der Stände zur Justiz.	
a) Unter Friedrich Wilhelm I.	77
Drosten und Richter — Die Allgemeine Justizordnung von 1713 — Die Aufhebung der Haupt- und Mittelfahrten — Die provocatio ad extraneos — Die Stände gegen Supplik und Obertribunal — Die Kommissionen — Beschwerden über die Richter — Die Nullitätsklagen.	
b) Die Coccejische Justizreform	82
Bedeutung der ständischen Geldunterstützung zur Reform — Der Kampf der Stände um die Jurisdiktionen und um ihren privilegierten Richterstand.	

	Seite
c) Die Stände und das Allgemeine Landrecht	86
d) Zusammenfassung	87
G. Die staatliche Verwaltungstätigkeit der Stände unter Friedrich dem Großen.	
a) Die Einführung des Landratsamtes in Cleve-Mark	88
Des Königs und Vierecks Pläne — Die Stellung der Stände zur Einführung des Landratsamtes — Die Landesdirektoren — Der Verstaatlichungsprozeß bei verschiedenen Landesämtern.	
b) Die ständische Verwaltung der Werbefreiheitsgelder	95
c) Die Tätigkeit der Stände während des Siebenjährigen Krieges	96
d) Die Tätigkeit der Stände beim Retablisement	97
e) Die Justizkommission beim Wasserbaudepartement	99
f) Die Feuersozietät	100
g) Zusammenfassung	104
H. Das Verhältnis der Stände zu den einzelnen Behörden und zu den preußischen Königen des 18. Jahrhunderts	105
Allgemeines über die Stellung der Stände zu den Behörden — Verhältnis der Stände zur Kammer — Verhältnis zur Regierung und Hofgericht — Verhältnis zum Generaldirektorium — Das Verhältnis der Stände zu Friedrich Wilhelm I., Friedrich dem Großen, Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III.	
J. Der Freiherr vom Stein und die landständische Verfassung in Cleve-Mark	114
K. Schlußbetrachtung	117
Literatur	120

